

Zur Nachkriegskrise 1919-1923

Einführende Bemerkung

Hier veröffentliche ich zunächst wesentliches Rohmaterial zum Thema, das ich bisher zusammengetragen habe. Auf seiner Grundlage hielt ich vor einiger Zeit einen Vortrag. In noch nicht absehbarer Zeit beabsichtige ich eine zusammenfassende Bearbeitung und Darstellung

Die wirren und erschütternden Jahre 1919-1923

Erschütterungen in der Nachkriegskrise

- Die Entmachtung des Arbeiter- und Soldatenrats
- Die Abwehr des Kapp-Putsches im Kreis Pirna
- Die Wirtschaft in der Nachkriegskrise – Die Superinflation
- Die Reichsexekution gegen Sachsen und der Reichswehreinmarsch in Pirna

Zur **Abwehr des Kapp-Putsches in Pirna** liegt eine Staatsexamensarbeit von Helfried Dörner vor. Sie entstand im Jahre 1967.

Die Arbeit wird hier in Übereinstimmung mit dem Verfasser etwas gekürzt wiedergegeben. Verzichtet wurde auf damals zeitbedingte allgemeine Aussagen. Wer die Arbeit unverkürzt nachlesen möchte, sei auf das Exemplar im Stadtarchiv Pirna verwiesen.

Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch in Pirna

von Helfried Dörner

Vorwort

A. Einleitung

B Hauptteil

I. Die politische Situation und die wirtschaftliche Lage. der Arbeiterklasse, zu, Beginn des Jahres 1920

1. Die Angriffe dar bürgerlichen Reaktion und der SPD-Führer auf die Rechte der Arbeiterklasse

2. Nationalistische und chauvinistische Propaganda und Ausschreitungen

3. Das Erstarken der KPD

4. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft

5. Die deutsche Konterrevolution strebte zur Militärdiktatur

II. Der Beginn des Kapp-Putsches.

1. Die unmittelbaren militärischen und politischen Vorbereitungen

2. Die Putschisten schlugen los

3. Zustimmung beim „Pirnaer Anzeiger“

4. Die Ziele des Putsches und das Programm Kapps

III. Die Haltung der rechten SPD-Führer zu Beginn des Kapp-Putsches

1. Revolutionäre Aufrufe aus Berlin und Dresden

2. In Dresden: Reichswehr und SPD-Führer Hand in Hand - gegen die Arbeiter!

IV. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch

1. Die KPD stellte sich an die Spitze des Kampfes

2. Der Kampf der Pirnaer Arbeiterschaft unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch

3. Das Verhalten der bürgerlichen Kräfte in Pirna während das Kapp-Putsches

4. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen die verhängnisvolle

Koalitionspolitik der SPD, für eine Arbeiterregierung

5. Die KPD, die Führerin der Pirnaer Arbeiterschaft gegen den Kapp-Putsch

V. Der Verrat der rechten SPD- und USPD-Führer

1. Die rechte SPD-Führung bremste und verriet die Erfolge der Aktionen der Arbeiter

2. Die Haltung der ostsächsischen USPD-Führer: revolutionäre Phrasen und Paktieren mit den verräterischen Führern der SPD

VI. Die Liquidierung der Arbeiterräte und die Entwaffnung der Arbeiterklasse

1. Die Auflösung der Arbeiterräte

2. Die Entwaffnung der "Zivilbevölkerung"

3. Die KPD verteidigte die Rechte der Arbeiterklasse

C. Schluß Die Lehren des Kapp-Putsches damals und heute

D. Anhang

I. Literatur- und Quellenverzeichnis

II. Abkürzungen.

III. Materialien und Übersichten

Vorwort

Die Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung empfahl mir, meine Staatsexamensarbeit über den Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch in Pirna zu schreiben.

Damit soll zu den bisherigen ausführlichen Arbeiten über die Novemberrevolution in Pirna und über die revolutionäre Situation im Herbst 1923 und den Reichswehreinmarsch in Pirna¹, ein weiterer Höhepunkt des Kampfes der Arbeiterklasse dieser Jahre tiefer, als es bisher geschehen war, erforscht und dargestellt werden.

Die Erforschung der Vorgänge in unserer Stadt im Jahr 1920 bereitet heute allerlei Schwierigkeiten: Die damals leitend tätig gewesenenen Personen leben nicht mehr.

Wesentliche Quellen meiner Arbeit waren die Polizeiberichte, andere Berichte, Akten und Veröffentlichungen aus den Jahren 1919 – 1921. Viel Material bietet hier vor allem das Stadtarchiv Pirna, einiges das Staatsarchiv Dresden. Dresdner Zeltungen, besonders die „Unabhängige Volkszeitung“, und das Pirnaer Amtsblatt, der „Pirnaer Anzeiger“, wurden ausgewertet. Einiges fand ich im Archiv der SED-Kreisleitung Pirna.² Zur Zeit des Kapp-Putsches gab es im Raum Dresden keine Zeitung der KPD. Die Pirnaer Lokalausgabe der Dresdner Zeitung „Unabhängige Volkszeitung“ (USPD), die „Pirnaer Volkszeitung“, die ausführlich über die Pirnaer Ereignisse berichtet haben dürfte, ist nicht erhalten geblieben.

Besonders danke ich jenen, die mir ihre Erlebnisse aus den Kapp-Tagen schilderten, und meinem Betreuer Hugo Jensch.

Gern hätte ich die Mügelner bzw. Heidenauer Ereignisse näher untersucht und dargestellt, leider sind in Heidenau 1922 und 1943 alle diesbezüglichen Akten vernichtet worden.

Wenn wir von Pirna sprechen, müssen wir wissen, daß 1920 die rechtselbischen Orte, z. B. Copitz, Jessen und Posta, und auch die linkselbischen Orte Rottwerndorf, Neundorf, Zehista, Zuschendorf und Cunnersdorf noch nicht zur Stadt Pirna gehörten. Sie wurden erst später eingemeindet. Die Amtshauptmannschaft (der Kreis) Pirna umfaßte die heutigen Kreise Pirna und Sebnitz und einige weitere Gemeinden.

In der Arbeit sollen im Wesentlichen die Ereignisse der Stadt Pirna im Licht des nationalen Geschehens dargestellt werden.

¹ Siehe Jensch, Hugo, Rieger, Heinz, Rote Fahne über Pirna, Ein Beitrag zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, o. O. u. J. und Rieger, Heinz, Die revolutionäre Situation im Herbst 1923 und der Reichswehreinmarsch in Pirna, o. O. a. J.

² Diese Unterlagen befinden sich jetzt als PDS-Bestand im Stadtarchiv Pirna.

A. Einleitung

B Hauptteil

I. Die politische Situation und die wirtschaftliche Lage. der Arbeiterklasse, zu, Beginn des Jahres 1920

1. Die Angriffe der bürgerlichen Reaktion und der SPD-Führer auf die Rechte der Arbeiterklasse

a) Das reaktionäre Betriebsrätegesetz

Am 3. Januar 1920 schrieb die „Unabhängige Volkszeitung“ in einer Betrachtung zum Jahr 1919: „Ein Jahr ohne Sozialisierung! Jetzt ist ein volles Jahr vergangen, aber geschehen ist nichts, was je nach Sozialismus aussehen könnte, im Gegenteil, sowohl politisch wie wirtschaftlich ist uns der Sozialismus weiter entrückt, als in den gleichen Tagen des Vorjahres. Die Regierung hat, obwohl sie selbst erst von den Arbeiter- und Soldatenräten eingesetzt worden war, die Durchführung des Rätekongreßbeschlusses (zur Sozialisierung - H.D.) mit Feuer und Schwert unterdrückt.“³ Der Schreiber des Artikels verschwieg zwar, daß die rechten USPD-Führer an diesem Zustand ein gerüttelt Maß Schuld trugen. Ansonsten hatte er aber Recht.

SPD-Regierung und bürgerliche Reaktion unternahmen zu Beginn des Jahres 1920 einen neuen Anschlag auf die Rechte der Arbeiterklasse. „Am 13. Januar 1920 sollte von der Nationalversammlung im Reichstagsgebäude das reaktionäre Betriebsrätegesetz durchgepeitscht werden, das den Betriebsräten ihr durch die Novemberrevolution und die Generalstreike vom Frühjahr 1919 erobertes Recht, Einsicht in alle Betriebsvorgänge und Produktionspläne zu nehmen, wieder rauben sollte.“⁴ KPD, USPD und die Zentrale der Betriebsräte riefen am 12. Januar zur Durchführung von Protestdemonstrationen und - Versammlungen gegen das arbeiterfeindliche Gesetz auf und forderten, revolutionäre Betriebsräte mit vollem Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu erkämpfen. Am folgenden Tage ließ Noske von dem Arbeitermörder Lüttwitz die friedliche Demonstration Hunderttausender Berliner Arbeiter und Angestellten zusammenschießen. 42 Tote und 105 Verwundete waren die Opfer. Das Betriebsrätegesetz wurde am 18. 1. 1920 von der Nationalversammlung mit 215 gegen 63 Stimmen der USPD und der DNVP angenommen. Nach diesem Gesetz hatten die Betriebsräte vorrangig folgende Aufgaben:

- „1. ..., die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen;
2. ... an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten;
3. ...den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren...“⁵

Mit anderen Worten: Die Betriebsräte sollten den kapitalistischen Unternehmern den Profit sichern und erhöhen.

Im ganzen Reich fanden Protestkundgebungen gegen das Betriebsrätegesetz statt.

b) Der Aufbau konterrevolutionärer militärischer Organisationen

Die revolutionsfeindliche, auf die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung orientierte Politik der SPD-Führung kam der Absicht der monarchistisch-militaristischen und der bürgerlich-reaktionären Kreise entgegen, die konterrevolutionären militärischen Kräfte zu stärken und

³ „Unabhängige Volkszeitung“, Nr. 2, vom 3. 1. 1920.

⁴ Koenen, Wilhelm, Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jg. IV (1962), Heft 2, S. 342.

⁵ Aus dem Betriebsrätegesetz vom 18. Januar 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 580.

auf die Beseitigung der letzten Errungenschaften der Novemberrevolution hinzuwirken. Die Ausführung auch dieser Arbeit besorgten weitestgehend SPD-Funktionäre und -Regierungen. Schon am 18. März 1919 warb der sozialdemokratische sächsische Minister, „der Volksbeauftragte Neuring“⁶ - so unterzeichnet er sein Schreiben - für die Auffüllung der Grenzjägerabteilungen, denn „der unserem Vaterland von außen und im Innern drohende Bolschewismus erfordert höchste Beschleunigung in der Aufstellung der Freiwilligen-Truppen“.⁷ Im Schreiben hieß es weiter: „Alle Kreise der Bevölkerung dürfen in dieser schweren Zeit in ihrer Bereitwilligkeit, mit Mut und Blut für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der (bürgerlich-kapitalistischen - H.D.) Ordnung und für die Rettung der noch verbliebenen Güter einzutreten, nicht zurückstehen. Es ist auch erwünscht, daß die Schüler der oberen Schulklassen und Studenten, Söhne ländlicher Besitzer, junge Kaufleute sich zahlreich so bald wie möglich melden.“⁸ Das war die offizielle Aufforderung eines „sozialistischen“ Ministers an die Jugend der Bourgeoisie, der Großbauern und Junker und an deklassierte und politisch blinde Proletariersöhne, das revolutionäre Proletariat militärisch niederzuhalten und - wie laufend praktiziert - niederzuschießen.

Der Rat der Stadt Pirna unterstützte die Werbung für die Bataillone der Arbeitermörder und schickte entsprechende Schreiben an Organisationen und Vereine Pirnas.⁹

Ebenfalls 1919 begann die Aufstellung der Einwohnerwehren.

Die Zentralstelle für Einwohnerwehren des Landesschutzes Sachsen beim Ministerium des Innern (Minister: Sozialdemokrat Uhlig) informierte in einer „Dienstanweisung für Einwohnerwehren: ... Die Einwohnerwehr bildet den Rückhalt für die kämpfende Regierungstruppe und übernimmt nach stattgefundenen Kämpfen die Sicherung der gesäuberten Spartakistennester, um die Regierungstruppen für andere Aufgaben frei zu machen.“¹⁰ Für diese Bürgerkriegstruppe empfahl man die Werbung „von Mund zu Mund“,¹¹ denn „öffentliche Aufrufe und schriftliche Werbung sind meist ohne großen Erfolg“.¹² Noch zu beachten: „Die Parteizugehörigkeit spielt keine Rolle, Politik wird nicht getrieben.“¹³ Die Einwohnerwehren konnten sich auch versichern. Die Versicherungsbeträge überwiesen sie an das „Bankgeschäft von der Heydt & Co., Berlin W 8, Aktion Hohenzollern“!¹⁴

Am 10. Januar 1920 teilte der Leiter des Werbeamtes bei der Reichswehrbrigade XII, Graf Vitzthum, dem Bürgermeister zu Pirna mit, daß das Werbeamt Dresden beabsichtigt, „die Werbung von Reichswehrzeitfreiwilligen, die bisher noch nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat, auf eine breitere Grundlage zu stellen“.¹⁵ Gerade weil dem Grafen klar war, „daß die Einrichtung der Reichswehrzeltfreiwilligen voraussichtlich nur bis 5 Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages bestehen ... soll, ... muß alles versucht werden, um der Reichswehr die erforderliche Verstärkung durch die Zeitfreiwilligen gerade für die nächsten Monate, die eine Entscheidung in der inneren Entwicklung bringen können, noch zuzuführen“.¹⁶

Die ausgebildeten Bürgerkriegsgardisten hatte man dann auch nach der von der Entente angeordneten und von den deutschen Imperialisten gefürchteten Demobilisierung parat, wußte man ja schon, dass zu diesem Zeitpunkt, „die Einrichtung der

⁶ Stadtarchiv Pirna, B III - XVIII. 234. Bl. 20.

⁷ Ebenda, Bl. 19.

⁸ Ebenda.

⁹ Vgl. ebenda, Bl. 20 f.

¹⁰ Stadtarchiv Pirna, B VIII - VII. 207. Nicht numeriert.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Stadtarchiv Pirna, B III - XVIII. 234. Bl. 136.

¹⁶ Ebenda.

Reichswehrzeitfreiwilligen ... in die Organisation der Einwohnerwehren übergeleitet werden soll“.¹⁷

c) Reichswehr kontra Arbeiterklasse

Die Reichswehr erfüllte jedoch nicht nur militärische Aufgaben, sondern ließ durch die örtlichen Polizeiorgane Arbeiterversammlungen bespitzeln und sich über „das Stattfinden von Versammlungen, ... den Verlauf, ... Teilnehmerzahl, Personen und Anschrift der Redner, Thema, Stimmung, gefaßte Beschlüsse, ... über die Verteilung von Flugblättern usw.“¹⁸ berichten. So fordert es das Wehrkreiskommando IV am 14. 2. 1920 vom Rat der Stadt Pirna. In der Macht der Reichswehrgenerale lag es, die Presse der Arbeiterparteien zu verbieten. Dies traf besonders Zeitungen und Zeitschriften der KPD, aber auch der USPD. So verbot der Befehlshaber des Wehrkreises IV, Generalmajor Maercker, am 8. 2. 1920 das Erscheinen der „Unabhängigen Volkszeitung“ und der „Pirnaer Volkszeitung“ für zehn Tage.¹⁹

2. Nationalistische und chauvinistische Propaganda und Ausschreitungen

Angesichts der politischen Entmündigung der Arbeiterklasse durch die SPD-Führung und des Erstarkens der konterrevolutionären Bürgerkriegstruppen Reichswehr, Zeitfreiwillige und Einwohnerwehren wurden auch nationalistisch-chauvinistisch und monarchistisch gesinnte Kreise immer dreister.

In Langenhennersdorf betrieb Ende 1919 Sohn des Rittergutsbesitzers eine üble Hetze. In den Pausen der Tanzvergnügen hielt er seine „Ansprachen“ an die Jugend des Ortes. Er hetzte gegen Juden, Bolschewisten und gegen die USPD. „...Er hoffe, führte hierbei der Jüngling aus, dass die hiesige Jugend noch nicht von dem Bolschewismus und der USP verseucht wäre, resp. verseucht werde ... weiter hoffe er, daß die hiesige Jugend bei der großen kommenden Abrechnung mit ihm zum Gewehr greifen und sich hinter ihn stellen würde ... Hier wird es also offen gesagt, was die meisten nur denken, aber bereit sind, unbedenklich zu tun, nämlich Arbeiterblut zu vergießen.“²⁰ Von den Taten der Langenhennersdorfer Einwohnerwehr wird später noch zu berichten sein.

Offen gegen Regierung und Verfassung trat in der 81. Sitzung der sächsischen Volkskammer²¹ am 16. 1. 1920 der deutsch-nationale Abgeordnete Beutler auf: „Wir werden immer Monarchisten bleiben, und wir werden die jetzige Regierung beseitigen, das steht so fest, wie das Amen in der Kirche!“²²

Die Krone auf diese nationalistische und volksfeindliche Politik setzte man Anfang März, als ein Kreis „führender Männer und Frauen Deutschlands“²³ in den entsprechenden Zeitungen den kaiserlichen Generalfeldmarschall und eingefleischten Militaristen Hindenburg, dem der erste Weltkrieg bekanntlich wie eine Badekur bekommen war, als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft offerierte. Den Pirnaer Blutzoll von 448 Toten²⁴ zwischen 1914 und 1918 völlig ignorierend, pries der „Pirnaer Anzeiger“ einen der Hauptkriegsverbrecher des ersten Weltkrieges: „Läßt sich doch sagen, daß in Hindenburg der Mann gefunden ist, der das Vertrauen des deutschen Volkes genießt wie kein zweiter. Man frage doch die

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 11. Bl. 104.

¹⁹ Vgl. Anlage Nr. 9.

²⁰ „Unabhängige Volkszeitung“, Nr. 2, vom 3. 1. 1920.

²¹ Vgl. „Unabhängige Volkszeitung“, Nr. 14, vom 18. 1. 1920.

²² Ebenda.

²³ „Pirnaer Anzeiger“, Nr. 56, vom 9. 3. 1920.

²⁴ Vgl. Beiträge zur Heimatgeschichte des Kreises Pirna, I. Teil, bearbeitet und herausgegeben von der Fachkommission Geschichte unter Leitung von Gerhard Mädler, in: Der pädagogische Berater, Nr. 21, Pirna 1957, S. 45 (Dazu kommen noch 65 Gefallene aus den bis 1933 zu Pirna eingemeindeten Landgemeinden).

Hunderttausenden, die er in seine siegreichen Schlachten führte, man frage die Millionen in der Heimat, deren Herd er vor der feindlichen Rach- und Raubgier beschirmte.“²⁵

Aus einem Ereignis, von dem alle Zeitungen am 9. 3. 1920 berichteten, konnte man schlußfolgern, wie man später mit dem Generalfeldmarschall wieder die Völker regieren wollte Ein Sproß des letzten deutschen Kaiserhauses, der Hohenzollernprinz Joachim Albrecht von Preußen, und Rittmeister Platen stürmten im Berliner Hotel Adlon auf drei Angehörige der französischen Militärmission ein, weil sie sich beim Erklingen des von der Kapelle gespielten Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ nicht von den Plätzen erhoben hatten. „Den französischen Herren, die Zivil trugen, waren teilweise die Kleider zerrissen, auch hatten sie Quetschungen, Beulen und Schnittwunden davongetragen.“²⁶

Mit der nationalistischen und chauvinistischen Propaganda bezweckten diese Kreise, den Klassenkampf im Innern des Landes zu vermindern und damit ihre Herrschaft zu erhalten. Die Schuld der deutschen Kapitalisten an den wirtschaftlichen Mißständen im Land sollte auf die „Feindländer“ abgeschoben werden.

3. Das Erstarren der KPD

a) Die Linksentwicklung der Arbeiterbewegung im Reich und in Pirna

Dem Sammeln und Wachsen der Kräfte der Konterrevolution sah die Arbeiterklasse nicht tatenlos zu. Im deutschen Proletariat ging ein beträchtlicher Entwicklungsprozeß vor sich. Großen Einfluß hierauf übte der heldenhafte Kampf Sowjetrußlands sowie das Wirken der Kommunistischen Internationale aus. Viele Arbeiter erkannten den verhängnisvollen Weg der SPD-Politik, der zur Aufrechterhaltung und Festigung der Macht der Militaristen und Monopolisten und zur wiederholten blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse geführt hatte. Sie trennten sich von der SPD und schlossen sich der KPD oder der USPD an.

Die Pirnaer SPD-Ortsgruppe war schon Mitte des Jahres 1917 fast vollständig zur USPD übergetreten.²⁷ Deshalb erschien ab 1918 die „Pirnaer Volkszeitung“ auch nicht mehr als Organ der SPD, sondern der USPD. Richard Horx, etwa ab Januar 1920 Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe Pirna, bestätigte die Auffassung, daß die USPD auch 1920 noch den bedeutendsten Einfluß unter den Arbeitern der Stadt Pirna besaß.²⁸

b) Die KPD in Pirna und Copitz

Die am 15. 1. 1919 gegründete Pirnaer Ortsgruppe der KPD²⁹ war inzwischen auf 80 - 100 Mitglieder angewachsen.³⁰ Um die Jahreswende 1919/20 gab es auch in der Pirnaer Ortsgruppe heftige Auseinandersetzungen über die vom 2. Parteitag der KPD (20. - 23. Oktober 1919) beschlossenen „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik“, die „Leitsätze über den Parlamentarismus“ und die „Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage“. Die Pirnaer Parteiorganisation überwand in harten Auseinandersetzungen endgültig die linksradikalen Positionen Otto Rühles, der z. B. in der Stadt Dresden großen Einfluß besaß, und stellte sich auf die Positionen der Parteizentrale.³¹ Eine Ortsgruppe der KAPD entstand dann allerdings auch in Pirna. Diese erlangte aber keinen bedeutenden Einfluß. Die Entwicklung der Pirnaer KPD-Ortsgruppe war schon damals mit den Namen besonders später sehr bekannt gewordener Kommunisten eng verknüpft: Siegfried Rädels, damals Arbeiter bei der Fa. Küttner und leitender Funktionär der KPD im Pirnaer Raum, Rudolf

²⁵ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 56, vom 9. 3. 1920.

²⁶ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 56, vom 9. 3. 1920.

²⁷ Vgl. Jensch, Hugo, Rieger, Heinz, Rote Fahne über Pirna, Ein Beitrag zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution (Rote Fahne ...), o. 0. u. J., S. 12.

²⁸ Vgl. Bericht des Genossen Horx.

²⁹ Vgl. Jensch, Hugo, Rieger, Heinz, Rote Fahne ..., o. 0. u. J., S. 4-9.

³⁰ Vgl. Bericht des Genossen Täubrich.

³¹ Vgl. Bericht des Genossen Horx.

Renner, hauptamtlicher Parteiarbeiter und Fritz Heckert, Ersatzmitglied der Zentrale der KPD, der oft vom „benachbarten“ Chemnitz nach Pirna kam und den Pirnaern im Verstehen und Durchsetzen der Parteipolitik und im Kampf gegen die gefährlichen linken Abweichungen half.³²

In Pirna und Copitz hatten Mitglieder der KPD in den Gemeindevertretungen mehrere Mandate inne. Am 9. 2. 1919 waren zu den Stadtverordnetenwahlen in Pirna von 30 Abgeordneten sieben USPD-Abgeordnete gewählt worden.³³ Vier von ihnen, Emil Schlegel, Maximilian Thalheim, Karl Winkler und Anna Winkler gehörten inzwischen der KPD an. Die SPD verfügte über fünf Abgeordnete.³⁴ Copitz entschied sich 1919 noch eindeutiger für die Abgeordneten der USPD. Von 18 Mandaten in der Gemeindevertreterversammlung erhielt die USPD sieben, die SPD drei.³⁵

Von den sieben USPD-Abgeordneten gehörten inzwischen fünf, Paul Seidenglanz, Willy Haak, Theodor Hübner, August Kasper und Hedwig Schäfer der KPD (Ortsgruppe Copitz) an.³⁶ Pirna war das Zentrum der Parteiarbeit für den ostsächsischen Raum. Die Pirnaer Mitglieder der KPD, besonders ihre leitenden Funktionäre, Rädels, Renner, Winkler und andere, waren oft im ostsächsischen Raum unterwegs, gründeten neue Partei-Zellen, halfen den Parteigruppen, die ersten Schritte zu gehen und traten 1920 besonders den Bestrebungen der sich entwickelnden KAPD entgegen.³⁷

c) Der Arbeiterrat unter Führung der KPD

Daß die junge KPD schon feste Positionen in der Arbeiterschaft besaß, bringt auch die Zusammensetzung des für die Amtshauptmannschaft Pirna noch bestehenden Aktionsausschusses des Arbeiterrates zum Ausdruck. Ihm gehörten die KPD-Mitglieder Emil Schlegel (Vorsitzender), Karl Winkler, Paul Seidenglanz, Martin Schäfer und das USPD-Mitglied Wehner an.³⁸

Einem Arbeitsplan (besser wäre die Bezeichnung „Plan der Aufgabenverteilung“) des Arbeiterrates von Ende 1919 / Anfang 1920 entnehmen wir, daß sich die einzelnen Mitglieder u. a. mit folgenden Aufgaben beschäftigten: „Überwachung der Betriebe in Bezug auf die Einhaltung des gesetzlichen Achtstundentages, des Lehrlingswesens, der sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, ... Kontrolle der Höchstpreise, bzw. Einhaltung derselben, Untersuchung und Abstellung eingegangener und geprüfter Beschwerden an Ort und Stelle, ... Vertretung bei den Gerichten und in Stellvertretung bei Behörden, ... Beobachtung gemeldeter Schieber und Schleikhändler ...“³⁹ Martin Schäfer beschäftigte sich speziell mit Problemen der Erwerbslosen. Die Mitglieder des Arbeiterrates gehörten verschiedenen Kommissionen der Amtshauptmannschaft an.⁴⁰ Die Aufgaben des Arbeiterrates entsprachen dem, was die SPD-Politik den von den revolutionären Arbeitern und Soldaten gewählten Revolutionsorganen noch belassen hatte. Obwohl der Rat der Stadt Pirna seit 1. 8. 1919 in einer Vielzahl von Eingaben an die Amtshauptmannschaft, die Kreishauptmannschaft und die Landesregierung gegen die Existenz und die Besoldung des Arbeiterrates opponierte,⁴¹ konnten die Ratsherren doch nicht verhindern, daß der Arbeiterrat noch existierte und die

³² Vgl. Bericht des Genossen Haak.

³³ Vgl. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921, o. 0. u. J., S. 21.

³⁴ Vgl. ebenda, S. 20.

³⁵ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B VIII - IV. 342. Bl. 81.

³⁶ Vgl. Bericht des Genossen Haak.

³⁷ "Der Kommunist" berichtet in Nr. 22, im Mai 1920, und in Nr. 31, Anfang August 1920, vom Auftreten der Genossen Winkler und Renner in Sebnitz und des Genossen Winkler in Mulda, Brand-Erbisdorf und Freiberg gegen die Parteisplaltung durch die KAPD.

³⁸ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXXI. 01. Bl. 111.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Vgl. ebenda.

⁴¹ Vgl. ebenda, Bl. 102.

fünf Mitglieder des Aktionsausschusses des Arbeiterrates- staatlicherseits noch bezahlt werden mußten.⁴²

4. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft

Die unermüdliche Aufklärungsarbeit der KPD über Weg und Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse wurde 1920 auch durch die weiterhin miserable Lebenslage der Werktätigen begünstigt. Die inflationistische Entwicklung war 1920 bereits in vollem Gange. Die Preise stiegen laufend, der Kampf um höhere Löhne mußte fortwährend geführt werden. Nachstehend einige Preise vom März 1920:

1 cbm Gas 0,90 M. (ab 1. 4. 1920) ⁴⁴	1 kwh Lichtstrom 1,75 M. (ab 1. 1920) ⁴³
Markt- und Verkaufspreise für den 13. März 1920:	
Erbsen 4,00 bis 6,00 M.	Weißkraut 1,00 bis 1,20 M.
Bohnen 4,50 bis 6,00 M.	Zwiebeln 2,20 bis 3,50 M.
Linsen 6,00 bis 8,00 M.	1 Ei 1,20 bis 1,60 M. ⁴⁵
Butter 14,80 M. ⁴⁶	Bohnenmehl 4,50 M. ⁴⁷
Margarine 8,43 M. ⁴⁸	Quark 3,00 M. ⁴⁹

(Preise jeweils für ein Pfund, außer bei Eiern.)

Die für die Versorgung der Bevölkerung freigegebenen Lebensmittel wurden in kleinsten Portionen für den Verkauf bereitgestellt. In den Märzangaben des „Pirnaer Anzeigers“ finden wir Meldungen über die Freigabe von 150 Gramm Margarine, 90 Gramm Margarine, 150 Gramm Quark, 75 Gramm Quark, 150 Gramm Bohnenmehl, 50 Gramm Kokosfett u. a. m.⁵⁰

Fleisch (oder Wurst) gab es im März 1920 pro Person wöchentlich 125 bis 175 Gramm. Kinder unter sechs Jahren erhielten die Hälfte.⁵¹

Angesichts dieser schlechten Ernährungslage blühte der Schwarzhandel, der auch offiziell betrieben werden konnte. Für ein Pfund Kokosfett auf Zuteilung bezahlte man 12,23 M.,⁵² allerdings wurden beispielsweise am 6. 3. 1920 nur 50 Gramm pro Person freigegeben. Wollte man mehr kaufen, könnte man es sich von Herrn Braunwarth aus Darmstadt 10 -40 pfundweise zu 26,00 M. das Pfund schicken lassen!⁵³ Der notleidenden Bevölkerung wurden Nahrungsmittel und andere Güter in großer Menge entzogen. Die Waren flossen auf den Schwarzen Markt oder durch dunkle Kanäle ins Ausland.⁵⁴

⁴² Vgl. ebenda, Bl. 104.

⁴³ Vgl. Stadtarchiv Pirna, Akten der Stadtverordneten, 1920/1, Bl. 251.

⁴⁴ Vgl. ebenda, Bl. 285.

⁴⁵ Vgl. „Pirnaer Anzeiger“, Nr. 61, vom 14. 3. 1920.

⁴⁶ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III – XXII. 847. Nicht numeriert.

⁴⁷ Vgl. „Pirnaer Anzeiger“, Nr. 54-, vom 6. 5. 1920.

⁴⁸ Vgl. „Pirnaer Anzeiger“, Nr. 65, vom 19. 3. 1920.

⁴⁹ Vgl. „Pirnaer Anzeiger“, Nr. 58, vom 11. 3. 1920.

⁵⁰ Vgl. „Pirnaer Anzeiger“, verschiedene Ausgaben vom März 1920.

⁵¹ In der Stadt Pirna gelangten im März 1920 pro Person folgende Mengen Fleisch (oder Wurst) zur Verteilung:

1. Woche: 175 Gramm Gefrierrindfleisch, 5,50 M. je Pfund,
 2. Woche: 125 Gramm Gefrierrindfleisch, 11,80 M. je Pfund, (Vgl. Anlage Nr. 5),
 3. Woche: 125 Gramm: Frischfisch,
 4. Woche: 150 Gramm Pökelfleisch, 7,35 M.. je Pfund,
- „Pirnaer Anzeiger“, Nr. 53, vom 5. 3. 1920;
 Nr. 59, vom 12. 3. 1920;
 Nr. 65, vom 19. 3. 1920 und
 Nr. 70, vom 25. 3. 1920.

⁵² Vgl. Anlage Nr. 6.

⁵³ Vgl. Anlage Nr. 7.

⁵⁴ Zwei Meldungen von vielen dieser Art: „Pirnaer Anzeiger“ vom 13. 1. 1920: „Große Fleischschiebung“: In Köln wurden 28 Eisenbahnwaggons mit Fleisch beschlagnahmt. Einer der Schieber, ein Hamburger Fleischer, wurde verhaftet. „Pirnaer Anzeiger“ vom 20. 3. 1920: In Neustadt an der Weinstraße wurden 50 bis 60 Eisenbahnwagen Bauholz beschlagnahmt. Es sollte ins Ausland verschoben werden.

Die äußerst mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, die ständigen Preiserhöhungen und Kürzungen der Rationen veranlaßten auch den Amtshauptmann von Thümmel zu entsprechenden Berichten an die Landesregierung: 14. 2. 1920: „Kürzung der Brotration (ab 9. 2. gab es täglich nur noch 200 Gramm Mehl bzw. 270 Gramm Brot - H. D.) außerordentlich verbitternd, Brotgetreideablieferungen lassen merklich nach, ... Aussichten für Kartoffelversorgung im Frühjahr sehr schlecht, ... Eingänge an Nahrungsmitteln trotz aller Vorstellungen so gering, daß geordnete Versorgungen nicht möglich; Bevölkerung in starker Erregung ...

Trotz vermehrter Lieferung von Hausbrandkohlen in letzter Zeit ist Bedarf bei weitem noch nicht gedeckt.“⁵⁵

17. 3. 1920: „... nicht möglich, Kleingewerbe auch nur zu 1/10 des Bedarfs“ an Kohlen zu versorgen.⁵⁶

Den hohen Preisen seien hier einige Löhne gegenübergestellt: ab 1. 3. 1920 betragen die Stundenlöhne der städtischen Arbeiter Pirnas:⁵⁷

	über 21 Jahre	18-21 Jahre	Unter 18 Jahre
Handwerker	3,50 M	3,30 M	3,10 M
Angelernte Arbeiter	3,35 M	3,15 M	2,95 M
Ungelernte Arbeiter	3,20 M	3,00 M	2,80 M
Arbeiterinnen	2,20 M	2,00 M	1,80 M

Dabei waren das offenbar noch relativ günstige Löhne, denn am 12. 5. 1920 klagte die „Unabhängige Volkszeitung“ den Knopffabrikanten Schönbach aus Pirna an, da er einer Arbeiterin nur einen Höchststundenlohn von 1,20 M. zahlte, während der tarifliche Mindeststundenlohn 1,70 M. betrug.

Am 12. März 1920 veröffentlichte die „Unabhängige Volkszeitung“ eine Berechnung von Dr. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, wonach die wöchentlichen Ausgaben zur Deckung des Existenzminimums vom Februar 1914 bis zum Februar 1920 im Haushalt eines Ehepaares mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 256,00 M., d. h. auf das 8 - 9fache gestiegen waren. Der Tagesverdienst dieser Familie müßte also **43,00 M.** betragen. Die Löhne seien in den sechs Jahren höchstens auf das 4 - 5fache gestiegen, behauptete Dr. Kuczynski.

Nach dieser Berechnung verdiente der gelernte städtische Gas-, Elektrizitäts- oder Bauhofsarbeiter täglich schon 15.- M. unter dem Existenzminimum, die 405 Arbeitslosen⁵⁸ aber, die es im März in der Stadt Pirna gab, erhielten noch bedeutend weniger. Nachstehend die ab 1. März in Pirna pro Werktag gezahlten Unterstützungssätze für die Erwerbslosen:

Männer über 21 Jahre bis zu 8,00 M.

Männer unter 21 Jahren bis zu 6,00 M.

Frauen über 21 Jahre bis zu 5,25 M.

Frauen unter 21 Jahren bis zu 4,00 M.

1,00 M. weniger erhielt, wer nicht einem Haushalt vorstand, sondern nur Angehöriger einer Familie war.

Der Ehegattenzuschlag betrug 2,50 M., für jedes Kind gab es 1,75 M. täglich.⁵⁹

Die Verhältnisse in den ersten Nachkriegsjahren machten deutlich, daß weder die Bourgeoisie noch ihre rosaroten Helfer im Ministerrock die deutschen Dinge so regeln konnten, daß das Leben der Werktätigen besser wurde und ein deutscher Staat entstand, der bemüht war, in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben.

⁵⁵ Staatsarchiv Dresden, Amtshauptmannschaft Pirna, B 16 a. Bl. 79.

⁵⁶ Vgl. ebenda, Bl. 80.

⁵⁷ Vgl. Stadtarchiv Pirna, Akten der Stadtverordneten, 1920/I, Bl. 356.

⁵⁸ Vgl. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921, o. 0. u. J., S. 117.

⁵⁹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, Akten der Stadtverordneten, 1920/II, Bl. 12, Bl. 305.

5. Die deutsche Konterrevolution strebte zur Militärdiktatur

Die deutsche Konterrevolution wollte zuerst das revolutionäre Proletariat im eigenen Land niederschlagen, um dann ihre außenpolitischen Vorhaben durchsetzen zu können.

Die Imperialisten-Militaristen wollten stärker als bisher an den Feldzügen gegen die junge Sowjetmacht teilnehmen. Hatten doch die Baltikumer, ein reaktionäres Freikorps unter Führung nationalistischer Offiziere, gemeinsam mit den weißgardistischen Verbänden gegen die Sowjetmacht gekämpft und zeitweise in den baltischen Ländern ein Terrorregime errichtet

Die reaktionären Kreise Deutschlands bemühten sich, durch Verhandlungen von den Mächten der Entente Lockerungen in Bezug auf den Friedensvertrag zu erreichen. Größten Schmerz bereitete den deutschen Militaristen die von der Entente angewiesene Verminderung der Truppenstärke von etwa 450 000 Mann auf 200 000 Mann bis zum 10. 4. 1920 und auf 100 000 Mann bis zum 10. 7. 1920.⁶⁰

Das öffentliche Verhalten gegenüber den Mächten und Völkern der Entente wurde nach wie vor durch Gehässigkeit und Revanchismus bestimmt. Der übliche Sprachgebrauch der bürgerlichen und SPD-Zeitungen zur Bezeichnung der Entente war „Feind“, „Feindländer“, „Feindlandkommission“ usw.

Zur Verwirklichung dieser Ziele - Niederschlagung des eigenen Proletariats, Kampf gegen Sowjetrußland, härtere Sprache mit der Entente - forderte der einflußreichste Monopolist dieser Zeit, Hugo Stinnes, in einem Brief vom 23. 1. 1920 an den Minister für Wiederaufbau, Otto Gessler: „Es ist das Zeichen einer wahren Demokratie, daß sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet. Auch England und Frankreich taten das. Wenn Deutschland anders handelt in der heutigen Lebensgefahr, wird es kaum wieder hoch kommen.“⁶¹ Stinnes meinte hier offensichtlich die Lebensgefahr, in der sich die kapitalistische Ordnung befand, nicht Deutschland. Das war der Ruf der reaktionärsten Kreise des deutschen Imperialismus nach dem starken Mann 1920.

6. Revolutionäre Propaganda und Entlarvung der Putschvorbereitungen durch die KPD

Sich der ständigen Angriffe von rechts zu erwehren und immer politisch-ideologisch in der Offensive zu sein, war schwer für die junge KPD. Unter den Arbeitern gab es nur bei wenigen Vorstellungen über Wege zum Sozialismus. Zu sehr vernebelte die Bourgeoisie- und die SPD-Presse die Proletariiergehirne. Unermüdlich arbeiteten die KPD-Mitglieder und nutzten jede Möglichkeit, Klarheit in den eigenen Reihen und in den Köpfen der Arbeiter zu schaffen. So fanden anlässlich des 1. Todestages von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg allerorts große Kundgebungen statt. In Pirna sprach der bekannte Chemnitzer KPD-Funktionär Robert Siewert.⁶² Er rief die Versammelten auf, in Erfüllung des Vermächtnisses der großen Toten für den Sozialismus einzutreten.⁶³

Auf die immer offener auftretende Konterrevolution wies die KPD wiederholt hin. Noch am 12. März 1920 schrieb die „Rote Fahne“, daß die militärische Gegenrevolution im raschen Vordringen begriffen sei und daß die revolutionäre Arbeiterklasse sich auf überraschende Aktionen der militärischen Gegenrevolution gefaßt machen müßte. Wie kein andere Arbeiterpartei entlarvte die KPD die Taktik der Reaktion: „Die militärische Gegenrevolution arbeitet sich zunächst mit den Mitteln, die ihr die demokratische Verfassung bietet, vorwärts.

⁶⁰ Vgl. Rathmann, Lothar, Märzstürme 1920, der Kapp-Putsch und seine Lehren, Berlin 1954, S. 13 und Arbeitereinheit siegt über Militaristen, Berlin 1960, S. 12.

⁶¹ Brief Hugo Stinnes' an den Minister für Wiederaufbau Otto Gessler vom 23. Januar 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 582.

⁶² Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 1, vom 2. 1. 1920.

⁶³ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 13, vom 17. 1. 1920.

Sie rechnet darauf, in den kommenden Reichstagswahlen sowie in der Präsidentenwahl einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun.“⁶⁴ Trotzdem „wäre es jedoch eine grobe Täuschung, zu glauben, daß damit die Mittel der Gewalt für sie ausscheiden.

Gleichzeitig mit der Propaganda und Vorarbeit auf sogenanntem demokratischem Weg geht Hand in Hand die systematische Vorbereitung von Pogromen und Putschen größten Stils.“⁶⁵ Robert Klett schreibt, daß die Pirnaer Parteimitglieder vor allen Dingen durch die in Chemnitz erscheinende Tageszeitung der KPD, „Der Kämpfer“, auf „die Anzeichen einer geplanten Aktion der Konterrevolution“⁶⁶ hingewiesen wurden. In Pirna schon vor Ausbruch des Kapp-Putsches entscheidende Gegenaktionen einzuleiten, scheiterte an den SPD-hörigen Führern im Gewerkschaftskartell Pirna – Heidenau. Bis zuletzt traten die Gewerkschaftsfunktionäre gegen die Aktionseinheit auf. Versammlungen bei Hoesch (Zellstoffwerk) und Krause und Baumann (Papierfabrik Heidenau) z. B., die auf die Herstellung der Aktionseinheit zielten, wurden von rechten Führern des Fabrikarbeitsverbandes sabotiert. Dem Bericht Kletts ist zu entnehmen, daß die KPD in Pirna noch wenige Tage vor dem Putsch vier öffentliche, sehr gut besuchte Versammlungen - im Feldschlößchen, im Carolabad, in der Tanne und im Volkshaus durchführte. Siegfried Rädels habe auf allen vier Versammlungen gesprochen, um den gemeinsamen Abwehrkampf gegen die blindwütige Reaktion aufzunehmen. Auf diesen Versammlungen seien bereits Vorschläge für Aktionsausschüsse und die Bewaffnung der Arbeiter gefordert worden, um die drohende Gefahr abwenden zu können.⁶⁷

II. Der Beginn des Kapp-Putsches.

1. Die unmittelbaren militärischen und politischen Vorbereitungen

Die führenden militärischen Kreise, die unmittelbar an einer Beseitigung der demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution, an einem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung und an der Wiedererrichtung des alten preußischen Beamtenstaates interessiert waren, hatten sich im Sommer 1919 in der Nationalen Vereinigung zusammengeschlossen. Gründer war Hauptmann Waldemar Papst, einer der Hauptverantwortlichen für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Die Nationale Vereinigung stand in Verbindung zum Nationalklub, dem unter anderen die Großindustriellen Borsig, Kirdorf, Stinnes, Militaristen wie Ludendorff und solche reaktionären Politiker wie Hugenberg angehörten.

2. Die Putschisten schlugen los

Zum Anlaß des Putsches nahmen die Verschwörer die von Gustav Noske auf die Forderungen der Entente hin verfügte Auflösung der Marinebrigaden Ehrhardt und Loewenfeld. Zunächst versuchte Lüttwitz, die Regierung durch ein am 10. März 1920 gestelltes Ultimatum zu erpressen. Als den Forderungen nicht stattgegeben wurde, zog in den frühen Morgenstunden des 13. März 1920 die berüchtigte Marinebrigade Ehrhardt unter schwarz-weiß-roten Fahnen mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm in die deutsche Hauptstadt ein und besetzte das Regierungsviertel. Generalmajor Hans von Seeckt, der Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium, weigerte sich, die ihm unterstehenden Reichswehrtruppen gegen die Meuterer einzusetzen. Seeckt wollte keinen Kampf innerhalb

⁶⁴ Mitteilungen der Zentrale der KPD vom 10. März 1920 über die Aufgaben der Parteiorganisationen, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Dokumente ...), Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 206.

⁶⁵ Ebenda, S. 207.

⁶⁶ Archiv der SED-Kreisleitung Pirna, Bericht des Genossen Klett.

⁶⁷ Vgl. ebenda.

der Reichswehr. Er befürchtete deren Zersplitterung, so daß sie dann der revolutionären Bewegung nicht mehr gewachsen wäre.

Die Abendausgabe des "Dresdner Anzeigers" vom 13. März wußte aus Berlin zu berichten: "Die Stimmung unter den Mannschaften der Regierungstruppen, die im allgemeinen nicht wußten, zu welchem Zweck sie alarmiert waren, ging im allgemeinen dahin, daß sie zwar gegen jeden Aufstand von links sich energisch zur Wehr setzen würden, daß sie dagegen nur sehr zögernd oder überhaupt nicht gegen Truppen kämpfen würden, die von rechts geführt werden und die sie als Kameraden betrachten."

Feige floh die Regierung über Dresden nach Stuttgart. Der (Ost- H.J.)preußische Generallandschaftsdirektor Kapp erklärte am 13. März die Regierung für abgesetzt, die Nationalversammlung für aufgelöst, er ernannte sich zum Reichskanzler des Deutschen Reiches und zum Ministerpräsidenten von Preußen und den Freiherrn von Lüttwitz zum militärischen Oberbefehlshaber und Reichswehrminister. Die Bildung einer neuen "Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat"⁶⁸ wurde angekündigt.

3. Zustimmung beim „Pirnaer Anzeiger“

Freudig begrüßten und förderten die Blätter der Deutsch-Nationalen den reaktionären Umsturz. Der "Pirnaer Anzeiger" brachte die Kundgebung Kapps noch am 13. März in einem Sonderblatt groß heraus.⁶⁹ Die Sonntag-Ausgabe vom 14. März veröffentlichte wiederum an erster Stelle die Kundgebung Kapps und wertete sie als "Ereignis der sensationellsten Art".⁷⁰ "Dr. Kapp", wurde gepriesen, denn er "spielte schon seit Jahren im wirtschaftlichen und politischen Leben der Provinz Königsberg eine hervorragende Rolle".⁷¹ Weiter wurde erklärt, daß "das Fortbestehen" der bisherigen Regierung "den Wünschen weiter Kreise des deutschen Volkes widerspricht."⁷² Mit den "weiten Kreisen" meinte der "Pirnaer Anzeiger" allerdings nicht das Proletariat, das die Regierung häufig ihrer Arbeiterfeindlichkeit wegen kritisierte, sondern die ganz rechts stehenden Kreise, denen jede - und sei es **auch noch so** kleine - demokratische Errungenschaft der Revolution samt den sozialdemokratischen Ministern ein Dorn im Auge war.

4. Die Ziele des Putsches und das Programm Kapps

Kapp und seine Verschwörer wollten den Willen der reaktionärsten Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus vollziehen, "mit Waffengewalt die bürgerlich-demokratische Republik zu beseitigen, die Errungenschaften der Novemberrevolution zu liquidieren, die Arbeiterklasse blutig niederzuwerfen und eine Militärdiktatur zu errichten".⁷³

Den außenpolitischen Aspekt formulierte Kapps Kriegsminister, Lüttwitz. Er sagte, daß der "Kampf gegen den Bolschewismus ein Hauptgrund der ganzen Bewegung sei".⁷⁴

Dies wurde teils offen, teils versteckt ausgeplaudert. Der "Pirnaer Anzeiger" berichtet das seinen Lesern so:

"Das neue Programm

Berlin, 13. März. In einer längeren Kundgebung stellt der Reichskanzler Kapp ... die Wiedererrichtung einer starken Staatsgewalt als das Programm der neuen Regierung auf. Deutsche Ehre und Ehrlichkeit soll wiederhergestellt werden. Die Regierung wird ... dem

⁶⁸ Kundgebung Wolfgang Kapps und des General von Lüttwitz vom 13. März 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 583.

⁶⁹ Vgl. Anlage Nr. 15.

⁷⁰ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 61, vom 14. 3. 1920.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Ebenda.

⁷³ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, Berlin 1966, S. 82 f.

⁷⁴ Zitiert bei: Weber, Stefan, Die einheitlich handelnde deutsche Arbeiterklasse kann den Militarismus besiegen, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1. Jg. (1959), Heft 4, S. 816.

Grundbesitz die wirtschaftliche Freiheit zurückgeben, ... Streik und Sabotage rücksichtslos unterdrücken ... Die Farben der deutschen Republik sind schwarz-weiß-rot."⁷⁵

III. Die Haltung der rechten SPD-Führer zu Beginn des Kapp-Putsches

1. Revolutionäre Aufrufe aus Berlin und Dresden

Jetzt war das Wirklichkeit geworden, wovor die Zentrale der KPD schon Ende Januar 1920 gewarnt hatte. Die "Gegenrevolution ... droht nicht nur das revolutionäre Proletariat zu zermalmen. Den Mehrheitssozialisten, die heute noch Regierung von Reaktions Gnaden spielen dürfen, droht das gleiche Schicksal".⁷⁶

Das "Zermalmen" der Arbeiter hatte die SPD-Führer noch nie besonders beunruhigt, im Gegenteil, solche schmutzigen Geschäfte hatten sie laufend in Auftrag gegeben. Aber sie selbst wollten nicht zermalmt werden, ihre Ministersessel waren ihnen etwas wert. Doch ohne die Arbeiter konnten sie ihre Posten nicht gegen die Angriffe der Kapp und Lüttwitz verteidigen. Deshalb erließen SPD-Regierung und -Parteivorstand am 13. März einen Aufruf zum "Generalstreik auf der ganzen Linie!".⁷⁷ "Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik!"⁷⁸ rief man den Bürgern, Arbeitern und Genossen zu. Einen ähnlichen Aufruf erließ die sächsische Regierung, den der "Pirnaer Anzeiger" in seiner Ausgabe vom 14. März auf Seite 2 versteckte.⁷⁹

2. In Dresden: Reichswehr und SPD-Führer Hand in Hand - gegen die Arbeiter!

Für den Verlauf des Kapp-Putsches in den verschiedensten Gebieten Deutschlands war besonders das Verhalten der Reichswehr ausschlaggebend. Der für Sachsen verantwortliche Leiter des Wehrkreises IV, General Maercker, bekannte sich in **Worten nicht zur** Regierung Kapp, ihm erschien die Zeit für einen reaktionären Umsturz noch nicht reif genug. Gegenüber dem sächsischen Ministerpräsidenten lehnte er es aber auch ab, sich gegen Kapp und für die bisherige Regierung zu erklären.⁸⁰ Seine Handlungen unterstützten eindeutig die Putschisten. Noch am 13. März erließ er einen Aufruf, "das Wirtschaftsleben nicht durch Streiks oder Tumulte irgendwelcher Art zu stören".⁸¹ Den SPD-Aufruf zum Generalstreik erklärte Maercker als "unrichtig". Unmißverständlich drohte Maercker: "Pflichtgemäß werde ich alle Versuche, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören oder lebenswichtige Betriebe lahmzulegen, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln verhindern."⁸² Diesem Wort folgte die Tat. Am Montag befahl General Müller, Maerckers Stellvertreter, die auf dem Postplatz demonstrierenden Dresdner zu überfallen. Der soziodemokratische sächsische Ministerpräsident, Dr. Gradnauer, billigte die blutige Provokation gegenüber der Arbeiterschaft, die den SPD-Aufruf befolgte, indem sie streikte, demonstrierte und die Republik schützte. Die Blutopfer der Dresdner: 59 Tote und über 200 Verwundete.⁸³

⁷⁵ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 61, vom 14. J. 1920.

⁷⁶ Aufruf der Zentrale der KPD von Ende Januar 1920 zur Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren und zur Bewaffnung der revolutionären Arbeiter, in: Dokumente ..., Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 182.

⁷⁷ Vgl. Anlage Nr. 10.

⁷⁸ Vgl. ebenda.

⁷⁹ Vgl. Anlage Nr. 11.

⁸⁰ Vgl. Schneider, Horst, Aktionseinheit schlug Kapp, Dresden 1960, S. 17.

⁸¹ Ebenda, S. 19.

⁸² Ebenda.

⁸³ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 63. vom 17. 3. 1920.

IV. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch

1. Die KPD stellte sich an die Spitze des Kampfes

Die Kommunistische Partei Deutschlands erwies sich auch in den Tagen des Kapp-Putsches als die einzige Arbeiterpartei, die den spontan einsetzenden Abwehraktionen der Arbeiterklasse das Ziel wies und die Methoden des Kampfes aufzeigte.

Im Aufruf der Zentrale der KPD vom 14. März 1920 hieß es: "Die allgemeinen Losungen des Kampfes gegen die Militärdiktatur sind:

Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der bürgerlichen Demokratie!

Alle Macht den Arbeiterräten!

Eure nächsten Forderungen sind:

Sofortiger Rücktritt der Regierung Kapp-Lüttwitz, Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr, der Sicherheitspolizei, der Einwohnerwehren, der Zeitfreiwilligen. Sofortige Beschlagnahme aller Waffen der Bourgeoisie. Bildung einer revolutionären, zuverlässigen Arbeiterwehr unter Kontrolle der Arbeiterräte. Freilassung aller politischen Gefangenen."⁸⁴

Klare Anweisungen enthielt der Aufruf für die Führung des Kampfes:

"Zur Eröffnung des Kampfes führt der Generalstreik. Zur Führung des Kampfes formiert euch sogleich zu Betriebsräten. Schließt die Betriebsräte zusammen zu Arbeiterräten, zu Vollversammlungen, die den Kampf leiten. In den Arbeiterräten schafft euch wieder Organe, durch die ihr euren gemeinsamen Willen feststellen und gemeinsame Aktionen führen könnt."⁸⁵

Mit dem Aufruf vom 14.3. korrigierte die Parteiführung ihre Auffassung vom Vortag, als eine Mehrheit ihrer Mitglieder geglaubt hatte, die Arbeiterklasse sei „in diesem Augenblick nicht aktionsfähig“,⁸⁶ und die Arbeiterklasse werde erst den Kampf aufnehmen, „wenn das Gesicht der Militärdiktatur sich enthüllt haben wird.“⁸⁷

Dem war nicht so, überall erhob sich die Arbeiterklasse gegen die Kapp -Putschisten, und mit richtigen Losungen trat die KPD an die Spitze des Kampfes.

2. Der Kampf der Pirnaer Arbeiterschaft unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch

a) Verhandlungen, erste Kundgebungen in Mügeln und Pirna und die Bildung von Aktionsausschüssen

Im Verlauf des Sonnabends, des 13. 3. 1920, wurde den Arbeitern, den Partei- und Gewerkschaftsleitungen im Bezirk Pirna der Putsch bekannt. In Mügeln kam es noch am Sonnabend zu Verhandlungen "zwischen den drei Parteien",⁸⁸ gemeint sind höchstwahrscheinlich SPD, USPD und KPD (Das Gewerkschaftskartell dürfte auch Verhandlungspartner gewesen sein.), "zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens gegen ein eventuelles Übergreifen der Reaktion auf Sachsen“,⁸⁹ wie die "Dresdner Volkszeitung" das Ziel der Verhandlungen bezeichnete.

Die Vertreter der USPD und KPD einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen den Kapp -Putsch.⁹⁰ Am Sonntagnachmittag veranstalteten beide Parteien vor dem Mügeln Rathaus eine Demonstrationsversammlung. Diese Kundgebung wurde geleitet durch den

⁸⁴ Aufruf der KPD vom 14. März 1920 zum Kampf für den Sturz der Kapp-Lüttwitz, die Entwaffnung der konterrevolutionären Truppen und die Bildung von Arbeiterwehren unter Kontrolle der Arbeiterräte, in: Dokumente ..., Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 217.

⁸⁵ Ebenda, S. 216.

⁸⁶ Aufruf der Zentrale der KPD vom 13. März 1920 zum Kampf gegen die Militärdiktatur der Kapp-Lüttwitz... in: Dokumente Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 212.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3.1920.

⁸⁹ Ebenda.

⁹⁰ Vgl, ebenda.

Leiter der USPD im Kreise Pirna und Geschäftsführer der "Pirnaer Volkszeitung", Genossen Johannes Schirmer. Hier wurde der eintägige Generalstreik für den Bezirk Pirna proklamiert.⁹¹

Ebenfalls am Sonntag fand 18. Uhr im Volkshaus Pirna eine kurze Versammlung statt, wo die Parolen ausgegeben wurden: Generalstreik und Entwaffnung der Einwohnerwehren.⁹² Auf beiden Sonntag-Veranstaltungen war auf die groß« Versammlung hingewiesen worden, die am Montagvormittag im Pirnaer Volkshaus stattfinden sollte. Auch Plakate, die herumgetragen wurden, luden dazu ein.⁹³

Montagvormittag, 9.00 Uhr, faßte der Saal des Volkshauses nicht alle, die gekommen waren. Das war nicht besonders verwunderlich, denn 500 bis 1000 Besucher bei politischen Versammlungen im Volkshaus waren zu dieser Zeit keine Seltenheit. Man entschloß sich, die geplante Versammlung auf dem Markt durchzuführen und mit einer Demonstration zu verbinden.⁹⁴ Als Veranstalter werden USPD und Gewerkschaftskartell genannt. Der Verlauf der Kundgebung sagt uns allerdings, daß dazu auch die KPD gehört haben muß.

Rote Fahnen wehten über dem Marktplatz, und die Kundgebung wurde mit einem gemeinsamen Lied eröffnet. Den Verlauf der Versammlung schildert der Polizeibericht wie folgt: "Zunächst erhielt der Kommunist Renner das Wort, welcher mit scharfen Worten die eingetretene Reaktion der Offiziersclique verurteilte, da diese die größte Gefahr für die errungenen Fortschritte der Revolution bedeute.

Dem müsse mit allen Mitteln entgegen gearbeitet werden. Vor allen Dingen müsse die Arbeiterschaft sich rüsten durch das Rätssystem, da die bisherige Regierung auch versagt habe, weiter bezichtigte er Noske und Ebert der Feigheit, weil sie ohne jeden Widerstand geflohen seien. Der 2. Redner Stadtv-(erordneter - H.D.) Schirmer von U.S.P. geißelte ebenfalls in scharfen Worten die Reaktion von rechts und die große Gefahr für das bisher Errungene. Nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat müsse dem entgegen getreten werden, sofort solle mit Aufbau des Rätssystem begonnen werden.

Der 3. Redner Stadtv. Winkler (KPD - H.D.) erklärte, es sei keine Protestversammlung, sondern eine Aktionsversammlung, um das Rätssystem sofort einzuführen und die dazu nötigen Wahlen sofort vorzunehmen. Von allen 3 Rednern wurde zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats aufgefordert, nicht die demokratische Verfassung solle geschützt, sondern die deutsche Räterepublik solle errichtet werden, das in Mügeln gewählte Aktionskomitee werde alle weiteren Maßnahmen vorbereiten.

Mehrfach wurde aus der Menge der Ruf wegen Waffen laut.⁹⁵ Es schloß sich eine Demonstration zum Volkshaus an, die folgende Straßen berührte: Untermarkt, Töpfergasse, Lange Straße, Dohnaische Straße (unterer Teil der heutigen Karl-Marx-Straße), Gartenstraße (Friedrich-Engels-Straße), Bahnhofstraße, Breite Straße (oberer Teil der Karl-Marx-Straße). Genosse Winkler erwähnte auf dem Markt das in Mügeln gewählte Aktionskomitee.⁹⁶

Dem Pirnaer Komitee gehörten die Genossen Schirmer (USPD), Renner, Röttschke (im Polizeibericht Peschke genannt - H.D.), Rädcl, Schlegel und Winkler, Karl (alle KPD) an.⁹⁷

Für das Heidenauer Executivkomitee werden als Mitglieder genannt:

Hermann Günther KPD	Oskar Winkler
Emil Schnabel KPD	Oskar Glaser
Paul Florschütz USPD	Paul Bernhard SPD ⁹⁸

Es ist nicht ausgeschlossen, daß beide Komitees weitere Mitglieder besaßen.

⁹¹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 26.

⁹² Vgl. Bericht des Genossen Fröde.

⁹³ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 26.

⁹⁴ Der Polizeibericht nennt 1000 Teilnehmer. Genosse Haak meinte, es wären bedeutend mehr gewesen.

⁹⁵ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 26 f. Mehrere Genossen, Teilnehmer dieser Kundgebung, z. B. Genosse Haak und Genosse Weinhold bestätigten mit die Objektivität der Darstellung im Bericht.

⁹⁶ Nebeneinander werden in den damaligen Berichten die Begriffe Aktionsausschuß, Aktionskomitee, Executive und Executivkomitee verwandt.

⁹⁷ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 28.

⁹⁸ Vgl. Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, 11076 a. Bl. 165.

Dem Copitzer Komitee gehörten 5 Kommunisten, 2 USPD- und 3 SPD-Mitglieder an.⁹⁹ Die KPD-Vertreter waren die Genossen Paul Seidenglanz, Martin Schäfer, Kurt Bellmann, Willi Haak und August Kasper. Einer der beiden USPD-Genossen war der Genosse Nicolaus.¹⁰⁰ Von der SPD gehörten die Genossen Schneider, Assert und Appell zum Komitee.¹⁰¹

b) Programm des Pirnaer Executivkomitees

Die Pirnaer Organisationen der KPD und USPD unterrichteten die Einwohner der Stadt durch einen Plakatanschlag über ihre Absichten.¹⁰² Leider ist dieser Aufruf nicht erhalten geblieben. Nach Versammlungsberichten und Zeitungsmittteilungen läßt sich das Programm wie folgt skizzieren:

1. Niederschlagung des Kapp-Putsches
2. Keine Rückkehr zu bürgerlich-demokratischen Verhältnissen mit einer Regierungskoalition SPD - bürgerliche Parteien
3. In den ersten Reden der führenden Genossen tauchte immer wieder die Losung von der Errichtung der deutschen Räterepublik auf, in den Chemnitzer Forderungen¹⁰³ war davon aber nicht die Rede.

Um diese Ziele zu erreichen, leitete das Executivkomitee verschiedene Maßnahmen ein, die im wesentlichen den Forderungen entsprachen, die am 18. 3. 1920 auf einer Tagung sächsischer Arbeiterräte in Chemnitz beschlossen wurden.¹⁰⁴ An dieser Konferenz hat wenigstens ein Pirnaer Vertreter teilgenommen.¹⁰⁵ Die "Unabhängige Volkszeitung" veröffentlichte diese Forderungen in ihrer Rubrik "Aus dem Pirnaer Bezirk".¹⁰⁶ Vorher hieß es in einem offiziellen "Bericht des (Pirnaer - H.D.) Executivkomitees": "Weiter ist zu erklären, daß der Executivausschuß wohl gewillt sein wird, die in Chemnitz angenommene Forderung ebenfalls zu übernehmen."¹⁰⁷

Die ersten Forderungen lauteten!

- "1. Sofortige Entwaffnung und Aufhebung der Reichswehr, der Sicherheitswehr, der Einwohnerwehr und Zeitfreiwilligen. Die Bewaffnung des Proletariats ist in Angriff zu nehmen. Als erster Schritt dazu ist die Bildung einer Arbeiterwehr unter Kontrolle der Arbeiterräte durchzuführen.
2. Die Arbeiter in Stadt und Land, die Angestellten, werktätigen Männer und Frauen treten offen in allen Fabriken, Werkstätten, Gruben und Kontoren zusammen und wählen revolutionäre Betriebsräte. Die Betriebsräte schließen sich zusammen zu örtlichen und Bezirksräten. Die Bezirksräte wiederum müssen zusammengefaßt werden zu einem Zentralrätekongreß.
3. Die in den Betrieben und Werkstätten gewählten Arbeiterräte schließen sich zusammen zu Vollversammlungen. Die Vollversammlung des Arbeiterrates muß zu allen wichtigen Fragen Stellung nehmen. Sie wählt einen Vollzugsrat und beauftragt diesen, alle Beschlüsse durchzuführen und notwendige Aktionen zu leiten."¹⁰⁸

⁹⁹ Vgl. "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹⁰⁰ Vgl. Bericht des Genossen Haak.

¹⁰¹ Vgl. "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹⁰² Vgl. "Pirnaer Anzeiger", Nr. 62/63, vom 16. 3. 1920.

¹⁰³ Vgl. Anlage Nr. 18.

¹⁰⁴ Vgl. ebenda. "Der Kämpfer" berichtet in Nr. 11, vom 19. 3. 1920, daß 100 Orts- bzw. Arbeiterräte 400 Delegierte entsandt hatten.

¹⁰⁵ Vgl. "Der Kämpfer", Nr. 11, vom 19. 3. 1920.

¹⁰⁶ Anlage Nr. 18.

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ Ebenda.

c) Die unmittelbaren Aktionen der Arbeiterschaft im Pirnaer Bezirk gegen Kapp

ca) Der Generalstreik gegen die Kapp-Diktatur, die Wahl revolutionärer Betriebsräte, Zusammenarbeit Executive und Betriebsräte

Der "Unabhängigen Volkszeitung" können wir entnehmen, daß die Parole des eintätigen Generalstreiks "am Montag auch durchgängig befolgt"¹⁰⁹ wurde. Für die Stadt Pirna sagen Protokolle über Streiks in 21 Unternehmen (im wesentlichen Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten) aus, daß 3798 Beschäftigte sich am Streik beteiligten, 167 Arbeiter und Angestellte befolgten die Streikaufrufung nicht, davon entfallen 96 auf die Fa. Hoesch, 30 auf die Elisabethhütte und 15 auf die Elbtalzentrale (Elektrizitätsversorgung!)¹¹⁰

In der Fa. Küttner, im Stahlwerk Gebr. Hunger und in der Mehrzahl aller anderen Betriebe hatte auch der letzte Beschäftigte an diesem Tage die Arbeit niedergelegt.¹¹¹

Genosse Karl Täubrich berichtet, daß Genossen der KPD und andere eingesetzt waren, um am Montagmorgen die letzten Belegschaften über den Generalstreik zu informieren. So forderte er und ein zweiter Genosse die Arbeiter und Angestellten der Firmen Gebler, Sägewerk Kemnitzer und Klebstoffwerke auf, die Arbeit niederzulegen, was auch in jedem Falle geschah.¹¹² Der Struppener USPD-Genosse Fröde benachrichtigte Königsteiner Betriebe.¹¹³ Auch in den Betrieben fanden, wie Genosse Weinhold über das Stahlwerk Gebr. Hunger berichtet, Protestversammlungen gegen den Kapp-Putsch statt.¹¹⁴

Im Pirnaer Raum wurde nur einen Tag lang gestreikt. Trotzdem zeigte der Streik, daß auch die Arbeiterschaft Pirnas bereit war, die Anschläge der Putschisten auf die von der Arbeiterklasse seit 1918 errungenen demokratischen Rechte und Freiheit abzuwehren.

Zur damaligen Zeit gab es in den Betrieben revolutionäre und reformistische Betriebsräte bzw. Betriebsratsmitglieder. Als revolutionär galten die Betriebsräte, die das Betriebsrätegesetz nicht anerkannten. Doch dieses Gesetz strikt abzulehnen, war nicht einfach. Deshalb bezeichnete man als revolutionäre Betriebsräte auch die Arbeitervertretungen, die ständig bestrebt waren, Rechte wahrzunehmen, die über das reaktionäre Betriebsrätegesetz hinausgingen. Solche Betriebsräte gab es u. a. im Stahlwerk Gebr. Hunger, bei Hoesch, in den Pirnaer Glasfabriken¹¹⁵ und bei der Fa. Hengst.¹¹⁶ Den Kern dieser Betriebsräte bildeten KPD-, USPD-Genossen und andere revolutionäre Arbeiter. In den reformistischen Betriebsräten hatten die Kräfte die Oberhand, die sich voll auf den Boden des Betriebsrätegesetzes stellten. Ein solcher Betriebsrat existierte z. B. bei der Fa. Rockstroh (heute VEB Victoria) Heidenau.¹¹⁷

Während der Tage des Kapp-Putsches wurden in mehreren Betrieben revolutionäre Betriebsräte gewählt, zum Teil gegen den Protest der Unternehmer.¹¹⁸

Die Betriebsräte fungierten während der Tage des Kapp-Putsches als der verlängerte Arm der Pirnaer Executive.

Am Dienstag, dem 16. 3. 1920, fand nachmittags eine Sitzung der Pirnaer Betriebsräte statt.¹¹⁹ Genosse Renner forderte die Betriebsräte auf, eine Executive zu bilden, die über die weiteren Schritte beraten und beschließen sollte. Genosse Rädcl führte aus, daß es die Pflicht der Executive gewesen sei, um "einen Putsch von rechts zu unterbinden,"¹²⁰ die Ent- und Bewaffnung durchzuführen. "Nach längerer Aussprache erklären sich sämtliche Redner und

¹⁰⁹ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18.3.1920.

¹¹⁰ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXI, 08 - 1. Bl. 35 ff.

¹¹¹ Vgl. ebenda.

¹¹² Vgl. Bericht des Genossen Täubrich.

¹¹³ Vgl. Bericht des Genossen Fröde.

¹¹⁴ Vgl. Bericht des Genossen Weinhold.

¹¹⁵ Vgl. Bericht des Genossen Haak.

¹¹⁶ Vgl. Bericht des Genossen Fröde.

¹¹⁷ Vgl. Bericht des Genossen Horx.

¹¹⁸ Vgl. "Königsteiner Anzeiger", Nr. 33, vom 21. 3. 1920.

¹¹⁹ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920 und "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹²⁰ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

Betriebsratsmitglieder mit den Maßnahmen der provisorischen Executive einverstanden. Weiter wird beschlossen, von jedem Betrieb einen Genossen zum Bezirksrat zu wählen. Von diesen Genossen soll die engere Executive gewählt werden".¹²¹ Hier wurde bereits im Sinne der erst später in Chemnitz gefaßten Beschlüsse, getreu den Weisungen der Zentrale der KPD gehandelt, wobei heute nicht mehr feststellbar ist, inwieweit den Pirnaer Genossen die Stellungnahme der Partei zentrale bekannt war.

cb) Entwaffnung der Einwohnerwehren - Bewaffnung der Arbeiter

Über den reaktionären Charakter von Reichswehr und Einwohnerwehr gab es bei der Masse der Arbeiter keinen Zweifel. In den Dörfern kannte man die Waffenträger der Einwohnerwehren: Großbauern und andere Personen, deren Arbeiterfeindlichkeit zumeist erwiesen war.

Reichswehrtruppen befanden sich in der Amtshauptmannschaft Pirna auf der Festung Königstein, und zwar der Festungsstab und die 8. Hundertschaft des 24. Reichswehrregiments,¹²² sowie eine etwa 20 Mann starke Wachmannschaft der Pirnaer Kaserne.¹²³ Nach Aussage Struppener Genossen¹²⁴ und entsprechend einer Vermutung der "Unabhängigen Volkszeitung"¹²⁵ soll es sich bei der Festungsbesetzung um Baltikumer gehandelt haben. Das ist aber nicht bewiesen.

In vielen Dörfern und kleinen Städten existierten Einwohnerwehren, in der Stadt Pirna nicht, im Gebäude der Amtshauptmannschaft (heutiges Volkspolizeikreisamt) lagerten aber noch Gewehre.

Die Executive leitete die Besetzung der Kaserne und die Beschlagnahme der Waffen in der Amtshauptmannschaft ein. Die Besetzung der Kaserne auf der Rottwardorfer Str. erfolgte durch einen Trupp Arbeiter unter Leitung des Genossen Röttschke.¹²⁶ In Sichtabstand gingen die Arbeiter einzeln die Waisenhausstraße (heute Clara-Zetkin-Straße) und Rottwardorfer Straße hinaus. Genosse Röttschke und Genosse Paul Drescher kletterten über das Eisengitter und gingen in die Wachstube (heutige HO-Gaststätte "Freundschaft"). Sie erklärten den Wachtmeistern, daß sie die Kaserne den Arbeitern übergeben sollten. Ansonsten würden sie mit den draußen im Straßengraben liegenden Arbeitern unliebsame Bekanntschaft machen. Den Wachtmeistern wurde mit einem militärischen Angriff gedroht, obwohl die meisten Arbeiter unbewaffnet gekommen waren. Die Übergabe an die Arbeiter erfolgte.¹²⁷ Den Wachdienst innerhalb und außerhalb des Objektes übernahmen die Arbeiter. Mit dieser Maßnahme wurde eventuell einrückender Reichswehr zunächst die Unterkunftsmöglichkeit genommen. Waffen befanden sich kaum noch in der Kaserne. Die Kaserne blieb von den Arbeitern bis zum 27. 3.¹²⁸ und dann noch einmal vom 31. 3.¹²⁹ bis zum 6. 4. 1920¹³⁰ besetzt. Am Montag, dem 15. 3. 1920, holten die Arbeiter abends in der 10. Stunde die 300 Gewehre von der Amtshauptmannschaft sowie die Gewehre von der Pirnaer privilegierten Schützengilde, die im Gasthof "Zur Tanne" verwahrt worden waren.¹³¹ Am gleichen Abend hatte gegen 8.00 Uhr eine Arbeiterpatrouille die Gaststätten "Schwarzer Adler" und "Amtshof" und die dort anwesenden Gäste wegen Waffenbesitz kontrolliert.¹³²

¹²¹ Ebenda.

¹²² Vgl. Archiv der Festung Königstein, Festungschronik, 3. Teil, 1898 - 1930, S. 163.

¹²³ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 46 f.

¹²⁴ Vgl. Bericht des Genossen Fröde.

¹²⁵ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 73, vom 28. 3. 1920.

¹²⁶ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 27 f.

¹²⁷ Vgl. Bericht des Genossen Täubrich

¹²⁸ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 43.

¹²⁹ Vgl. ebenda, Bl. 45.

¹³⁰ Vgl. ebenda, Bl. 46.

¹³¹ Vgl. ebenda, Bl. 27.

¹³² Vgl. ebenda, Bl. 37.

Mehrere Genossen berichten von den Aktionen zur Entwaffnung der Einwohnerwehren. Die hierfür nötigen Arbeitertrupps stellten zumeist die Betriebe, so das Stahlwerk Hunger, die Elisabethhütte und die Copitzer Glasfabrik. Es liegen Berichte vor über die Entwaffnung der Einwohnerwehren in Dorf Wehlen, Bonnewitz, Thürmsdorf, Struppen-Siedlung, Mockethal, Graupa, Pfaffendorf, Leupoldishain und anderen Orten.¹³³

Von der Entwaffnungsaktion berichtete auch Amtshauptmann von Thümmel am 13. 4. 1920. Dabei war er besonders beunruhigt über die "Besorgnis dar wehrlosen Landbevölkerung vor Diebstählen an Saatkartoffeln".¹³⁴ Bisher hatte man z. B. in Rottwerndorf "die Saatkartoffeln" durch die Einwohnerwehr mit 21 Infanteriegewehren und 29 Armeerevolvern und dazugehöriger Munition sichern lassen, jedenfalls war das die Anzahl Waffen, die sich drei Beauftragte des Pirnaer Executivkomitees am 16. 3. 1920, nachmittags gegen 3.00 Uhr, vom Rottwerndorfer Gemeindevorstand aushändigten ließen.¹³⁵

In Dörfern, in denen viele Arbeiter ansässig waren, entwaffneten diese die Einwohnerwehren im Ort bzw. in den Nachbarorten. In Krebs entwaffneten noch am Sonntagabend Genosse Wehle (KPD) und Genosse Neubert (ÜSPD) die Einwohnerwehr. Sie beschlagnahmten etwa 13 Karabiner und 2 Pistolen.¹³⁶ Die Struppener Genossen stellten von den Einwohnerwehren aus Ebenheit, Naundorf und Weißig etwa 100 Schußwaffen sicher. In Struppen entstand eine Arbeiterwehr.¹³⁷

Die Struppener Genossen, alles Mitglieder der USPD, versuchten sogar, auf der Festung Königstein befindliche Waffen in ihren Besitz zu bringen. Am Abend des 16. März ließen sie sich vom Inspektor Butze, dem Beauftragten des Rittergutsbesitzers Freiherrn von Biedermann, zwei Pferdegespanne einschließlich Geschirrführer geben. Man fuhr zur Festung. Der Festungskommandant lehnte das Ansinnen der Struppener Arbeiter auf Herausgabe der Waffen, vorgetragen von den Genossen Emil Richter, Max Fröde und Bruno Rietzschel, ab. Bald darauf starteten die Struppener Arbeiter aus Schießscharten und vom Festungswall herab die Gewehrläufe der Festungsbesatzung an.¹³⁸

Der "Pirnaer Anzeiger" berichtete seinen Lesern am 21. 3. 1920 von dem Struppener Unternehmen. Selbstverständlich teilte er auch in diesem Falle nicht mit den Struppener Arbeitern die Sorge um die zutiefst bedroht gewesene Republik, den Artikelschreiber drückt anderswo der Schuh. Er schließt seinen Bericht mit der Frage: "Wer aber, so darf man wohl fragen, hätte dem Rittergute Ersatz geleistet, wenn einem der jetzt sehr teuren Pferde etwas zugestoßen wäre?"¹³⁹

In Langenhennersdorf führte die USPD-Ortsgruppe eine stark besuchte Einwohnerversammlung durch. Hier wurde beschlossen, die Einwohnerwehr, in Langenhennersdorf Heimwehr genannt, sollte die Waffen zum Gemeindeamt bringen, damit sie dort von 2 Vertretern der Einwohnerwehr und 2 USPD-Genossen bewacht werden könnten. Die Genossen Willi Müller und Rosenlöcher wurden beauftragt, der in der Schule versammelten Einwohnerwehr diesen Beschluß zu überbringen. Die Einwohnerwehrlaute hatten sich mit der Axt an der Tür postiert, ließen die Genossen gar nicht eintreten, griffen sie tätlich an und schlugen den Genossen Willi Müller blutig. Daraufhin beschlossen die Langenhennersdorfer Genossen, daß noch in der gleichen Nacht die Genossen Willi Böhme und Fritz Müller zur Executive nach Pirna fahren. Das geschah. Am nächsten Tag schickte Pirna 40 bis 50 mit Gewehren und 2 Maschinengewehren bewaffnete Arbeiter nach Langenhennersdorf.

Zwei LKW's brachten die Arbeiter ins Dorf, einer fuhr über Krietzschwitz, der andere über Neundorf durch das Gottleubatal, das Maschinengewehr jeweils auf dem Führerhaus stehend.

¹³³ Vgl. Berichte der Genossen Weinhold, Rohnstock und Haak und "Königsteiner Anzeiger", Nr. 33, von 21. 3. 1920.

¹³⁴ Staatsarchiv Dresden, Amtshauptmannschaft Pirna, B 16 a. Bl. 81.

¹³⁵ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B VIII - VII. 207. Nicht numeriert.

¹³⁶ Vgl. Bericht des Genossen Wehle.

¹³⁷ Vgl. Bericht des Genossen Fröde.

¹³⁸ Vgl. ebenda.

¹³⁹ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 67, vom 21. 3. 1920.

Viel Waffen fanden die Arbeiter nicht mehr. Die Einwohnerwehr hatte sie inzwischen zur Festung Königstein gebracht. Gutsbesitzer Junker junior, von dessen provokatorischem Auftreten auf dem Tanzsaal schon berichtet wurde und dessen Kumpane noch am Vortage einen unbewaffneten, friedlichen Arbeiter blutig geschlagen und einen anderen Arbeiter bis auf den Dachfirst gejagt hatten, war jetzt mit zweispänniger, flinker Kutsche in die Tschechoslowakei geflohen.¹⁴⁰ Andere Heimwehrleute flüchteten zur Festung Königstein. Der Festungschronist notierte das am 18. 3. 1920: "Der Gemeindevorstand und zwei Landwirte aus Langenhennersdorf erbaten Aufnahme in die Festung, weil sie von Spartakisten bedroht wurden."¹⁴¹

In der Festungschronik finden wir ebenfalls die Notiz: "15. bis 20. 3. die Einwohnerwehren umliegender Ortschaften geben Gewehre auf der Festung ab."¹⁴² Das ist z. B. von Mittelndorf bekannt.¹⁴³

Was geschah mit den von den revolutionären Arbeitern beschlagnahmten Waffen?

Zunächst wurden sie in die Zentren der Aktionsausschüsse, z. B. in das Pirnaer Volkshaus und in den Copitzer "Felsenkeller" gebracht.¹⁴⁴ Hauptsorge der Polizei war, daß die Waffen nun "dort ohne weiteres an jedermann verteilt"¹⁴⁵ wurden. Das traf aber nur für die allererste Zeit zu, wo im Trubel der sich überstürzenden Ereignisse jeder, der kam - und schließlich kannte man sich ja in den Orten - ein Gewehr bekam. Doch bald stellte beispielsweise die Pirnaer Executive den Waffenträgern Waffenscheine aus,¹⁴⁶ man formierte auf örtlicher Ebene Arbeiterwehren und gab über die Betriebsräte Waffen in die Betriebe. In der Zeit bis zum 17. April 1920 führte die Executive wenigstens drei Waffenappelle für die Pirnaer Arbeiterwehr durch.¹⁴⁷ Ein Schutzmann spionierte aus, daß in den Pirnaer Betrieben 202 Gewehre und 1 Maschinengewehr vorhanden waren. In den Betrieben wiederum fungierten Vertrauensleute des Executivkomitees, oft Betriebsratsmitglieder, die die Waffen an revolutionäre Arbeiter ausgegeben hatten und den Einsatz - Patrouillendienst, Entwaffnungsaktionen - dieser Arbeiter leiteten.¹⁴⁸ Von mehreren Genossen wird aber die Zahl der in der polizeilichen Liste für einzelne Betriebe angegebenen Waffen als zu niedrig bezeichnet. So behauptet Genosse Paul Rohnstock, daß in der Elisabethhütte mehr als die verzeichneten 20 Gewehre und dazu noch 2 Maschinengewehre im Besitz der Arbeiter waren.¹⁴⁹

Die Arbeiter gingen mit Gewehr zur Arbeit und nahmen es abends wieder mit nach Hause. Als sich zum Wochenende zu die Verhältnisse wieder beruhigten, ließ man das Gewehr entweder im Betrieb oder zu Hause.¹⁵⁰

Ein Pirnaer Kriminalschutzmann gab die Zahl der in den Händen der Arbeiter befindlichen Gewehre und Armeepistolen mit 2.000 Stück an.¹⁵¹ Die Heidenauer Arbeiter hatten ebenfalls in den umliegenden Gemeinden die Waffen eingesammelt. Genosse Rosenberg gibt 1.500 Gewehre an. Die Arbeiterwehr Heidenau soll zur Zeit des Kapp-Putsches 600 - 700 Mitglieder umfaßt haben.¹⁵²

¹⁴⁰ Vgl. Bericht des Genossen Müller und des Genossen Rohnstock.

¹⁴¹ Archiv der Festung Königstein, Festungschronik, 3. Teil, 1898 - 1930, S. 164.

¹⁴² Ebenda.

¹⁴³ Vgl. "Pirnaer Anzeiger", Nr. 73, vom 28. 3. 1920.

¹⁴⁴ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 28 und Bericht des Genossen Haak.

¹⁴⁵ Stadtarchiv Pirna, B III • XXVI. 05. Bl. 29.

¹⁴⁶ Vgl. ebenda.

¹⁴⁷ Am 27. 3., am 30. 3. und am 17. 4. 1920 führte die Executive im Volkshaus Waffenappelle durch, Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 46 und Anlage Nr. 20. Notizen im Polizeibericht (Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 49!) bestätigen, daß es sich bei der öffentlichen Einladung der "Ortswehr" um die Arbeiterwehr gehandelt hat. Zu allen drei Appellen erschienen jeweils 80 - 100 bewaffnete Arbeiter.

¹⁴⁸ Vgl. Berichte der Genossen Haak, Rohnstock und Weinhold.

¹⁴⁹ Vgl. Bericht des Genossen Rohnstock.

¹⁵⁰ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 33.

¹⁵¹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III • XXVI. 31. Bl. 13.

¹⁵² Vgl. Bericht des Genossen Weber.

cc) Überwachung der behördlichen Arbeit

In den ersten Tagen des Kapp-Putsches, als die Gefahr einer Ausbreitung auf Sachsen oder auf Teile des Landes durchaus noch bestand, überwachten Arbeiterposten die Tätigkeit der wichtigsten Behörden. Übereinstimmend weisen die verschiedensten Quellen nach, daß der Post-, Telegraf- und Fernsprechverkehr kontrolliert wurde.¹⁵³ Vor dem Rathaus und der Amtshauptmannschaft standen zunächst bewaffnete Arbeiterposten.¹⁵⁴

Offensichtlich auch entsprechend einer Anweisung der Executive zahlte die Sparkasse zunächst nur 50,00 Mark aus.¹⁵⁵

cd) Absicherung der Stadt und des Bezirkes Pirna

Um einem Einmarsch putschender Truppen entgegentreten zu können, kontrollierten Tag und Nacht bewaffnete und mit einer roten Armbinde versehene Arbeiterpatrouillen die Zugangsstraßen zur Stadt und das Leben innerhalb der Stadt.¹⁵⁶ Einige Tage lang wurden Pirna passierende Güter- und Personenzüge kontrolliert.¹⁵⁷

Es ist bekannt, daß Copitzer Genossen Posten an der Brücke bei der Wesenitztalschenke aufstellten,¹⁵⁸ die Pirnaer Arbeiter besetzten die Elbbrücke, Posten kontrollierten den Zugang zur Stadt von Dresden und vom Sonnenstein her. Auf der Dresdner Straße wurden alle aus Richtung Dresden kommenden Autos kontrolliert. Als am Dienstag, dem 16. 3. 1920, in Pirna das Gerücht kursierte, Reichswehrtruppen seien im Anmarsch, hielten sich in den Abendstunden bis 9.00 Uhr viele Menschen vor dem Volkshaus auf.¹⁵⁹

Die "Dresdner Nachrichten", die Zeitung der Deutschnationalen, fachten das Feuer gegen Pirna an, indem sie - offensichtlich von der Montag-Kundgebung in Pirna inspiriert - ihren Lesern am Mittwoch, dem 17. 5. 1920, folgende Lügenmeldungen aufstichteten:

"Die Räterepublik in Pirna

In Pirna ist die Räterepublik ausgerufen worden. Das Rathaus wurde von den Spartakisten gestürmt und der Bürgermeister verhaftet."¹⁶⁰

Viele andere rechts stehenden Zeitungen druckten diese Meldung nach. Die "Unabhängige Volkszeitung" erklärte am 21. 3. 1920, daß auf Grund dieser Erfindungen zwischen Pirna und Dresden Militär, Reiterei und Artillerie bereit gehalten worden wäre, dessen Rückzug allerdings auf die Forderung beider sozialistischer Parteien hin erfolgt sei.

"Daß der militärbevollmächtigte General Müller schon Truppen zur Niederwerfung der Pirnaer Arbeiter entsandt hatte",¹⁶¹ teilte ein Pirnaer Genosse bereits am 18. 3. 1920 der Arbeiterratstagung in Chemnitz mit.

Die Arbeiter waren wachsam. Noch Ende März beobachteten unbewaffnete Posten das Geschehen auf dem Pirnaer Bahnhof, um sofort über die Ankunft von Reichswehrtruppen informiert zu sein.¹⁶² Zwei Wochen nach dem Kapp-Putsch schnüffelten Aufklärungstrupps der Zeitfreiwilligen im Heidenauer Gebiet herum. Am Abend des 29. oder 30. März trafen zwei Angehörige der Heidenauer Arbeiterwehr in der Gaststätte "Zur Erholung" auf zwei Zeitfreiwillige. Nachdem letztere die Gaststätte verlassen hatten, folgten ihnen die Arbeiter und forderten die Zeitfreiwilligen auf, sich auszuweisen. Dazu waren die Zeitfreiwilligen nicht bereit, stattdessen zog der eine den Revolver und verwundete den Arbeiter Kurt Faust aus Dohna schwer durch einen Schuß in die Lunge.¹⁶³

¹⁵³ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 27 und Bericht des Genossen Täubrich.

¹⁵⁴ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 28.

¹⁵⁵ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹⁵⁶ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 27 ff.

¹⁵⁷ Vgl. Bericht des Genossen Täubrich.

¹⁵⁸ Vgl. Bericht des Genossen Haak.

¹⁵⁹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 28.

¹⁶⁰ Vgl. Anlage Nr. 16.

¹⁶¹ "Der Kämpfer", Nr. 11, vom 19. 3. 1920.

¹⁶² Vgl. Stadtarchiv Pirna» B III - XXVI, 05. 31. 42 f.

¹⁶³ Vgl. Bericht des Genossen Weber und "Pirnaer Anzeiger", Nr. 75, vom 31. 3. 1920.

Die Abschirmung des Heidenauer - Pirnaer Gebietes durch Arbeiterposten bestätigte auch der sächsische sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schwarz, der am 21. 3. 1920 erklärte, "daß von Niedersedlitz bis Pirna sämtliche Zufuhrstraßen besetzt seien".¹⁶⁴ Schwarz drohte mit dem Einsatz der Reichswehr.¹⁶⁵

Bewaffnete Arbeiterposten, die den Zugang zur Stadt vom Sonnenstein her bewachten, hat die Polizei noch am Dienstag, dem 23. 3. 1920, angetroffen.¹⁶⁶

3. Das Verhalten der bürgerlichen Kräfte in Pirna während des Kapp-Putsches

Der „Pirnaer Anzeiger“ ließ an der Haltung der großbürgerlich-junkerlichen Partei, der Deutschnationalen, keine Zweifel: Kapp wurde ohne Zurückhaltung begrüßt und Erklärungen von Reichswehrebereichen, -einheiten und Regierungsbezirken für Kapp wurden freudig registriert.¹⁶⁷ Als das Ende des blutigen Kapp-Abenteuers gekommen war, das die deutschen Arbeiter und andere Werktätige erzwungen hatten, rechtfertigte der "Pirnaer Anzeiger" noch die Kapp-Verbrecher, denn es "sieht der Reichskanzler Kapp seine Mission als erfüllt an und tritt zurück ..."¹⁶⁸ Kräftig wird zur Sammlung gegen die Arbeiterschaft geblasen. "Er (Kapp - H.D.) läßt sich dabei von der Überzeugung leiten, daß die äußerste Not des Vaterlandes den einheitlichen Zusammenschluß Aller gegen die vernichtende Gefahr des Bolschewismus verlangt."¹⁶⁹

Die Deutsche Demokratische Partei hatte, einer Meldung ihrer Pirnaer Geschäftsstelle zufolge, der KPD und ÜSPD ihre Mitarbeit gegen Kapp angeboten, "sah aber selbstverständlich von jeden weiteren Verhandlungen ab", als "die USP offen erklärte, daß sie die Diktatur des Proletariats anstrebe, die DDP sei aber prinzipiell gegen jede Diktatur, sei sie von rechts oder links".¹⁷⁰ Trotzdem ist diese Stellungnahme als gegen den Kapp-Putsch gerichtet aufzufassen. In Dresden lehnte die DDP den Putsch entschieden ab.¹⁷¹

Die gesamte Beamten- und Lehrerschaft Pirnas, die Reichs-, Staats-, Ratsbeamten usw., die Ärzte und Apotheker¹⁷² teilten der Executive durch eine Deputation am Dienstag, dem 16. 3. 1920, nachmittags, mit, "daß sie treu auf dem Boden der Verfassung stehen und jede Diktatur von rechts und links aufs entschiedenste ablehnen"¹⁷³ Sie drohten ihrerseits mit Streik, wenn die Executive die Überwachung der Dienstgeschäfte nicht einstelle. Die Streikdrohung wies das Exekutivkomitee gehörig zurück, hob aber dennoch die Bewachung der öffentlichen Gebäude auf. Die Mitglieder der Executive waren offensichtlich davon überzeugt, daß die vorstellig gewordenen mittelständischen Kreise in ihrer Mehrheit nicht mit Kapp sympathisierten. Die Forderung der Deputation nach Bewaffnung der "Kleinbürger und Beamten" lehnte die Executive ab.¹⁷⁴

Zur Haltung der Pirnaer Behörden muß festgestellt werden:

1. Von einer eindeutigen Ablehnung des Kapp-Putsches erfahren wir weder vom Rat der Stadt noch von der Amtshauptmannschaft etwas. Erst als die Arbeiter entschiedene Abwehraktionen eingeleitet hatten, wurden die Hiebe gegen links mit einer allgemeinen Erklärung gegen eine "Diktatur von rechts" verbunden. Den "Pirnaer Anzeiger" lassen die örtlichen Behörden ungehindert Stimmung für Kapp machen.

2. Am 16. März bekunden die Vertreter der Pirnaer Beamten und andere bürgerliche Kreise zwar ihre Treue zur Verfassung, die Treuerklärung gegenüber der alten Reichsregierung und

¹⁶⁴ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 35.

¹⁶⁵ Vgl. ebenda.

¹⁶⁶ Vgl. ebenda, Bl. 39 f.

¹⁶⁷ Vgl. „Pirnaer Anzeiger“, Nr. 61, vom 14. 3. 1920; Nr. 62/63, vom 16. 3. 1920 und Nr. 64, vom 17. 3. 1920.

¹⁶⁸ Anlage Nr. 17.

¹⁶⁹ Ebenda.

¹⁷⁰ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 62/63, vom 16. 3. 1920.

¹⁷¹ Vgl. Schneider, Horst, Aktionseinheit schlug Kapp, Dresden 1960, S. 19.

¹⁷² Vgl. "Pirnaer Anzeiger", Nr. 64, vom 17. 3. 1920.

¹⁷³ Ebenda.

¹⁷⁴ Vgl. Anlage Nr. 18.

der sächsischen Regierung bleibt aber vorläufig noch aus, diese erfolgt erst nach dem Kapp-Spuk, am Donnerstag, dem 18. 3. 1920.¹⁷⁵

4. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen die verhängnisvolle Koalitionspolitik der SPD, für eine Arbeiterregierung

Neben den richtigen Losungen, die die Zentrale der KPD für die Führung des Kampfes aufstellte, waren die Forderungen nach "der proletarischen Diktatur"¹⁷⁶ und „der Herrschaft der Arbeiterräte“¹⁷⁷ falsch.

Warum diese Losungen historisch verfrüht waren, darauf gibt die Parteiführung der KPD selbst die Antwort. In einem Rundschreiben, ebenfalls am 14. 3. 1920 geschrieben, warnt sie "vor der Vorstellung, als ob nun etwa mit einem Schlage alle Illusionen, die bislang in den Köpfen der Arbeiter über den Wert der bürgerlichen Demokratie herrschten, beseitigt seien“.¹⁷⁸ Viele Arbeiter glaubten noch daran, auf bürgerlich-demokratischem Wege mit Ministern und Regierungen der SPD und USPD, meist in Koalition mit bürgerlichen Parteien, zum Sozialismus zu gelangen. Diese Arbeiter waren bereit, gegen die Militärdiktatur Kapps, aber nicht gegen sozialdemokratische Regierungen zu kämpfen. Die KPD hatte sich ja auch noch nicht zur marxistisch-leninistischen Kampfpartei entwickelt, die die Führung hätte übernehmen können. Die Losung "Diktatur des Proletariats“ hielt auch in Pirna die Parteileitung der SPD und demokratische Kräfte von der Einheitsfront gegen Kapp zurück.¹⁷⁹

Das Chemnitzer Programm, auf dessen Boden sich ja auch die Pirnaer Executive stellte, enthielt diese Losungen allerdings nicht. Neben der Entwaffnung der Reaktion und der Bewaffnung der Arbeiter wird lediglich die "Kontrolle über die Produktion“¹⁸⁰ durch die revolutionären Betriebsräte gefordert. Im Punkt 5 der Chemnitzer Forderungen heißt es klar und deutlich: "Alle Maßnahmen der Arbeiterräte seit der Erhebung der Kapp-Lüttwitz sind Abwehrmaßnahmen gegen die Konterrevolution.“¹⁸¹

Im Bericht über die Pirnaer Betriebsrätetagung finden wir die zwei Sätze: "Die Gerüchte von einer Ausrufung der Räterepublik entbehren jeder Grundlage... Von der Bildung eines politischen Arbeiterrates sieht man vorläufig ab.“¹⁸²

In der Sitzung des Pirnaer Executivausschusses am Abend des 18. 3. 1920 wurde die Bildung von 4 Abteilungen beschlossen:

1. Abteilung für die Bildung der Arbeiterwehr
2. Abteilung für die Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen
3. Abteilung für Nachrichten und Presse
4. Abteilung für Finanzen.¹⁸³

Am Morgen des 19. 3. 1920 sprach erneut eine Delegation der Beamtenschaft, der Ärzte und Industriellen bei der Executive vor. "Besonderen Wert legten die Vertreter der vereinigten

¹⁷⁵ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III – XXXI, 01. Bl. 124.

Aus dem Schreiben an die Landesregierung vom 18. 3. 1920: "Das hohe Ministerium bitten wir ganz ergebenst, hiervon gütigst Kenntnis zu nehmen und uns erlauben zu wollen, hierbei der Versicherung Ausdruck zu verleihen, daß die gesamte Beamtenschaft des Rates der Stadt wie bisher so auch in Zukunft unentwegt ihre Pflicht tun und treu zur Regierung und Verfassung stehen wird.

In ergebenster Ehrerbietung
die Beamten des Rates der Stadt Pirna
Dr. Gaitzsch
Bürgermeister".

¹⁷⁶ Aufruf der KPD vom 14. März 1920 ..., in: Dokumente ...» Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 217.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ Rundschreiben der Zentrale der KPD vom 14. 3. 1920 ... an die Bezirksleitungen, in: Dokumente ..., Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 216.

¹⁷⁹ Vgl. Stellungnahme der DDP, in: "Pirnaer Anzeiger", Nr. 62/63, vom 16. 3. 1920 und Artikel über die Pirnaer Ereignisse, in: "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹⁸⁰ Anlage Nr. 18.

¹⁸¹ Ebenda.

¹⁸² "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 5. 1920.

¹⁸³ Vgl. Anlage Nr. 18.

Beamten darauf, zu wissen, ob sich der Kampf auch gegen sie richte. Die Executive erklärte, daß dies bis jetzt nicht der Fall sei."¹⁸⁴

Das alles beweist, daß die Pirnaer Executive in der praktisch an Arbeit nicht als Nahziel die Errichtung der Rätewacht verfolgte. Die in den Chemnitzer Forderungen genannten Arbeiterräte waren Aktionsausschüsse gegen Kapp, nicht Organe der Diktatur des Proletariats. Heinrich Brandler sagte am 15. 3. 1920 in Chemnitz, die Arbeiterräte seien "keine Regierungs-, sondern Kampforganisationen".¹⁸⁵

Für die Diktatur des Proletariats war die Zeit noch nicht reif. Andererseits hatte der Kapp-Putsch die Schwäche der von Sozialdemokraten geführten Reichsregierung gegenüber der Reaktion offenbart. Das bedeutete praktisch den Zusammenbruch der Koalition der SPD mit den bürgerlichen Parteien.

Was für eine Regierung sollte jetzt gebildet werden? Das durch den Sieg der Arbeiterklasse über die Kapp-Putschisten zugunsten der Arbeiterklasse veränderte Kräfteverhältnis der Klassen "ließ die Möglichkeit zu, die Fortsetzung der verhängnisvollen Koalitionspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer zu verhindern und die Bildung einer Arbeiterbeziehungsweise Gewerkschafts- oder Volksregierung zu erzwingen".¹⁸⁶

Um bei den Mitgliedern der Gewerkschaften Ansehen zu behalten, schlug der Vorstand der ADGB die Bildung einer Arbeiterregierung mit Vertretern der SPD, der USPD und der Gewerkschaften vor. Die KPD unterstützte das Zustandekommen dieser Regierung. Linksradikale Phrasen leitender USPD-Funktionäre und das Festhalten der rechten SPD-Führung an der verhängnisvollen Koalitionspolitik verhinderten das Zustandekommen einer Arbeiterregierung.¹⁸⁷

Diese Arbeiterregierung "hätte unter dem Druck der bewaffneten Arbeiter der revolutionären Bewegung einen weiten Spielraum lausen müssen".¹⁸⁸ Es wäre eine Übergangsregierung auf dem Wege zur Errichtung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern gewesen, aus der sich wiederum die Diktatur des Proletariats hätte entwickeln können.¹⁸⁹

Wilhelm Pieck wies im April 1920 darauf hin, daß Ziel und Basis der Arbeiterregierung die bewaffnete Arbeiterschaft hätte sein müssen.¹⁹⁰ Es konnte nicht festgestellt werden, ob die Auseinandersetzungen über die Bildung einer Arbeiterregierung in Pirna eine Rolle gespielt haben.

5. Die KPD, die Führerin der Pirnaer Arbeiterschaft gegen den Kapp-Putsch

Wie bewährten sich in Pirna die KPD, die Executive und die Arbeiterschaft im Kampf gegen den Kapp-Putsch?

1. KPD, USPD und zum Teil die Gewerkschaften und die SPD bildeten gemeinsame Aktionsausschüsse, die sich in ihrer Arbeit auf die Betriebsräte, auf die Mitglieder der Parteien und auf alle revolutionären Arbeiter stützten.

Kommunistische Genossen und Funktionäre der USPD übernahmen die Führung.

2. Die führenden Genossen der KPD und der USPD verurteilten in ihren Reden den Versuch der Militärdiktatur, riefen zum Kampf gegen diese auf und warnten sehr richtig, vor einer Rückkehr zur sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition. Die in den ersten Reden proklamierten Losungen "Rätewacht und Diktatur des Proletariats" behinderten die Aktionseinheit mit Parteileitungen der SPD und demokratischen bürgerlichen Kräften (DDP in Pirna). Doch in der revolutionären Aktion dieser Tage wurde richtigerweise nicht das Ziel gestellt, die Rätewacht zu errichten.

¹⁸⁴ Anlage Nr. 18.

¹⁸⁵ "Der Kämpfer", Nr. 8, vom 16. 3. 1920.

¹⁸⁶ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 277.

¹⁸⁷ Vgl. ebenda.

¹⁸⁸ Ebenda, S. 277 f.

¹⁸⁹ Vgl. ebenda, S. 278.

¹⁹⁰ Vgl. ebenda, S. 285.

3. Die Aktionsausschüsse leiteten folgende Maßnahmen ein:

- a) den Generalstreik und die Wahl revolutionärer Betriebsräte,
- b) Entwaffnung der Einwohnerwahren - Bewaffnung der Arbeiter,
- c) zeitweise Besetzung wichtiger Dienststellen bzw. die Kontrolle ihrer Arbeit,
- d) Absicherung des Pirna-Heidenauer Raumes durch bewaffnete Arbeiterposten.

Diese Abwehrhaltung der Arbeiter unseres Gebietes nötigte die mit Kapp sympathisierenden Schichten der Bourgeoisie, der Reichswehroffiziere und anderer reaktionärer Kreise zur Zurückhaltung, behinderte ein Ausbreiten des Putsches und trug zum Scheitern des Putsches im gesamten Reich bei.

Bei der Abwehr des Kapp-Putsches hatten die Arbeiter in der Stadt und im Gebiet Pirna entschlossen und diszipliniert gehandelt. Besonders die Bewaffnung der Arbeiterklasse war die dringlichste Aufgabe, um die Wiederholung eines konterrevolutionären Putsches zu vermeiden. Die Bewaffnung der Arbeiterklasse war die beste Vorbereitung für das Wirken einer Arbeiterregierung. Die leitenden Genossen der Pirnaer Ortsgruppe der KPD näherten sich immer mehr einer den tatsächlichen politischen Gegebenheiten entsprechenden Politik. Das ist um so höher zu bewerten, da in Pirna der schädliche linksradikale Einfluß Otto Rühles unter vielen Arbeitern und auch unter manchen Mitgliedern und Funktionären der KPD immer noch, vorhanden war. Außerdem enthielten die Losungen der Partei zentrale der KPD gegen den Kapp-Putsch linke Überspitzungen. Bekannt wurde die Ortsgruppe der KPD im Januar 1920 nach harten Auseinandersetzungen zur Politik der Zentrale der KPD, so zeigte die Politik der Pirnaer KPD-Genossen gegen den Kapp-Putsch in der Tat, in der revolutionären Aktion, zunehmend das Überwinden des Linksradikalismus.

V. Der Verrat der rechten SPD- und USPD-Führer

1. Die rechte SPD-Führung bremste und verriet die Erfolge der Aktionen der Arbeiter

Nach Beginn der machtvollen Aktionen der Arbeiterklasse bereute die SPD-Führung bald ihren Aufruf zum Generalstreik. Die SPD-Führer leugneten ihre Unterschrift ab. Noske entschuldigte sie alle vor der Bourgeoisie, die ihnen den Streikaufruf verübelte:

"Der Generalstreik hätte auch dann eingesetzt, wenn unter einer Aufforderung dazu die Namen sozialdemokratischer Minister nicht gestanden hätten."¹⁹¹

Dann hätten sich die sozialdemokratischen Minister völlig von den Arbeitern isoliert und mehr Vertrauen eingebüßt, als das ohnehin die nächsten Wahlen bewiesen.

In Pirna war der SPD-Kreisvorstand bis zum Montag überhaupt nicht bereit, gemeinsam mit der USPD und der KPD die drohende Gefahr abzuwenden. Die „Dresdner Volkszeitung“ schrieb, daß am Sonnabend "nicht vollkommene Einigung"¹⁹² erzielt werden konnte. Am Sonntagvormittag tagte der Kreisvorstand der Partei, wo auch "noch kein definitiver Beschluß gefaßt wurde".¹⁹³ Erst "nachdem KPD und USPD eine Verständigung mit der SPD versucht haben",¹⁹⁴ beschloß der Kreisvorstand am Montag die Genossen Dennhardt und Reymann in das Exekutivkomitee zu entsenden, "um ein einmütiges Zusammenarbeiten zu ermöglichen und auf den Gang der Ereignisse einen Einfluß mit ausüben zu können".¹⁹⁵ Dabei forderten die Vertreter der KPD und USPD nicht, daß sich die SPD "auf den Boden der Rätediktatur stellen sollte".¹⁹⁶ Denn davon wollten auch die führenden SPD-Funktionäre in Pirna nichts wissen. Obwohl es im Bericht aus Pirna heißt: "Die Vertreter der SPD wurden

¹⁹¹ Noske, Gustav, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach-Zürich 1947, S. 160. Zitiert bei: Schneider, Horst, Aktionseinheit schlug Kapp, Dresden 1960, S. 22.

¹⁹² "Dresdner Volkszeitung" Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹⁹³ Ebenda.

¹⁹⁴ Ebenda.

¹⁹⁵ Ebenda.

¹⁹⁶ Ebenda.

auch von der Executive anerkannt",¹⁹⁷ muß es doch nicht zur Mitwirkung der SPD-Genossen gekommen sein. Am Sonntag, dem 21. 3. 1920, fand eine Konferenz von etwa 40 SPD-Funktionären, wahrscheinlich zumeist Ortsgruppenvorsitzende, im Pirnaer Feldschlößchen statt. Daran nahm SPD-Minister Schwarz teil.

Hier wurde man sich "dahin einig, sich dem Akt. Komm. anzuschließen, um besser übersehen zu können, was eigentlich alles von der U.S.P. und den Kommunisten unternommen wurde".¹⁹⁸ Demzufolge kann die SPD vorher nicht Mitglied der Executive gewesen sein.

Auf übelste Art und Weise wurde hier das entschlossene Handeln der Arbeiter verleumdet: "Verschiedene Anwesende sprachen sich über die jetzige Lage aus und bezeichneten das ganze Verhalten als ein pöbelhaftes und anmaßendes, daß ohne jede Anweisung Autos beschlagnahmt, Benzin und Fuhrwerke verlangt und die Gewehre abgeholt worden seien."¹⁹⁹

"Weiter wurde darüber gesprochen, daß gerade in Pirna allerhand junge und arbeitsscheue Leute mit Gewalt herumlaufen und dadurch die Ruhe und Ordnung im höchsten Grade gefährdet sei ..."²⁰⁰ So sprachen SPD-Funktionäre unter sich. In der Zeitung hatte der aus Pirna berichtende SPD-Genosse drei Tage zuvor geschrieben: "... Die Disziplin der bewaffneten Arbeiterschaft ist als mustergültig zu bezeichnen."²⁰¹

Minister Schwarz drohte mit dem Einsatz der Reichswehr, um Zugang zum Gebiet Pirna zu verschaffen. Der Minister war optimistisch: "In Sachsen sei die Räterepublik noch im Keime zu unterdrücken",²⁰² hätten ihm doch auch schon zwei namhafte USPD-Funktionäre, Lipinski und Seger, versichert, „daß sie nicht für die Räterediktatur seien ... Im allgemeinen hofft man auf eine Annäherung zwischen Mehrheitler und Unabhängigen ..."²⁰³ Schwarz' Darlegungen in Pirna werden durch die Presse-Verlautbarungen und Partelauftrufe dieser Tage bestätigt. Am 18. 3. 1920 las man in der "Dresdner Volkszeitung" einen Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit. Darin hieß es: "In Chemnitz, Pirna und einigen anderen Städten sind unter sichtlicher Vorherrschaft kommunistischer Elemente gewisse Bevölkerungskreise in den Stunden des hochverräterischen Putsches dahin gekommen, Exekutivkomitees nach russischem Vorbild einzurichten, die Macht an sich zu reißen und sie zu organisieren, wie in den ersten Tagen der Revolution ..."²⁰⁴ Hier wurde klar ausgesprochen, daß die SPD den Sieg der Arbeiterklasse über den Kapp-Putsch nicht im geringsten ausnutzen wollte, die Positionen der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik auszubauen.

"Denn es galt jetzt nicht, eine neue demokratische Verfassung zu schaffen, sondern die bereits bestehende zu stützen."²⁰⁵ Die SPD-Führung verteidigte die bürgerlich-kapitalistische Ordnung.

Kräftig stieß die SPD ins antibolschewistische Horn:

"... Was wir vom ersten Tage des Berliner Hochverrats an besorgt haben: ... Wie wir erwarteten, droht die Gefahr des Bolschewismus. Ihr mit allen zu Gebote stehenden Kräften zu begegnen, das ist das Gebot der Stunde."²⁰⁶ Mit fast gleichen Worten war Kapp einen Tag zuvor "zurückgetreten"!

So wurde zum Kampf gegen die revolutionären Arbeiter geblasen, die geglaubt hatten, daß das während der Kapp-Tage vergossene Arbeiterblut sie ein Stück näher zum Sozialismus gebracht habe. Das historische Versagen, der Verrat der SPD-Führer waren vollkommen. Getarnt wurde die schändliche Tat durch zahme Forderungen der SPD an die Regierung, mit denen man sich den Anschein gab, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

¹⁹⁷ Ebenda.

¹⁹⁸ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 34.

¹⁹⁹ Ebenda.

²⁰⁰ Ebenda.

²⁰¹ "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

²⁰² Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 34.

²⁰³ Ebenda.

²⁰⁴ "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

²⁰⁵ Ebenda.

²⁰⁶ Ebenda.

Trotz der verräterischen Haltung vieler SPD-Führer beteiligten sich jedoch die Mitglieder am Generalstreik, und manche Parteimitglieder nahmen an den verschiedensten Aktionen teil. Die sozialdemokratische sächsische Regierung drohte ebenfalls bereits am 18. 3. 1920 in einem Telegramm den sächsischen Behörden mit der Anwendung militärischer Gewalt: "Wo kommunistische Parteiherrschaft zu errichten versucht, so Pirna, Orte des Erzgebirges und Vogtlandes, steht Wiederherstellung geordneter Verhältnisse baldigst bevor."²⁰⁷

2. Die Haltung der ostsächsischen USPD-Führer: revolutionäre Phrasen und Paktieren mit den verräterischen Führern der SPD

Die USPD rief ihre Mitglieder in Ostsachsen am 15. 3. 1920 zum Kampf "für den revolutionären Sozialismus"²⁰⁸ auf. "Es handelt sich nicht darum, die Regierungen oder die bürgerlich-kapitalistische Republik herauszuhauen. Es gilt vielmehr, den reaktionären Anschlag abzuwälzen und auf eine sozialistische Republik hinzuarbeiten."²⁰⁹ Der Pirnaer Arbeiterschaft rief man zu: "Heute noch, spätestens morgen früh! - Auf zum Kampf um die Macht der Arbeiterschaft. Wenn das überall geschieht, dann ist die Reaktion zur Ohnmacht verurteilt."²¹⁰

Man war einen Tag lang revolutionär - in Worten.

Zwei Tage später "haute" man erst einmal alle reaktionär militärischen Verbände "heraus", das heißt, man unternahm nach grausiger Bluttat auf dem Postplatz den Versuch der Reinwaschung. Am Mittwoch, dem 17. 3. 1920, berichtete die "Unabhängige Volkszeitung" über die Reichswehrprovokation vom Montag. Die Überschrift

"Ein entsetzliches Blutbad in Dresden.

Über 200 Opfer, darunter 59 Tote"²¹¹

trug der revolutionären Stimmung der Volksmassen und der Empörung der Dresdner Rechnung. Weiter heißt es: "Wir erheben schärfsten Protest gegen die Art, wie die Reichswehr zur Herstellung der Ruhe und Ordnung aufgeboten worden ist!"²¹² Es wurde berichtet, daß auf dem Postplatz "Zeitfreiwillige unter der Reichswehr gewesen waren, die ebenfalls rigoros vorgegangen seien".²¹³

Auch die Einwohnerwehr wurde nicht mit verschont: "Es ist nachgewiesen, daß Reaktionsknechte der schlimmsten Art dabei sind."²¹⁴

Das war die Anklage, wenn, man auch nur gegen "die Art" des Vorgehens, nicht gegen den Einsatz und die Existenz der Reichswehr überhaupt war. Die Verteidigung erfolgte in der Zeitung vom gleichen Tage. Auf der letzten Seite teilte man den Lesern mit, "daß Minister Schwarz mit den Dresdner Reichswehrtruppen verhandelt hat und daß ihnen das Zugeständnis (Wie gnädig! - H.D.) gemacht worden sei, daß die Reichswehrtruppen zum Volke stehen"²¹⁵

Die Anklage gegen die Zeitfreiwilligen wurde entschärft: "Zur Beachtung! Wie wir »zuverlässig erfahren, ist ein großer Teil der sogenannten Zeitfreiwilligen durchaus politischer Betätigung abgeneigt. Jede unnötige Reibungsfläche ist unbedingt zu vermeiden."²¹⁶

Einen Tag später erfuhren die Leser des USPD-Blattes, wie man mit den "Reaktionsknechten" in den Einwohnerwehren verfahren wollte: "Zum Zwecke der Umgestaltung der Einwohnerwehr in Dresden (zu Arbeiterwehren, wie vorher gesagt - H.D)

²⁰⁷ „Pirnaer Anzeiger«, Kr. 64, vom 18. 3. 1920.

²⁰⁸ „Unabhängige Volkszeitung“, Sonderausgabe, vom 15. 3. 1920.

²⁰⁹ Ebenda.

²¹⁰ Ebenda.

²¹¹ „Unabhängige Volkszeitung“, Nr. 63, vom 17. 3. 1920.

²¹² Ebenda.

²¹³ Ebenda.

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Ebenda.

²¹⁶ Ebenda.

haben beide sozialistischen Parteien einen Ausschuß gebildet, der die nötigen Richtlinien dazu erarbeiten soll."²¹⁷

So vertröstet die USPD die eigenen Mitglieder und große Teile der revolutionären Arbeiterschaft mit Verhandlungen und zu erwartenden Richtlinien. Die Arbeiter wurden verwirrt, irreführt und von einer entschlossenen Aktion zurückgehalten.

Die Opfer des blutigen Montags, Arbeiter und andere Werk tätige, die man tags zuvor zum Demonstrationsstreik aufgerufen hatte, wurden verhöhnt: "Dort (auf dem Postplatz H.D.) staute sich von Mittag an permanent eine Kopf an Kopf gedrängte Menge. Warum? Wahrscheinlich wußte das selbst keiner."²¹⁸

Die USPD-Zeitung zeigte die Ursache der Schießerei nicht in einer vorsätzlichen Provokation der Dresdner Reichswehrgeneralität, sondern die Schuld wurde auf einen fanatischen Leutnant abgeschoben, der so lange auf einen Major eingeredet hätte, bis dieser den Schießbefehl gegeben hätte.

Noch am gleichen Tage wird die Regierung "herausgehauen", nicht aus dem Amt, um den "revolutionären Sozialismus" oder die "sozialistische Republik" aufzubauen, sondern aus der Klemme, in die sie der reaktionäre Putsch einerseits und die revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse andererseits gebracht hatten. Am 17. 3. 1920 unterzeichneten ostsächsische Bezirksvorstände der SPD und der USPD einen gemeinsamen Aufruf zur Beendigung des Streiks. (In manchen Orten war über den Montag hinaus gestreikt worden). Dabei wurden gleichzeitig die Aktionsausschüsse energisch in die Schranken gewiesen.²¹⁹

In einer Versammlung am Donnerstag, dem 18. 3. 1920, im Pirnaer Volkshaus, stellte der leitende sächsische USPD-Funktionär Fleißner das Verhalten der Reichswehr in Dresden für richtig hin. Doch die Pirnaer kauften ihm das nicht ab. Genosse Renner widersprach ihm mehrmals heftig. Im Polizeibericht lesen wir darüber: "Es sind ca. 1000 Teilnehmer dagewesen. Hauptstimmung ist für den Kommunisten Renner gewesen ..."²²⁰

Die Beispiele beweisen: Die Politik der USPD-Führung für Ostsachsen bestand - wie in den meisten Gebieten Deutschlands - aus revolutionären Phrasen und Paktieren mit den verräterischen Führern, der SPD. Mit revolutionären Worten versuchten die USPD-Führer, ihre Mitglieder vom Einfluß und vom eventuellen Anschluß an die KPD abzuhalten. Der starke KPD-Einfluß in Pirna revolutionierte alle Arbeiter. Das war offensichtlich der Hauptgrund, daß in Pirna auch Genosse Schirmer in den Tagen des Kapp-Putsches mehrfach die Forderung nach der Räterepublik stellte. Ansonsten dürfte es zwischen der ostsächsischen und der Pirnaer Führung keine Unterschiede gegeben haben.

Die Masse der USPD-Mitglieder beteiligte sich aktiv an der Niederschlagung des Putsches. Die meisten der USPD-Genossen glaubten daran, ihre Partei werde sie auf dem revolutionären Weg, dem einzig möglichen, zum Sozialismus führen. Die Halbheiten und das Doppelspiel ihrer Führer erkannten sie größtenteils noch nicht.

VI. Die Liquidierung der Arbeiterräte und die Entwaffnung der Arbeiterklasse

1. Die Auflösung der Arbeiterräte

Der Verrat der rechten SPD- und USPD-Führer stärkte nach dem Kapp-Putsch die Positionen der bürgerlichen Kräfte in Deutschland. Das bewiesen auch die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920.

²¹⁷ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

²¹⁸ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 63, vom 17. 3. 1920.

²¹⁹ Vgl. Anlage Nr. 13. Noch stärker wird in einer Stellungnahme der sächsischen Regierung, die am gleichen Tag erschien, gegen die Aktionsausschüsse Stellung genommen. Vgl. Anlage Nr. 14.

²²⁰ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 30.

Dieser Entwicklung entsprach der Beschluß des Vollzugsrates des Sächsischen Landesarbeiterrates vom 19. 6. 1920, den Landesarbeiterrat aufzulösen.²²¹ Am 21. 6. 1920 hob die sächsische Regierung alle die Arbeiterräte betreffenden Beschlüsse auf.²²² Das bedeutete gleichzeitig die Auflösung der örtlichen Arbeiterräte. Daß das dem Pirnaer Stadtrat nicht unrecht gewesen sein kann, bringt der äußerst gleichgültig und knapp abgefaßte Beschluß zum Ausdruck:

"Beschluß des Gesamtrates vom 29. Juni 1920

Arbeiterräte

Von der Verordnung vom 21. Juni 1920, betr. Auflösung der Arbeiterräte, nimmt man Kenntnis.

Dr. Gaitzsch Burkhardt Appelt"²²³

Der Pirnaer Arbeiterrat bestand trotzdem noch einige Monate.

Die Existenz der Arbeiterräte bis nahezu zwei Jahre nach Beginn der Novemberrevolution zeigt, daß der Rätegedanke auch in der deutschen Arbeiterklasse außerordentlich populär war. Die rechten sozialdemokratischen Führer jedoch, die bestimmend im Landesarbeiterrat waren und die in Sachsen in der Regierung saßen, hatten mit dieser Aktion die in der Revolution geborenen Organe, die eigentlich Träger aller revolutionären Umwälzungen hätten sein sollen, endgültig beseitigt und sich so ein weiteres Mal um den Schutz der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung "verdient" gemacht.

2. Die Entwaffnung der "Zivilbevölkerung"

Die reaktionären bürgerlichen Kräfte waren erschrocken, daß sich die Arbeiter in vielen Teilen Deutschland« bewaffnet hatten. Schon am Freitag, dem 19. 3. 1920, wurde in Pirna "eine Vertretung der Beamenschaft, der Ärzte und Industriellen bei der Executive vorstellig. Die Herren erklärten, sie fühlten sich beunruhigt und in ihrem Leben bedroht, weil die Bewaffnung der Arbeiter durchgeführt sei. In dieser Beziehung konnte die Executive erklären, daß ein Grund zur Beunruhigung nicht vorliege, sondern auf die revolutionäre Disziplin der Arbeiter vollständig Verlaß sei ..."²²⁴ Dies bestätigte auch ein Pirnaer Kriminalschutzmann in einem Bericht am 21. 6. 1920 mit den Worten: "Ein Mißbrauch der Waffen seit dem Kapp-Putsch durch die bewaffneten Arbeiter ist nicht vorgekommen."²²⁵ Schon am 17. 3. 1920 erscheint der Aufruf des Generals Müller, sofort alle im zivilen Besitz befindlichen Waffen abzugeben.²²⁶ Es war dargelegt worden, daß gerade die Bewaffnung der Arbeiterklasse Möglichkeiten bot, eine Arbeiterregierung zu bilden und auf diesem Wege der Arbeiterklasse die Gelegenheit zu geben, die Revolution voranzutreiben. Die SPD-Führung war weit davon entfernt, diese Chance zu nutzen. Am 23. 3. 1920 erschien der Aufruf des sozialdemokratischen sächsischen Arbeitsministers Heldt zur Waffenabgabe.²²⁷

Alle diese Aufforderungen blieben in Pirna ohne Erfolg. Deshalb wurden auf höhere Anweisung hin am 19. 5. 1920 die Vertreter verschiedener Parteien in Pirna und die Vertreter der Zeitungen zur Polizei geladen und um ihre Mithilfe ersucht, die die Vertreter des "Pirnaer Anzeigers", der "Pirnaer Volkszeitung" (USPDJ), der DVP, der DDP und der SPD auch bereitwillig gaben.²²⁸

Die Vertreter der KPD und der KAPD erklärte: "Wir lehnen es ab, in der uns vorgeschlagenen Weise persönlich etwas zu unternehmen."²²⁹

²²¹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXXI, 01, Bl. 138.

²²² Vgl. ebenda.

²²³ Ebenda, Bl. 139.

²²⁴ Anlage Nr. 18.

²²⁵ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 31, Bl. 13.

²²⁶ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 63, vom 17. 3. 1920.

²²⁷ Vgl. Anlage Nr. 19.

²²⁸ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 31, Bl. 1 ff.

²²⁹ Ebenda, Bl. 4.

Genosse Schirmer, USPD, erklärte: "Einer Entwaffnung der Arbeiterwehren würden wir keinesfalls zustimmen können. Einer Umbildung der Arbeiterwehr in einen Ortsschutz nach den von der Regierung aufgestellten Richtlinien würde ich sicherlich zustimmen, ob meine Parteiorganisation dem zustimmen würde, kann ich nicht sagen."²³⁰

Da die Entente damals für die Auflösung der Einwohnerwehren eintrat, hatte inzwischen die Reichsregierung Empfehlungen für eine Umbildung der Einwohnerwehren in Organisationen mit der Bezeichnung "Ortsschutz" gegeben. In den hierfür erschienenen Richtlinien war nicht mehr die Hede von der "Sicherung der gesäuberten Spartakistennester", sondern nur noch vom "Schutz von Leben und Eigentum".²³¹ Man wechselte nur die Namen und drückte sich in der Aufgabenstellung etwas milder aus.

Übrigens war der Pirnaer Polizeidezernent gar nicht gewillt, den Liebesdienst des Genossen Schirmer anzunehmen, denn zur gleichen Zeit wandte er sich an die Kreishauptmannschaft: "Die Arbeiterwehr entspricht zur Zeit in keiner Weise den Richtlinien vom 3. Mai 1920 für die Organisation Freiwilliger zum Schutze von Leben und Eigentum. Machtmittel, die Waffen den Arbeitern gewaltsam wegzunehmen, stehen uns nicht zur Verfügung."²³²

Ob mit oder ohne die Hilfe der Parteien, das ist nicht mehr festzustellen: Bis zum 11. 6. 1920 hatte sich auf der Polizeiwache ein Infanteriegewehr 98 und ein Karabiner 98 eingefunden.²³³

Am 21. 6. 1920 stellt der Kriminalschutzmann fest: "Eine freiwillige Waffenabgabe ist nicht erfolgt und auch nicht zu erwarten."²³⁴ Deshalb empfahl dieser auch die Entwaffnung durch das Militär.²³⁵

Nun wurde staatlicherseits Druck hinter die Entwaffnung gemacht. Am 7. 8. 1920 wurde das "Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung"²³⁶ erlassen. Es wurde ein Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung eingesetzt. Ihm standen Sicherheitspolizei, Reichswehr und das Gericht zur Verfügung.²³⁷ In den Ländern wurden Landeskommissare ernannt. Diesem gaben in Sachsen die Gewerkschaften einen Stellvertreter bei.²³⁸ Allen, die nicht gewillt waren, ihre Waffen abzugeben, wurden hohe Strafen angedroht. Jedem, der eine Waffe oder Munition abgab, wurden Geldprämien versprochen.²³⁹ Der Erwerb der Waffen brauchte nicht nachgewiesen und der Name bei Abgabe derselben nicht angegeben zu werden. Nun lieferten viele ihre Waffen ab, zum Teil weil sie der staatlichen Gewalt wichen, zum Teil weil sie der SPD oder der USPD Glauben schenkten, die doch letztlich beide die Entwaffnung unterstützten, wenn auch die USPD sich vorerst noch Kundgebungen gegen die Entwaffnung mit anschloß.²⁴⁰ Andere mögen aus

Resignation über die Uneinheitlichkeit des Handelns der Arbeiterklasse die Waffen abgegeben haben. Auch das Geld lockte zur Abgabe der Waffen.

Insgesamt wurden in der Stadt Pirna

452 Gewahre, 5 Granatwerfer, 109 Revolver, 35 Handgranaten, 17 375 Patronen und verschiedene andere Waffen- und Munitionsteile abgegeben, für die 51.177,45 M. Ablieferungsprämie gezahlt wurde.²⁴¹

Am 15.12.1920, als die Ablieferungsaktion schon offiziell abgeschlossen war, fand in Pirna eine Durchsuchung nach Waffen statt, an der sich 8 Kriminalbeamte aus Dresden und die 5. Hundertschaft der Landessicherheitspolizei in einer Stärke von 89 Mann beteiligten. Da man zuerst das Volkshaus durchsuchte, ging man zum Schein auch in die bürgerliche Gaststätte

²³⁰ Ebenda, Bl. 3.

²³¹ Ebenda, Bl. 1.

²³² Ebenda, Bl. 5.

²³³ Vgl. ebenda, Bl. 12.

²³⁴ Ebenda, Bl. 13.

²³⁵ Vgl. ebenda.

²³⁶ Vgl. ebenda, lose inliegend: Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1920, Nr. 169, S. 1553.

²³⁷ Vgl. ebenda.

²³⁸ Vgl. ebenda, Bl. 21.

²³⁹ Vgl. Anlage Nr. 22.

²⁴⁰ Vgl. Anlage Kr. 21.

²⁴¹ Vgl. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921, o. 0. u. J., S. 77.

„Schwarzer Adler“. Dann konzentrierte sich die Polizeiaktion auf bekannte Arbeiter und Arbeiterfunktionäre der Stadt Pirna. Insgesamt betrug die Ausbeute zwei Infanteriegewehre und 109 Schuß Infanteriepatronen.²⁴²

Für die Entwaffnung der Arbeiterklasse wurden weder Mühe noch Kosten gescheut, sicherte sich doch damit die Bourgeoisie vor einem eventuell später erfolgenden revolutionären Angriff der Arbeiterklasse. Die SPD-Führung als treuer Vasall der Bourgeoisie unterstützte auch diese Maßnahme.

3. Die KPD verteidigte die Rechte der Arbeiterklasse

Die KPD verteidigte die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie zur Entwaffnung der Arbeiter. Gemeinsam veranstaltete die KPD mit der USPD und dem Arbeiterrat am 8. 8. 1920 auf der Reitbahn (Ernst-Thälmann-Platz) eine Demonstrationsversammlung unter dem Thema "Das neue Zuchthausgesetz gegen die revolutionäre Arbeiterschaft".²⁴³ In einer 20minütigen Ansprache betonte Rudolf Renner vor 300 Teilnehmern, daß das Entwaffnungsgesetz nur gegen das revolutionäre Proletariat gerichtet sei. Er forderte die Anwesenden auf, seine Ausführungen in die Betriebe zu tragen.²⁴⁴

Die KPD kämpfte geschlossen als einzige Partei mit Wort und Tat gegen das Entwaffnungsgesetz. Von vielen ihnen bekannten Arbeitern sammelten Pirnaer und Copitzer KPD-Genossen die Waffen ein und verbargen sie noch viele Jahre vor dem Zugriff der Reaktion. Ebenso handelten KPD- und USPD-Genossen in Krebs, Struppen und anderen Orten.²⁴⁵

C. Schluß Die Lehren des Kapp-Putsches damals und heute

Die Kapp-Putschisten konnten ihre zweifelhafte Herrschaft nur knapp fünf Tage aufrechterhalten, weil die deutsche Arbeiterklasse "in der bis dahin bedeutendsten proletarischen Einheitsaktion der deutschen Geschichte"²⁴⁶ durch Generalstreiks und bewaffnete Aktionen die Putschisten besiegte und zur Flucht zwang. Damit verhinderte die Arbeiterklasse "die Errichtung einer offenen Militärdiktatur in Deutschland und verteidigte die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution".²⁴⁷

In Mecklenburg und anderen Gebieten Deutschlands beteiligte sich das Landproletariat aktiv an der Niederschlagung der Putschisten. Die Einheit der Arbeiterklasse hatte vielerorts zu einem zeitweiligen Bündnis mit bürgerlich-demokratischen Kräften geführt. So gehörten den Aktionsausschüssen in Chemnitz und Leipzig Vertreter der DDP an.

Der Sieg über den Kapp-Putsch vermittelte die geschichtliche Lehre, daß die einheitlich handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Massen eine gewaltige Kraft ist.

Zwar wurde die Militärreaktion zurückgeschlagen, der Sieg der Arbeiterklasse konnte aber nicht ausgebaut werden, weil die SPD-Führung an ihrer verhängnisvollen Koalitionspolitik festhielt. Die rechten Führer der USPD gebrauchten revolutionäre Phrasen, statt auf die Bildung einer Arbeiterregierung hinzuarbeiten und ihren Eintritt in diese zu erklären. Die KPD war organisatorisch noch zu schwach und ideologisch nicht genügend gefestigt, um überall die Führung der Arbeiterklasse übernehmen und den Einfluß der rechten SPD-, USPD- und Gewerkschaftsführung zurückdrängen zu können.

²⁴² Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 31. Bl. 126.

²⁴³ Vgl. Anlage Nr. 21.

²⁴⁴ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 71.

²⁴⁵ Berichte der Genossen Haak, Weinhold, Wehle und Fröde.

²⁴⁶ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 284.

²⁴⁷ Ebenda.

Die SPD-Führer waren nicht gewillt, die für die Arbeiterklasse nützlichen Schlußfolgerungen zu ziehen. Statt die Einheit der Arbeiterklasse auszubauen, paktierten sie weiter mit der Bourgeoisie. Die gemeinsame Aktion gegen den Kapp-Putsch hatte das Einigungsbestreben in der Arbeiterklasse gefördert. In Dresden z. B. fanden in verschiedenen Stadtbezirken gemeinsame Versammlungen von Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten statt, in denen den opportunistischen Ideologien der rechten SPD-Führer eine Abfuhr erteilt wurde. Am 23. März 1920 wendet sich die "Dresdner Volkszeitung" scharf gegen SPD-Parteiorganisationen, und -Funktionäre, die an solchen Versammlungen teilnahmen oder sie mit einberiefen.²⁴⁸ In Pirna führte die SPD und das Gewerkschaftskartell am 1. Mai 1920 eine separate Feier durch. Sie verkrochen sich im Pillnitzer Wald. Die KPD, der Arbeiterrat und die USPD riefen die Werktätigen Pirnas zur Demonstration durch die Stadt und zur Kundgebung auf dem Marktplatz auf, an der sich 600 Personen beteiligten.²⁴⁹ Die SPD-Führer beteiligten sich nach dem Kapp-Putsch an der blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse, die Reichsregierung organisierte besonders im Ruhrgebiet den weißen Terror und ließ Hunderte Arbeiter, Frauen und Jugendliche ermorden.

Millionen Arbeiter und andere Werktätige wandten sich jetzt von der SPD ab. Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 verlor die SPD gegenüber den Wahlen im Januar 1919 über 5 Millionen Stimmen.

In der USPD verstärkten sich während und nach dem Kapp-Putsch die Auseinandersetzungen zwischen den rechten Führern und dem linken Flügel der Partei. Da die Masse der Mitglieder und viele Funktionäre der Partei bisher ehrlich und entschlossen gekämpft hatten, da aber auch viele Arbeiter das Doppelspiel der rechten Führer noch nicht durchschauten, gewann die Partei bei den Wahlen im Juni 1920 2,7 Millionen Wählerstimmen. Im Dezember 1920 vereinigte sich der linke Flügel der USPD mit der KPD zur VKPD.²⁵⁰

Die KPD, die sich an die Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch gestellt hatte, erhöhte ihren Einfluß in der Arbeiterklasse. Zu den Reichstagswahlen 1920 erhielt die Partei 400 000 Stimmen. Mit Clara Zetkin erhob die Kommunistische Partei Deutschlands am 2. Juli 1920 erstmals ihre Stimme im Deutschen Reichstag, Erhöhte sich, gemessen am 1921er Wahlergebnis in der Stadt Pirna, der Einfluß der Kommunisten nach dem Kapp-Putsch nicht sofort, so nötigt uns doch beispielsweise das Wahlergebnis der Copitzer Gemeindevertretung vom 11. 12. 1921, wo die KPD als stärkste Partei hervorging und 5 von 18 Mandaten erhielt,²⁵¹ höchste Anerkennung ab.

Der Kapp-Putsch hatte der KPD erneut gezeigt, daß man in Deutschland nicht in einem Sprung zur Diktatur des Proletariats gelangen konnte. In den folgenden Jahren verstand es die Partei immer besser, die Tagesförderungen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger mit dem Endziel der Partei zu verbinden. So erzielten die Genossen der KPD in der damaligen Fa. Küttner (heute SKW "Siegfried Rädell") bei den Betriebsratswahlen einen glänzenden Erfolg. Ihr Wahlvorschlag mit den Genossen Klett und Rädell an der Spitze erhielt 1 480 Stimmen, der Vorschlag der reformistischen Gewerkschaftsvertreter 114 Stimmen.²⁵²

Der Zusammenschluß mit dem linken Flügel der USPD bedeutete die Entwicklung zur revolutionären Massenpartei des deutschen Proletariats.

Die verräterische und arbeiterfeindliche Politik der SPD trieb nicht nur Millionen Wähler von der SPD weg, sondern führte sie gleichzeitig bürgerlich-reaktionären Parteien, wie der DNVP und der DVP, zu. Beide Parteien erzielten im Juni 1920 einen bedeutenden Stimmengewinn. Die SPD hatte sich bei großen Teilen des Volkes kompromittiert, vorläufig ihre Schuldigkeit

²⁴⁸ Vgl. Arbeitereinheit siegt über Militaristen, Berlin 1960, S. 89 und "Pirnaer Anzeiger", Nr. 62/63, vom 16. 3. 1920.

²⁴⁹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 53.

²⁵⁰ In Pirna vereinigten sich USPD bzw. deren linke Kräfte und KPD nicht. Die Gründe hierfür konnten von mir und von anderen Genossen, die bisher an diesen Problemen arbeiteten, noch nicht gefunden werden.

²⁵¹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B VIII - IV. 342. Bl. 182.

²⁵² Vgl. Archiv des Sächsischen Kunstseidenwerkes "Siegfried Rädell", Betriebsgeschichte des SKW, Manuskript, Bl. 25.

getan, und ausschließlich bürgerliche Parteien, die DVP, das Zentrum und die DDP, bildeten die Reichsregierung. Diese Regierung war, von der Kapp-Regierung abgesehen, die reaktionärste Nachkriegsregierung in Deutschland. Die Bourgeoisie bediente sich immer dann der SPD-Führer, wenn die Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft bedroht war. Fühlte sie sich stark genug, dann regierte sie allein.

D. Anhang

I. Literatur- und Quellenverzeichnis

Quellen

a) Akten

Staatsarchiv Dresden: Akten der Amtshauptmannschaft Pirna, B 16 a. Die monatlich an das Ministerium des Innern zu erstattenden Stimmungsberichte.

Akten des Ministeriums des Innern, 11076 a, Innere Unruhen, Straßendemonstrationen, Streiks.

Stadtarchiv Pirna: B III - XVIII. 234. Sicherheitstruppen.

B III - XXI. 08-1. Streiks 1919 - 1922

B III - XXII. 847. Marktpreisverzeichnis

B III - XXVI, 05. Politische Polizei.

B III - XXVI. 11. Versammlungen.

B III - XXVI. 31. Waffeneinziehung.

B III - XXXI. 01. Politische Umgestaltung.

Akten der Stadtverordneten, 1920 I u. II.

B VIII - 028. Akten des Gemeindeamtes Copitz, Volkszählung.

B VIII - IV. 32. Akten des Gemeindeamtes Copitz, Fabrikarbeiterzählung.

B VIII - IV. 342. Akten des Gemeindeamtes Copitz, Gemeindevertreterwahlen.

B VIII - VII. 207. Akten des Gemeindeamtes Rottwerndorf, Bildung von Einwohnerwehren, Ortsschutz, Waffenablieferung.

Archiv der Festung Königsteins:

Festungschronik, 3. Teil, 1890 - 1930.

Verzeichnis der Festungsgefangenen.

b) Zeitungen

"Der Kämpfer", Zeitung der KPD in Chemnitz und Umgebung, vorhandene Exemplare vom März 1920, Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt.

"Der Kommunist", ab April 1920 Zeitung der KAPD, vorhandene Exemplare bis August 1920, Stadtarchiv Dresden.

"Dresdner Anzeiger", Sprachrohr der kleinbürgerlichen Schichten, März 1920, Stadtarchiv Dresden.

"Dresdner Nachrichten", DNVP, März 1920, Stadtarchiv Dresden.

"Dresdner Volkszeitung", SPD, Jahrgang 1920, Stadtarchiv Dresden.

"Königsteiner Anzeiger", bürgerliches Blatt im Raum Königstein, Nr. 33, vom 21. 3. 1920, Archiv der SED-Kreisleitung Pirna*

"Neues Deutschland", Zentralorgan der SED, Nr. 348, vom 19. 12. 1966.

"Pirnaer Anzeiger", Pirnaer Amtsblatt, bürgerlich-reaktionär, 1920 stark deutsch-national orientiert, Jahrgänge 1919 - 1921; Stadtarchiv Pirna,

"Unabhängige Volkszeitung", USPD-Zeitung für Ostsachsen, Jahrgang 1920, Stadtarchiv Dresden.

Darstellungen

- Jensch, Hugo, Rieger, Heinz, Rote Fahne über Pirna, ein Beitrag zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, o. O.(1958) u. J.
- Noske, Gustav, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920.
- Rathmann, Lothar, Märzstürme 1920, Der Kapp-Putsch und seine Lehren, Berlin 1954.
- Rieger, Heinz, Die revolutionäre Situation im Herbst 1923 und der Reichswehreinmarsch in Pirna, o. O. u. J.
- Schneider, Horst, Aktionseinheit schlug Kapp, Dresden 1960.
- Weber, Stefan, Die einheitlich handelnde deutsche Arbeiterklasse kann den Militarismus besiegen, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1. Jg. (1959), Heft 4.
- Arbeitereinheit siegt über Militaristen, Berlin 1960.
- Beiträge zur Heimatgeschichte des Kreises Pirna, Teil I, bearbeitet and herausgegeben von der Fachkommission Geschichte unter Leitung von Gerhard Mädler, in: Der pädagogische Berater, Kr. 21, Pirna 1957.
- Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920, 1921, o. O. u. J.
- Betriebsgeschichte des Sächsischen Kunstseidenwerkes "Siegfried Rädcl", Manuskript, Archiv des SKW "Siegfried Rädcl".
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, Berlin 1966.
- Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin o. J.
- Bericht des Genossen Klett, Archiv der SED-Kreisleitung Pirna.
- Berichte der Genossen Fröde, Haak, Horx, Müller, Rohnstock, Täubrich, Weber, Wehle und Weinhold, im Besitz des Verfassers.

II. Abkürzungen.

AHM	Amtshauptmannschaft
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FDP	Freie Demokratische Partei
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LVP	Lausitzer Volkspartei
M.	Mark
Neukomm. ²⁵³	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Linke) = USPD (Linke)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USPD (USP)	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 1)

III. Materialien und Übersichten

²⁵³ Keine offizielle Bezeichnung der Partei.

Anlage 1

Ergebnisse der Volkszählung vom 8. Oktober 1919

AHM Pirna:

Ortsanwesende Personen		
Gesamt	Männer	Frauen
161.605	75.819	85.789

AHM Pirna, ohne Städte Pirna,
Königstein, Bad Schandau,
Sebnitz und Neustadt
Stadt Pirna:²⁵⁵

120.472²⁵⁴

Ortsanwesende Personen		
Gesamt	Männer	Frauen
19.006	9 245	9 761

Copitz:²⁵⁶

Ortsanwesende Personen		
Gesamt	Männer	Frauen
5 382	2 557	2 825

Anlage 2

Ergebnisse der Arbeiterzählung vom 3. Mai 1920²⁵⁷

	Arbeiter			Betriebsinhaber, An- gestellte, Verkaufs- personen u.ä.	Beschäftigte insgesamt
	Gesamt	Männer	Frauen		
Stadt Pirna ²⁵⁸	4.778	3.827	951	845	5.623
Copitz ²⁵⁹	851	765	86	126	977

²⁵⁴ Vgl. Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 66. und 67. Jahrgang, 1920 – 1921, Dresden o. J., S. 2 ff. Letzte Zahl zum Vergleich der Arbeitslosen (Anlage 4) angegeben.

²⁵⁵ Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921, o. O. u. J., S. 88. 606 vorübergehend anwesende Militärpersonen sind in den Zahlen inbegriffen.

²⁵⁶ Vgl. Stadtarchiv Pirna, Akten der Gemeinde Copitz, B III - 028. Bl. 281.

²⁵⁷ Gezählt wurde in den Betrieben der Orte, begonnen beim Einmann-Geschäft oder -Betrieb bis zur größten Fabrik.

²⁵⁸ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXX. 07. Bl. 298.

²⁵⁹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, Akten der Gemeinde Copitz, B VIII - IV. 32, Bl. 151 ff.

Anlage 3 Arbeitslose in Stadt und Amtshauptmannschaft Pirna

Stadt Pirna²⁶⁰

Durchschnittliche monatliche Zahl der Arbeitslosen:

1919	896
1920	337
1921	240 Vollerwerbslose und 184 Zuschlagsempfänger

Arbeitslose in den Monaten Januar bis Juni 1920:

Januar	661	April	280
Februar	579	Mai	202
März	405	Juni	213

Amtshauptmannschaft Pirna²⁶¹

Arbeitslose in den Monaten Januar bis März 1920:²⁶²

Januar:	3.112
Februar:	3.612
März	2.016

Zwei Zitate zum Schluß (Jensch):

Sebastian Haffner:

„So endete der Kapp-Putsch: mit einem mörderischen Strafgericht der immer noch sozialdemokratisch geführten Regierung über ihre Retter, ausgeführt von denen, vor denen sie gerettet worden war.“

Erhard Lucas-Busemann, „Notstand“ 1920 in: Zwecklegenden 197:

„Der unscheinbare Artikel 48 der Weimarer Verfassung, so ist zusammenzufassen, hat also einen beträchtlichen ‚Hintergrund‘. Die Weimarer Verfassung ist wesentlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Aufhebung konzipiert worden.“

²⁶⁰ Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921, o, 0, u. J., S. 115 ff.

²⁶¹ In den Zahlen der AHM sind die Stadt Pirna, Königstein, Bad Schandau, Sebnitz und Neustadt nicht mit inbegriffen.

²⁶² Staatsarchiv Dresden, Amtshauptmannschaft Pirna, B 16 a. Bl. 78 ff.

Heinz Rieger
Pirna im Herbst 1923. Die revolutionäre Situation im Herbst 1923 und der Reichswehreinmarsch in Pirna.
Pirna 1957.

Am Dienstag, dem 23. Oktober, gegen 10.30 Uhr vormittags, rückte das II. Bataillon des 10. Reichswehrinfanterie-Regiments (z. T. Garnison Bautzen) unter Führung von Major Pongratz mit klingendem Spiel (!) in Pirna ein und besetzte die Stadt.

Schon in Doberzeit war der Befehl zum Laden und Sichern gegeben worden. Die Maschinengewehre mit allem Zubehör wurden schussfertig getragen. Die Einheiten der Reichswehr bestanden aus einem Panzerauto, einigen leichten Feldgeschützen, Infanterie, Kavallerie, Radfahrerabteilung und Bagage. Sie kamen aus Richtung Lohmen, berührten zunächst die Brückenstraße, Dohnasche Straße und bogen dann mit Marschmusik in die Schössergasse ein.

Auf dem Markt spielten sich folgende Vorgänge ab: Ein Panzerauto erschien, kurz bevor die Reichswehr die Schössergasse hinauf marschierte, und fuhr bis in die unmittelbare Nähe des Zigarrengeschäftes Curt Schober (bzw. der Lederhandlung Pietzsch), wo es von Schaulustigen und einer großen Anzahl von Erwerbslosen (etwa 150-200 Personen, nach anderen Angaben 50 bis 100), die von allen Seiten herangekommen waren, umringt wurde. Indessen war die Infanterie von der Schössergasse herangerückt und entwickelte sich aus der Schössergasse in den Markt. Nach Zeugenaussagen war es so, daß einige Minuten nach dem Eintreffen des Panzerautos zunächst drei berittene Soldaten und hinter diesen ein Offizier (Hauptmann von Friesen) mit einigen Soldaten erschien, die von der Menge auf dem Marktplatz laut bejohlt und ausgepiffen wurden. Einige Soldaten liefen darauf im Laufschrift nach der Schössergasse zurück – zu gleicher Zeit fuhr das Panzerauto nach der Schloßstraße weg. Danach kamen wieder Soldaten aus der Schössergasse und trugen Schilder mit den Aufschriften „Straße frei!“, „Fenster zu!“, „Es wird scharf geschossen!“ Hinter diesen schwärmte etwa ein halber Zug Soldaten unter Führung des Offiziers in drei Gruppen nach der Marktgasse zu, wobei der Offizier die auf dem Marktplatz versammelte Menge, die immer noch laut johlte und Pfiff, aufforderte, den Platz frei zu machen. Zu gleicher Zeit ließ der Offizier Gefechtsstellung einnehmen: Infanterie schwärmte aus und Maschinengewehre gingen in Stellung. Besonders wurde ein Maschinengewehr beobachtet, das hinter dem Brunnen vor dem Seifengeschäft Melzer postiert war. Trotzdem der Marktplatz geräumt wurde, ja sogar schon fast leer war, schoß die Reichswehr in die Menge! Und die Schüsse krachten, als der Haupttruppenkörper noch mit klingendem Spiel durch die Stadt zog!

Diesem Anschlag fielen zum Opfer: Der 17jährige Arbeiter Artur Müller, der durch einen Kopfschuß von hinten getötet wurde, als er nach Empfang der Arbeitslosenunterstützung das Rathaus verlassen wollte, ferner die Arbeiterin Aufgebauer und die Arbeiter Hartmann, Kürbs und Künzelmann, die durch Schüsse verwundet wurden.

Das Ungeheuerliche an diesem Verbrechen, das vom „Pirnaer Anzeiger“ in seiner Ausgabe vom 24. Oktober lediglich als „bedauerlicher Zwischenfall“ abgetan wurde, war, daß die Reichswehr grundlos gegen Unbewaffnete, die keinerlei Widerstand leisteten, mit Waffengewalt vorging. Und „nicht etwa Lebensmittelwucherer und Brotzurückhalter hat man niedergeschossen, sondern Erwerbslose, die eben ihre schon wieder entwertete Unterstützung im Rathause empfangen hatten und das Gebäude verließen“, schrieb die „Pirnaer Volkszeitung“ vom 24. Oktober.

P.(aul) R.(ohnstock) berichtet dazu, daß sich die Arbeitslosen während der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung, die zur Zeit des Einmarsches der Reichswehr stattfand, am Hintereingang des Rathauses in Viererreihen sammelten und, nachdem sie ihr Geld erhalten hatten, zum Haupteingang wieder herauskamen. Artur Müller wurde hierbei getroffen. (Die

Auszahlung konnte natürlich nicht im Rathaus fortgesetzt werden. Sie wurde im „Carolabad“ weitergeführt).

Reichswehrsoldaten behaupteten hinterher, daß sie aus dem Canalettohaus am Markt beschossen worden seien. Eine sofort durchgeführte Durchsuchung des Grundstücks nach Waffen durch einen Leutnant, einen Unteroffizier und vier Mann verlief ergebnislos. Zeugenaussagen bestätigten außerdem, daß kein Schuß gefallen ist.

Bei dem Vorgehen auf dem Markt wurde übrigens – abgesehen von zerschossenen Fensterscheiben des Geschäfts Wunsch am Markt – auch das Pferd des Gärtners und Landwirts Paul Wildbrett aus Oberpoyritz erschossen. Dessen Geschirr hielt auf der Schloßstraße.

Aber das war noch nicht das ganze Blutopfer, das Pirna dem militaristischen Anschlag zollen mußte; auch auf der Bahnhofstraße und Schuhgasse gab es Verwundete. Wieder waren es zwei Arbeiter: der 60jährige Johann Brose und der 25jährige Otto Kubik.

Und am 24. Oktober, gegen 5.00 Uhr nachmittags, erhielt der 19jährige Schlosser Hans Wittig aus Copitz auf der Dohnaschen Straße durch einen Posten einen Genickschuß. Vor dem Posten hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, die der Aufforderung des Postens, weiterzugehen, nicht sofort nachkam. Der Posten schoß darauf dreimal in die Luft und dann nach der Jacobäer-, der Dohnaschen Straße und der Schuhgasse zu, wobei Hans Wittig tödlich getroffen wurde.

Bei den Verletzten und Toten wurden Schüsse von hinten festgestellt!

Es war also auf Fliehende geschossen worden!

Mit diesen Blutopfern erschöpften sich die Leiden der Pirnaer Bevölkerung noch nicht. Die innere Stadt war am 23. ab 5 Uhr nachmittags völlig abgesperrt. Drahtverhaue riegelten die Straßen ab. Posten waren aufgestellt, z. T. mit schußbereiten Maschinengewehren. Sie forderten die Passanten energisch und rücksichtslos zum Weitergehen auf und duldeten keinerlei Ansammlungen. So wollte ein Unteroffizier das beschleunigte Gehen dadurch erzwingen, daß er sagte: „Ich trete dir hinten nein, daß du einen Bruch kriegst“.²⁶³

Ein Arbeiter aus Lohmen wurde in Pirna verhaftet, weil er „auf der Straße stehen blieb und der Anordnung des Postens nicht sofort Folge leistete“.²⁶⁴

Auf das Volkshaus war die Mündung eines Maschinengewehres gerichtet. Zehn Posten standen auf den entgegengesetzten Straßenseiten und traktierten Vorübergehende mit dem Kolben, wenn sie nicht schnell genug liefen. Arbeiter wurden mit der Aufforderung „Halt! Hände hoch!“ zum Stehen gebracht und nach Waffen durchsucht. Einmal wurden zwölf Arbeiter nach der Durchsuchung mit aufgepflanztem Seitengewehr nach der Amtshauptmannschaft Pirna transportiert, dort festgehalten und erst später wieder freigelassen.²⁶⁵

Bei dem Aufenthalt der Reichswehr in Liebethal/Lohmen soll sie 15 Arbeiter verhaftet und von diesen drei nach Pirna, und zwar als Geiseln zu ihrer Sicherheit (!) mitgenommen und im Amtsgericht abgeliefert haben,²⁶⁶

„In Pirna war Ruhe, seit dem Einzuge der Reichswehr aber ist Wandel und Verkehr aus den sonst üblichen Fugen geraten. Gehören vielleicht Straßenabsperungen durch Drahtverhaue, „Schutz“ der Straßen durch Maschinengewehre, Kolbenstöße, scharfe Gewehrschüsse, Tote und Verwundete zur Ordnung?“ fragt die „Pirnaer Volkszeitung“ vom 25. Oktober.

Die Reichswehr terrorisierte und mordete jedoch nicht nur unschuldige Bürger der Stadt, sondern sie häufte auch trotz des

Lebensmittelmangels in Pirna Nahrungsmittel auf,²⁶⁷ und das zu einer Zeit, als die „Pirnaer Volkszeitung“ (am 23. Oktober) schrieb: „In Pirna gab es am Montag, dem 22. Oktober, bei

²⁶³ Aussage von F. während der Stadtverordnetensitzung.

²⁶⁴ SLHA (Sächsisches Landes-Hauptarchiv) 11 116 Nr.109

²⁶⁵ SLHA 11 114 Nr.119

²⁶⁶ ebenda

²⁶⁷ SLHA 11 116 Nr.107

keinem Bäcker in den Nachmittagsstunden und bei vielen schon früh (die Läden waren meist geschlossen) mehr Brot. Wie verlautet, wird mit einer Verdoppelung des Brotpreises gerechnet...

Will man Ruhe und Ordnung haben, so Sorge man dafür, daß die Bevölkerung nicht der Willkür gewisser Produzentenkreise ausgesetzt ist, die dann, wenn ihnen die Preise zu niedrig sind, einfach keine Waren mehr herstellen.

Herr General! Wir bedienen uns Ihrer Worte: „Dieses wirtschaftliche Chaos ist gewollt! Von wem? Von denen, die aus Eigennutz das schwergeprüfte Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollen...“

Am 25. Oktober meldete der „Pirnaer Anzeiger“ übrigens eine neue Verschärfung der Lage der Lebensmittelversorgung. Nicht nur, daß Brot nur in geringen Mengen abgegeben werden konnte, auch Kartoffeln und Zucker waren in manchen Stadtgeden nicht mehr zu haben. „Die Stimmung der Bevölkerung . . . ist eine sehr gedrückte und nervöse.“ -

Untergebracht waren die Soldaten in Massenquartieren. Mehrere Säle wurden belegt, dazu die Volks- und Berufsschule am Dohnaschen Platz (heute Goetheschule). Der Unterricht mußte natürlich ausfallen. So war z. B. die .9. Kompanie unter dem Befehl des Hauptmanns von Friesen im „Schwan“ untergekommen. Der Kommandant Oberst Fritsch, Kommandeur des Infanterieregiments 7, bezog im „Adler“ Quartier. Polizeistunde war 22 Uhr. Schon am 23. erfolgten Festnahmen und Haussuchungen, die auch am 24. und 25. Oktober fortgesetzt wurden. Ganze Häuserblocks durchsuchte man nach Waffen.²⁶⁸ Laut Bericht des Polizeidezernenten der Stadt Pirna wurden nur 21 Personen festgenommen und elf Haussuchungen durchgeführt. Die Angaben Stadtrat Scheuflers sind jedoch wahrscheinlich unvollständig, da sicher nicht alle Festnahmen der Pirnaer Polizeiwache bekannt geworden sind. Das geht aus dem Wortlaut des Berichtes hervor.

Über die Art und Weise des Vorgehens der Reichswehr sind vor allem Zeitungsartikel der „Pirnaer Volkszeitung“ aufschlußreich: Besonders bemerkenswert ist die Haussuchung im Volkshaus.

„In der Abwesenheit des Wirtes, der erst später durch den Lärm der Soldaten erwachte, wurden kurzerhand die Saaltüren erbrochen. Schlösser gesprengt und bei Türen, die nicht schnell genug nachgeben wollten, mit Gewehrkolben und Kommißtiefeln die Türfüllungen zertrümmert“ (P. V. Z. vom 25. Oktober).

Über die Haussuchung bei einem SPD-Genossen brachte die P. V. Z. folgenden Bericht: „Die Exekution, die Stunden dauerte, brachte trotz gründlicher Untersuchung von Wohnung, Keller und Autogarage, nebst Durchbruch einer Wand, auch hier das vermutete Waffenarsenal nicht zutage.“

Gegen 13.30 Uhr erfolgte eine Haussuchung in der Geschäftsstelle der „Pirnaer Volkszeitung“. In der Durchfahrt des Hauses wurde ein Maschinengewehr aufgestellt. Die Begleiter des führenden Offiziers hatten schußbereite Gewehre. Selbst die Volksbuchhandlung durchwühlten die „Hüter der Ordnung“ nach Material, das die Bevölkerung „aufreizen“ könne. Am 26. Oktober schrieb die P. V. Z.: „Der erste Tag ohne Tote! Wenig Gefechtstätigkeit. Die „Herstellung verfassungsmäßiger Zustände“ macht wahnsinnige Fortschritte. Die Einwohnerschaft pariert schon bei Drohung mit Gewehrkolben und Anbrüllen. Das gegenseitige Zutrauen wächst riesig!“

„In der Wohnung unseres Genossen U., Neundorf, dessen Haus mit Maschinengewehren und einem Viertelhundert Wehrmännern „gesichert“ wurde, hausten diese Herrschaften schlimm. Nachdem man drei alte russische Patronen gefunden hatte (Andenken aus Rußland), galt es auch, das dazu gehörige Gewehr zur Steile zu schaffen. Da wurden dann Betten und Kleider auf den Boden geworfen und durcheinander gewühlt, neue Strohsäcke aufgeschlitzt und zerrissen, auf dem Kleiderschrank zum Nachreifen ausgebreitete Tomaten mit dem Seitengewehr in die Stube gefegt und dergleichen „Scherze“ mehr getrieben. Das Gewehr

²⁶⁸ SLHA 11 114 Nr. 119

kam nicht zum Vorschein. Das hinderte aber nicht, den Genossen zu verhaften und gefangen zu setzen."

(Etwas gekürzt H. R.)

Das Tollste, leisteten sich die Besatzer anlässlich einer Funktionärsversammlung der SPD in der „Pechhütte“. Als der Kommandant von der Veränderung des Tagungsortes Kenntnis erhalten hatte (sonst tagten die Funktionäre im Volkshaus), wurde eine starke gefechtsfertige Patrouille mit der Eisenbahn nach Großsedlitz befördert, sprang dort über die Bahnschranke und ging ausgeschwärmt mit gefälltem Gewehr im Sturmangriff gegen die „Pechhütte“ vor, um - niemand von den Gesuchten anzutreffen. So geht man gegen Mitglieder einer republikanischen Partei vor, deren Vertreter in der Reichsregierung sitzen und die den Reichspräsidenten stellt." (P. V. Z. vom 26. Oktober.)

Aber neben der Peitsche fehlte auch das Zuckerbrot nicht „Nachdem die Erwerbslosen bei der Einnahme Pirnas mit blauen Bohnen begrüßt wurden, fühlten sich die Eroberer veranlaßt, noch ein gutes Werk zu tun. Sie ließen die Erwerbslosen wissen, daß sie zu ihren Gunsten auf eine Tagesration Brot verzichten wollen. Die Erwerbslosen verzichteten ebenfalls." (P. V. Z. vom 26. Oktober). Sie führten (nach Mitteilung von P. R.) auf der Waisenhausstraße im Hof des Erwerbslosenamtes eine Versammlung durch, auf der ein Protestschreiben gegen die Brotspende abgefaßt wurde. Paul Rohnstock lieferte das Schreiben persönlich bei dem Feldwebel ab, der das Brot in der Burgstraße ausgab und wurde danach acht Tage gesucht.

Stellungnahmen der leitenden Organe der Stadt zum Reichswehrüberfall

Es erhebt sich nun die Frage: Wie verhielten sich die leitenden Organe der Stadt zu den Willkürmaßnahmen der Reichswehr?

Am 24. Oktober ließ der Rat der Stadt einen Aufruf an die Mitbürger veröffentlichen, um „vor allen Dingen die sehr erregte Arbeiterschaft zu beruhigen" (!) (wie Stadtrat Scheufler später eigenhändig dem Entwurf des Berichtes über die Vorgänge in Pirna hinzufügte), in dem er feststellte, daß die Reichswehr „ohne Wissen und Willen des Rates in Pirna eingezogen sei.“

Dann folgte die unglückliche Formulierung: „Zu unserem tiefsten Bedauern hat diese ohne vorherige Fühlungnahme mit den Stadtbehörden auf Bürger geschossen... Wir mißbilligen das Geschehene auf das schärfste..." (voller Wortlaut im Anhang).

Es muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß die „Stadtväter" immer wieder besonders betonten, daß man sie übergangen habe, daß niemand vorher von der Besetzung unterrichtet gewesen sei. Auch der Polizeidezernent Scheufler beteuerte, er habe nur privatim gerüchtweise gehört, daß Reichswehr durch Pirna marschieren soll. Im Gegensatz dazu stehen Aussagen von Arbeiterveteranen. T. berichtete, daß der Einmarsch in Betrieben schon zwei Tage vorher bekannt gewesen sei. Kundschafter der Reichswehr in Zivil seien aufgetaucht. P. R. entsann sich einer Zusammenkunft der Kommunisten, Betriebsräte usw. in Kreischa am Tag vorher, wo über die Frage des Reichswehreinmarsches beraten wurde. Auch einzelnen Beamten der Polizeiwache soll der Einmarsch vorher bekannt gewesen sein.

Wie dem auch sei, es ist jedenfalls nicht anzunehmen, daß Genaueres über den geplanten Überfall auf Pirna bekannt war. Zur Zeit, als Arthur Müller erschossen wurde, fand eine Sitzung des Stadtrates im Rathaus statt, der sicher nichts gewußt hat. Man nahm höchstens an, daß die Reichswehr von Copitz aus über die Brücke und dann weiter in Richtung Dresden marschieren könne.

Daß die Reichswehr die Stadt bewußt im unklaren ließ, geht auch aus einer Bekanntmachung hervor, die General Müller nach der

Veröffentlichung des Ratsprotestes erließ. Es hieß da: „Durch Eingangsworte des Aufrufes des Rates wird der irrige Eindruck erweckt, der Einsatz der Reichswehr in Pirna bedürfe der Zustimmung des Rates. Dies ist nicht zutreffend. Den Einsatz der Reichswehr verfügt die

Reichsregierung unabhängig von jeder anderen Stelle nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen."

Nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen! Welches besonders „pflichtmäßige Ermessen" der Besetzung Pirnas zugrunde lag, kann allerdings nicht erschöpfend geklärt werden. Die tieferen Ursachen der Besetzung Pirnas sind klar und wurden in den ersten beiden Hauptabschnitten herausgearbeitet. Wann und wie motiviert der Befehl zur Besetzung Pirnas gegeben wurde, bleibt im Dunkeln, denn die Reichswehrakten sind wahrscheinlich nicht mehr vorhanden. Einiges hierzu folgt noch weiter unten.

Der zweite Abschnitt der Bekanntmachung Müllers soll die Mordtaten seiner Soldaten rechtfertigen. Kalt, brutal, mit zynischer Rücksichtslosigkeit ist er abgefaßt. Keinen ehrlichen Bürger Pirnas: konnte er überzeugen.

„Unrichtig ist auch die Darstellung, soweit sie den Eindruck erweckt, als hätte die Truppe von der Waffe Gebrauch gemacht, ohne daß hierzu die erforderlichen Voraussetzungen vorlagen. Die Truppe hat gemäß den Vorschriften über den Waffengebrauch gehandelt. Die erforderliche Warnung und Androhung ist in ausreichender Weise nach amtlichen Feststellungen der Militärbehörde erfolgt."

Gemäß den Vorschriften über den Waffengebrauch! Das ist alles. Keine Silbe über die unschuldigen Opfer! Menschenleben spielen keine Rolle. Hauptsache, es wird „gemäß den Vorschriften über den Waffengebrauch gehandelt!" - Gehörte es auch zu den „Vorschriften über den Waffengebrauch, "auf Unbewaffnete und Fliehende zu schießen?" Eine weitere Protesterklärung verfaßten die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter (siehe Anhang). Die Veröffentlichung wurde trotz des zahmen Charakters der Erklärung verboten.

Über diese papiernen Proteste hinaus machte die Stadt schon am 23. Oktober einen Vorstoß in Dresden.

Stadtrat Scheufler sprach mit den Stadtverordneten Rädcl und Seifert gegen 13 Uhr in der Nachrichtenstelle der Staatspolizei vor und diktierte dort einen Bericht über die Pirnaer Vorgänge in die Maschine. Er informierte weiter den Zivilkommissar Meier, den Kommissar Haufe und Oberregierungsrat Günther vom Ministerium des Inneren. Nur General Müller ließ sich nicht sprechen. Er gab gerade ein Festessen. und „feierte" die gelungene Besetzung Sachsens.²⁶⁹ Es fand nur eine Unterredung mit Oberst Seutter (oder Seutten) statt, der interessanterweise sagte, daß zunächst nicht beabsichtigt gewesen sei, in Pirna einzumarschieren. Das veranlaßte mich in meinem Aufsatz in der Pirnaer Kulturvorschau (11/1956) zu der Schlußfolgerung, daß erst das Vorstelligwerden der Kreise des Mittelstandes den Einmarsch der Reichswehr unmittelbar ausgelöst habe. Ich halte das heute nicht mehr für wahrscheinlich.

Stadtrat Scheufler bemerkte in dieser Unterredung noch, daß er noch am Tage vorher, am 22. Oktober, nachmittags Hauptmann Agricola ausdrücklich auf Befragen mitgeteilt habe, daß zur Zeit in Pirna alles ruhig sei. Er forderte schließlich im Namen des Stadtrates und mit Zustimmung aller politischen Parteien sowie der Amtshauptmannschaft die sofortige Zurückziehung der Reichswehr und die Bestrafung der Schuldigen.

Am 24. Oktober abends 7 Uhr. fand nun eine Sitzung der Stadtverordneten statt, die auf Befehl des Kommandanten Oberst Fritsch nicht öffentlich sein durfte. In ihr wurden die Vorgänge am 23. Oktober besprochen, eine Reihe kleinerer Anträge gestellt und zum Ratsprotest Stellung genommen.

Während Bürgermeister Dr. Gaitzsch sich in allgemeinen Redewendungen erging und die Anwesenden aufforderte, „volles Vertrauen zu den Führern (der Stadt, H. R.) zu. haben und die Nerven hoch zu halten," Polizeidezernent Scheufler erneut beteuerte, daß der Rat keine Mitteilung vom Einmarsch bekommen habe, und daß von ihm bisher jedermann Polizeischutz gewährt worden sei, der ihn angefordert habe, verurteilte Stadtverordneter Heinrich zwar formal die Mordtaten der Reichswehr als Übergriffe, betonte aber, daß durch die Reichswehr

²⁶⁹ Stadtarchiv Pirna, Abt. II, Nr. 405.

das Gefühl der Rechtssicherheit und der Ruhe (!) gebracht werden soll. Er vergaß zu bemerken, daß es sich um die Friedhofsruhe des militärischen Terrors und die „Rechtssicherheit“ der Müllerschen Mordjustiz handelte.

Justizrat Dr. Flachs, den viele Pirnaer noch kennen werden, ging noch weiter als sein Kollege Heinrich. Er stellte zunächst fest, daß die Reichswehr von der Reichsregierung geschickt worden sei und in der Reichsregierung doch auch die Sozialdemokratie sitze. Leider hatte er damit nur allzu recht, und es gereicht den Stadtverordneten der SPD zur Ehre, daß sie sich in ihren Ausführungen deutlich von diesen Verrätern an der Sache der Arbeiterklasse distanzieren. Stadtverordneter Fietsch bedauerte, daß Männer von seiner Partei in die Reichsregierung hineingegangen sind.

Dr. Flachs nahm im folgenden gegen den Ratsprotest Stellung und brachte einen Abänderungsantrag ein. In ihm forderte er „peinliche Beachtung der Anordnungen der Reichswehr“ und „mißbilligt“ den ersten Abschnitt des Ratsprotestes als eine „feindselige Stellungnahme“ gegen die Reichswehr. Dr. Gaitzsch verteidigte daraufhin den Ratsprotest, natürlich nicht aus Parteinahme für die Arbeiter, sondern weil, wie er später in einer Stellungnahme (vom 1. November 1923) Scheufler zu verstehen gab, man „hier (in Pirna) über vier Jahre nach der Revolution mit einzelnen Elementen, die sich zu Tätlichkeiten haben hinreißen lassen, fertig geworden“ sei und man sich in Zukunft auch getraue, mit ihnen fertig zu werden.

Es erfolgte am Schluß der Sitzung eine Abstimmung über den Ratsaufruf, der im ersten Abschnitt gegen sieben Stimmen, im zweiten Abschnitt einstimmig angenommen wurde, womit der Antrag Dr. Flachs erledigt war.

In diesem Zusammenhang muß abschließend etwas zur Einschätzung des Ratsprotestes gesagt werden. Dieser Protest spiegelt nicht nur die momentane Erregung über den Einmarsch wider, sondern vor allem auch die politische Haltung derjenigen bürgerlichen Kreise Pirnas (Exponenten waren hier z. B. Dr. Gaitzsch und Stadtrat Scheufler), die durch den Einmarsch der Reichswehr ein Anwachsen der Erbitterung und Erregung der Bevölkerung befürchteten. Man wollte vor allem die sehr erregte Arbeiterschaft beruhigen (Scheufler), der Stimmung der übrigen Bevölkerung entgegenkommen und das Vertrauen der Bevölkerung zum Stadtrat gewinnen. Man hoffte dann, mit den revolutionären Arbeitern wie bisher fertig zu werden (Dr. Gaitzsch).

Anders die Stellungnahme der Gruppe um Dr. Flachs. Sie stellte sich prinzipiell hinter den Reichswehrterror. In dieselbe Kerbe schlug übrigens auch der spießbürgerliche „Pirnaer Anzeiger“, von dessen Würde und geschmacklosen Artikeln ich schon einige Kostproben gab, und der auch, liebedienernd vor der Reichswehr, vor Verdrehungen und Verstellungen der Tatsachen nicht zurückschreckte.²⁷⁰

Die einzige konsequente Stellungnahme in dieser Stadtverordnetensitzung war die Siegfried Rädels, der wesentlich folgendes sagte: „Rein äußerlich haben wir in unserer Stadt ein Bild, wie wir es in den besetzten Gebieten finden können. Wir müssen uns jedoch betrachten, was hinter dem Einmarsch der Reichswehr vorgeht. Der Herr Bürgermeister wies bereits darauf hin, daß die Reichswehr ohne Wissen und Wollen hier eingerückt ist. Aber vielleicht ist das Einrücken auf Betreiben bestimmter Bevölkerungskreise in der Stadt geschehen. Wenn man persönlich mit den Reichswehrsoldaten gesprochen hat, so wird man feststellen können, daß sie vollkommen verhetzt worden sind in einer schamlosen Weise. Es sind Ihnen Mitteilungen über Pirna gemacht worden, die in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Durch solche Verhetzungen entsteht dann solches Vorgehen der Reichswehr, wie wir es erlebt haben . . .

²⁷⁰ So schrieb er am 26. Oktober, daß „die Reichswehr in der allerbesten Absicht gekommen“ sei. „Sie will eine Stetigkeit des werktätigen Lebens, Ruhe und Sicherheit jedes einzelnen gewährleisten . . .“. Übergriffe radikaler Elemente hätten die Kartoffelversorgung in Frage gestellt, und die Truppen müßten länger als ursprünglich vorgesehen sei, in Pirna bleiben, um die Kartoffelfuhr sicherzustellen. Das zeige „am besten, wie berechtigt der Einsatz der Truppen in Pirna war“ (!). In diesem Zusammenhang ergriff das Blatt auch Partei für einen Meusegaster Gutsbesitzer, der ein Schutzkommando der Reichswehr für seine Felder und Kartoffelmieten angefordert hatte. Das Blutbad auf dem Markt tat es nicht nur als „Zwischenfall“ ab, sondern stellte es noch so hin, als ob die Betroffenen selbst daran schuld gewesen seien usw

(zur Rechten gewandt): Ihre verfluchte Hetze ist es gewesen, die die Reichswehr herangezogen hat. Sie als Klasse ... sind verantwortlich für jeden Tropfen Blut, der hier geflossen ist und noch fließen wird. Wie war der „verfassungsmäßige“ Zustand vorher. Den ersten Anlaß gab die Firma Hoesch. Diese ist seit 14 Tagen in Lohndifferenzen. Sie hat den Arbeitern zugesagt; 18 Milliarden Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren. Diese Zusage hat die Firma zurückgezogen. Dafür will sie nur vier Milliarden gewähren, aber nur, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung gibt zur Entlassung von 130 Arbeitern. Darauf übten die Arbeiter passiven Widerstand. Die Fa. Hoesch wünschte nunmehr die Reichswehr herbei. Seit acht Tagen liegen die Arbeiter auf der Straße. Sie haben nichts mehr zu essen. Der Herr Generalleutnant Müller sendet ihnen dafür blaue Bohnen. Die Lage in der Küttnerschen Fabrik ist heute folgende: Die Firma erkennt, nachdem die Reichswehr eingerückt ist, auf einmal den Betriebsrat nicht mehr an. Des weiteren werden ihre Abteilungen voneinander getrennt. Dies bedeutet die Zerschlagung des Tarifvertrages. Das, meine Damen und Herren, soll verfassungsmäßig sein! Die Betriebsräte genießen verfassungsmäßigen Schutz. Vielleicht kümmert sich Herr Müller darum, daß dort wieder verfassungsmäßige Zustände eintreten. So könnte man eine Unzahl Fälle anführen. Dann spricht man in Sachsen und Pirna von verfassungsmäßigen Zuständen. Ich war im Ruhrgebiet usw., kenne aus eigener Anschauung das Vorgehen französischer Truppen. Ich habe das Vorgehen einer Strafexpedition beobachten können, nachdem zwölf französische Posten ermordet worden waren. Das Vorgehen der Franzosen ist eine Spielerei gewesen gegenüber dem Vorgehen der Reichswehr in Pirna. Ich sage Ihnen allen Ernstes, wir als deutsche Arbeiter werden uns den Zustand nicht auf die Dauer ansehen.“ (Gekürzt H. R.)

Diese Ausführungen zeigen, daß Siegfried Rädels als einziger Stadtverordneter eine richtige Einschätzung der Ursachen und des Charakters der militärischen Aktion gab. Schließlich seien von den Anträgen noch folgende hervorgehoben: Ein Antrag, nachdem veranlaßt werden sollte den Gemeindegewerkschaften zusammenzurufen, damit er Stellung zu den Vorkommnissen in den sächsischen Gemeinden nähme (der Gemeindegewerkschaft lehnte später ab, da eine solche Stellungnahme angeblich nicht in sein Aufgabengebiet falle) - ein Antrag, Augenzeugen zu vernehmen, um die Vorgänge auf dem Markt aufzuklären und ein Antrag, Arthur Müller auf Kosten der Stadt zu beerdigen: Alle Anträge wurden einstimmig angenommen.

Das Ende der Reichswehrbesetzung Pirnas

Am 26. Oktober vormittags verließen die „Befrieder Pirnas“ die Stadt und marschierten in Richtung Dippoldiswalde weiter. Der Ausnahmezustand blieb jedoch erhalten. Neue Truppen unter dem Befehl des Stabshauptmanns von Wilucki erschienen bereits mittags, besetzten aber nur Copitz. Sie wurden in Bahrs Hotel, im Erbgericht und in der Turnhalle Copitz einquartiert. Sie traten wesentlich leiser als ihre Vorgänger auf, so daß der „Pirnaer Anzeiger“ einfach entzückt war über das „erfreuliche, auf Vertrauen gegründete gute Einvernehmen“ zwischen Bevölkerung und Reichswehr. „Besonders die Kinder haben sich mit den Soldaten angefreundet und dieses Verhältnis wird durch die Landser in keiner Weise getrübt.“ „Vorbeugend weist der Kommandeur aber darauf hin“, heißt es am Schluß des Artikels, „daß er es als eine Herausforderung der Truppe betrachten müsse, wenn etwa geschlossene, revolutionäre Lieder singende Trupps die Straßen passieren sollten.“

Die Reichswehr blieb bis zum 3. November in Copitz stationiert. (Copitz wurde erst am 1. November 1923 in Pirna eingemeindet, Aktenmaterial über die Besetzung von Copitz liegt nicht vor). Betrachtet man für den Zeitraum vom 23. Oktober bis 3. November 1923 die politische Entwicklung in Sachsen, so trat noch eine Verschärfung der Lage ein. Am 29. Oktober wurde die rechtmäßige sächsische Regierung mit Gewalt aus ihrem Amt gejagt, Dr. Heinze (früherer Ministerpräsident und Justizminister Sachsens) zum Reichskommissar in Sachsen ernannt und bis zu Neuwahlen eine Zwischenregierung eingesetzt. In den

Instruktionen für Dr. Heinze heißt es: „1. Der Zweck der Einsetzung . . . eines Reichskommissars ist die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Sachsen.

2. Mit verfassungsmäßigen Zuständen ist die Teilnahme kommunistischer Minister an der Regierung unvereinbar . . .“ General Müller verbot außerdem politische Versammlungen jeder Art und die Druckereien der KPD in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Halle und Magdeburg wurden polizeilich besetzt.

Ein Generalstreik, der von der KPD, SPD und den Gewerkschaften ausgerufen worden war, konnte nicht genug wirksam werden. In Pirna gab es damit im Zusammenhang einige Versammlungen von Arbeitern, so am 30. Oktober auf dem Sportplatz Weststraße (heute Ernst-Thälmann-Platz) und am 1. November ²⁷¹ auf dem Platz am vormaligen Kammergebäude und an der Schmiede (heute hinter Jäpelts), wo ca. 3000 bis 4000 Arbeiter anwesend waren. Zu ihnen sprach Siegfried Rädcl. Er führte (lt. Polizeibericht) etwa aus: „Die Arbeiterschaft hat ihren Kampf verloren, noch ehe er vollständig zur Entwicklung gekommen ist, und zwar durch den Verrat der vereinigten Sozialdemokratie und der Regierung.“ Er geißelte das Verhalten der Regierung Dr. Zeigner, die die Arbeiterschaft im Stich gelassen habe und erwähnte die neue Regierung von Müllers Gnaden, die die Arbeiter mit Bajonetten und Maschinengewehren niederzuhalten versuche. Am Schluß sagte er etwa: Wenn auch der Kampf vorläufig für die Arbeiterschaft verloren sei, so werde doch die einige Arbeiterschaft den Sieg über die Bajonette und Maschinengewehre erringen.

Der weitere Verlauf des Streiks der Hoesch-Arbeiter

Auch unter den erschwerten Bedingungen der Reichswehrbesetzung setzten die Arbeiter den Streik bei Hoesch fort und nahmen den Kampf gegen Streikbrecher auf. Der Verlauf des Streiks wird hier nur in großen Zügen an Hand des Aktenmaterials (Streikakte Hoesch 1923) dargestellt. Es ist eine lohnende Aufgabe für einen Arbeiterveteranen, einen genaueren Erlebnisbericht dieses bedeutungsvollen Streiks zu verfassen.

Während der Besetzung wandte sich der Betrieb mehrmals an Scheufler und bat um Schutz für die Streikbrecher (z. B. am 24. Oktober). General Müller schrieb am 23. Oktober, daß in lebenswichtigen Betrieben auch Streikposten stehen unter Strafandrohung falle, bei Hoesch solle man jedoch nur dann gegen Streikposten vorgehen, wenn sie „Gewalttätigkeiten“ oder „Ungesetzlichkeiten“ begehen. Später erklärte das Wehrkreiskommando das Hoeschwerk allerdings zu einem lebenswichtigen Betrieb, da seine Fabrikate zur Herstellung des Papiergeldes benötigt wurden (!).

Am 27. Oktober wurde den Arbeitern eine einmalige Zahlung, und zwar nur als Vorschuß gegen entsprechende Rückzahlungsverpflichtungen, aus städtischen Fürsorgemitteln gewährt (ein beschwichtigendes Manöver der Stadtväter), worüber die Direktion der Hoeschwerke natürlich äußerst erbost war. Ansonsten waren die Arbeiter auf ihre eigene Solidarität angewiesen. Unterstützt wurden dabei die Hoesch-Arbeiter moralisch und auch materiell hervorragend von den Arbeitern der Firma Küttner. R. K. erzählte, wie er mit H. K. auf der Reichsbank gewesen ist und dort Geld für die Arbeiter geholt hat, das im Betrieb ausgezahlt wurde. Die Arbeiter konnten darauf schichtweise zum Einkauf geschickt werden.

Am 2. November gelang es ca. 200 früheren Arbeitern unter Wortführung des Arbeiters Karl Petters, Streikbrecher (es hatten sich am 1. November etwa 150 und am 2. November ca. 200 Streikbrecher für das Pirnaer Werk gemeldet) davon abzubringen, die Arbeit wieder aufzunehmen bzw. sie wieder aus der Fabrik herauszuholen. Ing. Franz von der Firma forderte darauf erneut Polizei an, und als diese nicht augenblicklich spurte, erklärte er, daß nunmehr „Hilfe“ von der Reichswehr herbeigerufen würde. Diese wurde dann auch bei Hauptmann Wilucki in Copitz angefordert. Von Wilucki belegte darauf (am 2. November) die Werke Pirna I und II mit je einem Zug Infanterie, „weil Arbeitswillige durch Androhung von Terror wiederholt bedroht und am Betreten der Fabrik gehindert worden sind.“ Die Züge

²⁷¹ Stadtarchiv Pirna, Abt. XXVII, Nr. 342.

wurden jedoch am Abend des 2. November wieder zurückgezogen.. Bereits gegen 4 Uhr nachmittags hatte nämlich Major Huth vom Wehrkreiskommando erklärt, daß man mit dem Einsatz von Reichswehr noch abwarten solle. Er empfahl dem Rat, zunächst auf den Arbeiter Petters einzuwirken.

Scheufler verhandelte am 3. November mit Petters und versuchte ihn damit zu beruhigen, daß dem Arbeitsministerium. Bericht über die von der Firma verlangte Verpflichtungserklärung, die von den Arbeitern als Zuchthausparagraph bezeichnet wurde, zugegangen sei. Außerdem wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Petters eingeleitet, das man erst am 17. Januar 1924 einstellte, weil keine strafbaren Handlungen nachgewiesen werden konnten.

Der Streik dauerte an, wobei die Firma noch einige Male Polizei und Reichswehr anforderte, und wurde erst am 15. November abgebrochen.

Als der Arbeiter Artur Müller bestattet wurde,²⁷² schrieb die Pirnaer Volkszeitung:

„Wohl noch nie hat der Pirnaer Friedhof eine solche Massenbeteiligung aus weiten Bevölkerungsschichten gesehen wie hier. In endlos langem Zug marschierten die Erwerbslosen unter Vorantragen von Kränzen und die Belegschaften der Betriebe mit Fahnen durch die Straßen der Stadt, wo sie von Tausenden bereits Versammelten empfangen wurden. Das wogende Menschenmeer, die Nachrufe der Vertreter von Erwerbslosen und Arbeiterkorporationen auch aus Pirnas Umgebung waren eine einzige Anklage gegen die Veranstalter des Blutbades und ihre geistigen Urheber. Sie waren aber auch ein ernster Schwur, auszuharren im Kampf für wahres Recht, wahre Freiheit und Brot.“

„Aufruf des Rates der Stadt Pirna MITBÜRGER!

Ohne Wissen und Willen des Rates ist in Pirna Reichswehr eingezogen. Zu unserem tiefsten Bedauern hat diese ohne vorherige

Fühlungnahme mit der Stadtbehörde auf Bürger geschossen. Ein Toter und mehrere Verwundete sind durch dieses Vorgehen zu beklagen. Wir mißbilligen das Geschehene auf das schärfste und haben bei den zuständigen Oberbehörden nachdrücklichst Verwahrung eingelegt. Unsere Mitbürger bitten wir aber, bei dieser Stellungnahme des Rates Ruhe zu bewahren und alles zu unterlassen, was etwa die Reichswehr zu weiterem Vorgehen veranlassen könnte. Es liegt im eigenen Interesse eines jeden, den Anordnungen der Organe nachzukommen, damit mit möglichster Schnelligkeit wieder das geregelte Leben eintreten kann. Wir werden nach wie vor dahin arbeiten, daß wie bisher in unserer Stadt Ruhe bleibt.

P i r n a, am 23. Oktober 1923.

Der Rat der Stadt Pirna.“

PROTEST der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter

„Wir, die gesamte städtische Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft Pirnas protestieren hiermit nachdrücklichst gegen die heute erfolgte militärische Aktion gegen unsere friedliche Stadt. Zum ersten Male floß heute in unserer Stadt Bruderblut, nicht einmal in jenen schweren Tagen um die Jahreswende 1918/19 und des Kapp-Putsches war dies der Fall. Stets war es bisher infolge des Verständnisses, der Besonnenheit, Disziplin und Einsicht aller ausschlaggebenden Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch, wie ausdrücklich hervorgehoben werden soll, der gesamten Arbeiterschaft und ihrer Führer; ferner dem jeweiligen geschickten Eingreifen der städtischen Verwaltungs- und Polizeiorgane möglich, vorgekommene Übergriffe einzelner Elemente in Kürze Herr zu werden. N i r g e n d s h e r r s c h t e jederzeit größere Ruhe als in unserer Stadt. Wenn einzelne Erwerbslose von Not und Elend gepeinigt und voller Sorge um ihre hungernden Angehörigen in den letzten Tagen

²⁷² Oberst Fritzsche, der Demonstrationen befürchtete, ordnete zunächst an, daß das Begräbnis in aller Stille stattfinden soll. Da die Truppe jedoch eher abzog, konnte die Beisetzung in der früher geplanten Weise durchgeführt werden.

bettelnd und bittend verschiedene Geschäfte aufsuchten, so geschah dies ohne jeden Zwang. Niemand hatte nötig, etwas zu geben, es geschah ihm dieserhalb nicht das geringste Von den zuständigen Stellen, insbesondere auch vom Erwerbslosenrat selbst, war aber auch dieses Vorgehen einzelner Personen bereits wieder zunichte gemacht worden. Wir als städtische Beamte usw., die wir von früh bis abends mit der Masse zu tun haben, wissen am besten, wie es um sie steht. Mit ihr stehen wir heute vor den Totenbahren und Krankenlagern der Opfer dieser Maßnahmen und klagen diejenigen an, die diese Vorkommnisse verschuldet haben. Die Stellen, die dieses Vorgehen gegen Pirna veranlaßt haben, können nur Opfer niederträchtiger, schärfstens zu verurteilender Denunziationen geworden sein.

Wir schließen uns in vollem Umfange dem vom Stadtrat ergangenen Aufruf an. Wir bitten unsere Mitbürger, mit uns die größte Ruhe zu bewahren und sich durch niemand provozieren zu lassen. Wir erklären uns weiter bereit, uns an einer allgemeinen Sammlungsaktion für die Erwerbslosen und sonstigen Armen unserer Stadt, die mit deren Einverständnis erfolgt, weitestgehend zu beteiligen.“

Im übrigen versichert die städtische Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft erneut, daß sie restlos und in voller Überzeugung zur deutschen Reichs- und sächsischen Landesverfassung steht und gewillt ist, für diese in jeder Lage sich einzusetzen. (P. V. Z. v. 29. Oktober 1923.)

**Die Namen der Toten
und Verwundeten**

Müller, Artur, Arbeiter

Kopfschuß von hinten

Wittig, Hans, Schlosser

Genickschuß

Aufgebauer, Paula, Arbeiterin

Streifschuß am Kopf von hinten

Hartmann, Max Walter, Arbeiter

Kopfschuß von hinten

Kürbs, Ernst, Zimmermann

linker Schulterschuss von hinten

Künzelmaun, Richard, Schneidergelhilfe

rechter Schulterschuss

Brose, Johann, Arbeiter

Oberschenkelschuß von hinten

Kubik, Max Otto, Arbeiter

Lungenschuß von hinten

Ergänzendes Material:

1919

Berichte der AHM Pirna an das MdI:

Bericht vom 14.2.1919:

Die Wahlen sind ohne Zwischenfälle verlaufen. Zunehmende Wahlmüdigkeit ist erkennbar. Anwachsen der Stimmen der Mehrheitssozialdemokratie. In mehreren Wahlversammlungen der Mehrheitssozialdemokratie wurden die Redner am Auftreten gewaltsam gehindert und tätlich angegriffen.

Arbeitslosigkeit nimmt zu.

(Staatsarchiv Dresden, Die monatlich an das MdI zu erstattenden Stimmungsberichte, Akte 496, Bl.4 <948>)

B III-XXVI, 107:

2 Nach Verhängung des Belagerungszustandes (Kriegszustandes) in Sachsen am 13.4.1919: Bekanntmachung über das Standrecht für eine Reihe von Delikten und zahlreiche Verbotsmaßnahmen. Min. f. Militärwesen in Sachsen, 14.4.1919.

Bericht der AHM Pirna an das MdI vom 14.4.1919:

Unabhängige und Kommunisten entfalten rege Agitation. Ihre Taktik ist die Verhinderung gegnerischer Redner am Sprechen, Herabwürdigung der Regierung, Erregung von Neid gegen die Verpflegung der Truppen.

Einzige Hoffnung: Bolschewismus und Zusammengehen mit Rußland.

Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Rückgang von 4 T auf 3,5 T. Spartakistische Umtriebe.

(StA Dr., Akte 496, Bl.18)

Bericht der AHM vom 16.5.1919:

Die Ermordung des Ministers Neuring hat ernüchternd, der Belagerungszustand dämpfend auf die erhitzte Stimmung gewirkt. Die Maifeier ist trotz Demonstrationenzügen und Versammlungen ruhig verlaufen.

Die Arbeitslosigkeit hat wieder zugenommen.

(StA Dr., Akte 496, Bl.33)

Bericht der AHM vom 14.6.1919:

Wenn auch die hiesigen Hauptführer der Unabhängigen und Kommunisten festgenommen wurden, entfaltet die Partei durch auswärtige Redner rege Propaganda und stört Versammlungen der Mehrheitssozialisten. Der Kommunist Schneider Richter schürt als Vertrauensmann Gärung unter den Landarbeitern. Die Arbeitslosigkeit nimmt ab.

(StA Dr., Akte 496, Bl.43)

Bericht der AHM vom 14.7.1919:

Rege Agitationstätigkeit der USPD auch unter den Frauen. In den Tagen vor dem Friedensschluß wurde die Lebensmittelnot zu tumultarischen Demonstrationen mit politischem Hintergrund ausgenutzt.

(StA Dr., Akte 496, Bl. 49)

Bericht vom 14.8.1919:

Die USPD schürt in Versammlungen und in der Presse lebhaft gegen die Regierung und macht sie verächtlich.

Keine Anzeichen für einen Landarbeiterstreik.

Neuerdings tauchen spartakistische Flugblätter auf.

Weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit.

(StA Dr., Akte 496, Bl.56)

Bericht vom 13.9.1919:

USPD und die Kommunisten sind sehr tätig in der Agitation. Täglich werden Versammlungen angemeldet und abgehalten.

(StA Dr., Akte 496, Bl.64)

Bericht vom 13.10.1919:

Steigender Unwille über die allgemeine Teuerung. Sonst Ruhe. Es geht das Gerücht um, daß die Kommunisten zum Schlag rüsten. Sie erwarten zuversichtlich den baldigen Zusammenbruch des jetzigen Wirtschaftssystems. Arbeitslosigkeit nimmt ab.

(StA Dr., Akte 496, Bl.73)

Bericht vom 14.11.1919:

Der Jahrestag der Revolution ist ruhig verlaufen. Weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit. (a.a.O., Bl.74)

Bericht vom 14.12.1919:

Zunehmende geheime Agitation der Kommunisten, besonders in der Sebnitzer Gegend.

Starke Zunahme der Erwerbslosigkeit. (a.a.O., Bl.76)

StAP, E II, 410,19 (Lösersche Chronik 1919):

- 4.1. Waffen aller Art und ehemaliges Heeresgut sind abzuliefern.
- 5.1. Bürgermeister Martin Stark an Herzschlag verstorben.
- 7.1. Demonstrationsumzüge von ca. 1200 Soldaten, wobei tumultuarische Auftritte und schwere Ausschreitungen gegen Offiziere und Mißhandlungen vorgekommen.
- 10.1. Allgemeine Demobilmachungs-Anordnung.
- 15.1. Allgemeine Aufregung veranlaßt A.-u.-S.-Rat in einer Kundgebung Einschreiten gegen Gewalttätigkeiten anzukündigen.
- 29.1. Schulgebäude am Königsplatz (Goetheschule) nach Räumung des Lazarets und Instandsetzungsarbeiten wieder für Schulzwecke in Betrieb genommen. (1.Bürgerschule u. Höhere Mädchenschule).
- 30.1. Demonstrationzüge von Arbeitslosen. Überall tauchen sogenannte Sozialisierungspläne und -Versuche bezüglich industrieller und gewerblicher Anlagen und Unternehmen auf.
Zum Schutz gegen etwaige Einfälle tschechischer Streitkräfte werden freiwillige Grenzbataillone aufgestellt - Aufruf zur Freiwilligenmeldung.
- 2.2. Wahl zur sächsischen Volkskammer - ruhig.
- 5.2. Wieder Demonstrationsumzüge Arbeitsloser.
- 6.2. Wieder Umzüge Arbeitsloser. Letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.
- 9.2. Stadtverordnetenwahl.
- 10.2. Infolge Kohlennot vorläufige Schließung der Schulen und Lehranstalten für 14 Tage.
- 18.2. Erste Stadtverordnetensitzung.
- 20.2. Alle Schußwaffen müssen an die Polizeibehörde abgeliefert werden.
- 7.3. Wegen Kohlenmangels Gassparstunden eingeführt - 15 Std.
- 11.3. Der Exekutivausschuß des A-S-Rates fordert die Arbeiterschaft in allen Betrieben zur Wahl von Betriebsarbeiterräten auf.
- 17.3. Arbeitsministerium erklärt Wahl von Betriebsarbeiterräten für ungesetzlich und verbietet sie.
- 18.3. A-S-Rat widerspricht in Erklärung im Pirnaer Anzeiger der Verordnung des Arbeitsministeriums und fordert trotz Verbots zur Vornahme der Wahlen auf.
- 22.3. Nach Bekanntmachung des Stadtrates in kommender Woche an Lebensmitteln verteilbar: 5 Pfd. Kartoffeln, 5 Pfd. Brot, 180 g Fleisch, 250 g Brotaufstrich und 2 Pfd. Sauerkraut.
- 24.3. Unter Major v. Friesen eine Abt. Grenzjäger, Bat. Nr.1 eingerückt und löste A-u-S-Rat auf.
- 27.3. Dr. jur. Arthur Gaitzsch (bisher Bürgermeister in Taucha) zum Bürgermeister gewählt. Amtsantritt: 1. Mai.

- 1.4. Kohlennot immer schwerer. „Die Geschäftsräume der Ortskohlenstelle sind täglich von Hunderten Frauen umlagert, die alle Kohle haben wollen und keine erhalten können.“ - Von heute an muß das Brot mit Runkelrübenmehl gestreckt werden.
- 3.4. Von Meißen her trafen 2 Sicherheitskompanien ein und lösten die Grenzschutzabteilung ab.
- 4.4. Freiwerdende Kasernen sollen bald zu Wohnungszwecken eingerichtet werden - große Wohnungsnot.
- 13.4. Gesamtministerium verhängt über ganz Sachsen Belagerungszustand und verkündet Standrecht. Versammlungen unter freiem Himmel verboten.
- 15.4. Arbeiterrat fordert öffentlich zu Demonstrations- und Proteststreik gegen Belagerungszustand auf.
- 16.4. Auf Aufforderung der „Zehner-Kommission“ des „Großen Arbeiterrats“ in Dresden wird Proteststreik abgebrochen.
- 25.4. In letzter Zeit gehäufte Fälle, wo Schaufenster von Lebensmittelgeschäften eingeschlagen und geplündert.
- 1.5. Arbeiter-Maifeiern nur in einzelnen Betrieben mit geringer Beteiligung.
- 15.5. Ortsgesetz über städtischen Wohnungsnachweis veröffentlicht.
- 17.5. Infolge Kohlenmangels und ungünstiger Zeitverhältnisse stellen verschiedene „Fabriken und Etablissements“ ihren Betrieb vorläufig ein.
- 20.5. Fast täglich finden hier und anderwärts Protestversammlungen gegen Gewaltfrieden von Versailles statt.
- 21.5. Wald-Holzdiebstähle häufen sich, Förster machtlos - militärische Streifen eingesetzt.
- 26.5. Diebstähle von Kaninchen, Hühnern und Ziegen nehmen überhand.
- 28.5. „Genzloser Wucher mit Eiern“ nimmt Fortgang.
- 10.6. Auf Anregung von Gymnasiallehrern auch hier Verein „Volkshochschule“ gegründet. - Im „Weißen Schwan am 30.6. in Versammlung ins Leben gerufen.
- 20.6. Im „Adler“ unter Vorsitz v. Thümmels Gemeindevertreterversammlung zwecks Gründung von Einwohnerwehren.
- 22.6. Im „Sächsischen Hof“ Werbestelle für die Reichswehr eingerichtet.
- 27.6. Städtische Kollegien beschließen zur Behebung der Wohnungsnot auf Pienitzchem Grundstück am Schiffstor 2 Wohnhäuser zu errichten und dazu 500 000 M aus aufzunehmender Anleihe einzusetzen. Baubeginn: 22.8. - Ehemalige Pionierkaserne steht Stadt zur Verfügung - Einrichtung von Wohnungen.
- 2.8. Bataillon Grenzfänger des Regiments Nr. 26 unter Major Tröger in der Artilleriekaserne garnisoniert. Zieht aber bereits wieder am 11.9.ab. Dafür ab 26.9. 2 Batterien des Artillerieregiment Nr.12.
- 7.8. Nach wie vor großer Milch- und Kohlemangel. Wohnungsmangel nimmt „geradezu beängstigend“ zu.
- 1.9. Kohlemangel führt zur Einführung von Gassperrstunden - 8 Std. Täglich Gas.
- 3.9. Amtliche Zusammenstellung der Kriegsverluste der Pirnaer Garnison:

a) Feldartillerie Rgt. Nr.64:

	Offiziere	Uffz.	Mann
tot	15	63	249
verwundet	49	153	661
gefangen	1	2	8
vermißt	-	3	9

b) Pionierbat. Nr.12:

	Offiziere	Uffz.	Mann
tot	14	84	610
verwundet	46	275	1905
gefangen	-	4	31
vermißt	2	4	44

29.9. Höhere Mädchenschule zieht in ehem. (jetzt aufgelöste) katholische Volksschule an der Reichsstraße.

6.10. Im Realgymnasium wird die Volkshochschule Pirna eröffnet-

30.10. Vereidigung der Beamten auf die Reichsverfassung durch Dr. Gaitzsch.

StAP, E II, 409,3, S.191, Jahresbericht des Stadtrates 1919:

3.1. Stadtrat Thieme-Garmann verstorben

5.1. Bürgermeister Stark verstorben

19.1. Wahl zur Nationalversammlung

2.2. Wahl zur sächsischen Volkskammer

9.2. Stadtverordnetenwahl

3.5. Amtsantritt Dr. Gaitzsch, gewählt am 27.3. auf 6 Jahre zum Bürgermeister
Völlige Neuordnung der städtischen Verwaltung und Neueinteilung der Ratsgeschäfte.
Fernsprechanlage im Rathaus eingerichtet.

7.10. Neuwahl des Ratskollegiums – 9 unbesoldete Ratsmitglieder

1.7. Aus der Schutzmannschaft besondere Kriminalabteilung ausgegliedert – mit zwei Beamten: Ahnert und Garbe

9.9. Ledigensteuer durch die Stadt eingeführt.

25.4. Kraftfahrzeuglinie Pirna-Liebstadt in Betrieb genommen

30.4. Eröffnung der Höheren Mädchenschule durch Umwandlung der höheren Bürgerschule für Mädchen

Einführung der allgemeinen Volksschule durch Vereinigung der evangelischen und katholischen Schulgemeinde

25.9. Nach Kauf durch die Stadt siedelt Höhere Mädchenschule in das ehemals katholische Schulgebäude über

S. 88: Volkszählung 8.10.1919:

In 4846 Haushalten

	Haushalte	Männl.	Weibl.	Zusammen
1.12.10	4380	10101	9422	19523
1.12.16	4559	10535	10444	*20979
5.12.17	4609	9925	10339	20264
8.10.19	4846	9245	9761	**19006

* einschließlich 3456 Militärpersonen und 191 Kriegsgefangene

** davon 290 vorübergehend anwesende Zivil- und 606 Militärpersonen. Vorübergehend abwesend: 391.

S. 87: Meldewesen: 1919: 5320 Personen an- und 4818 abgemeldet.

2059 Wohnungswechsel

263 Gewerbean- 119 – abmeldungen.

S. 104:

Anfang 1919 **Bezugskarten** für Brot, Kartoffeln, Fleisch, Zucker, Nahrungsmittel, Speisefett, Milch und Molkereierzeugnisse, Seife

1.7. Bezugscheinzwang für Textil- und Schuhwaren aufgehoben.

S. 110:

13.3. Mietpreiseinigungsamt nimmt Tätigkeit auf.

S. 111: Schulwesen:

Ostern 1919: In Ausführung des Übergangsvolksschulgesetzes die einfache und mittlere Volksschule und die katholische Schule zur allgemeinen Volksschule vereinigt.

Gleichzeitig Schulgeldfreiheit für Volks- und Fortbildungsschule.

1.7. Schulamt der Stadt eingerichtet

1.10. Öffentliche Handelsschule (Kaufmannsinnung) mit städtischer Gewerbeschule zur Städtischen Handels- und Gewerbeschule vereinigt.

Erwerbslosenfürsorge laut Verordnung vom 13.11.1918 durch Reich, Staat und Gemeinden zu bestreiten. Kosten zur Hälfte vom Reich, zu einem Drittel vom Staat, zu einem Sechstel von Gemeinden aufzubringen. Praktische Durchführung liegt in Händen der Gemeinden.

18.8.19: Bezirksversammlung der AHM übernimmt Hälfte der Gemeindeanteile.

Armenhaus Am Lehmweg 1 – Hinterhaus zur Unterbringung obdachloser Familien.

S. 159: 4.11.19 Im Städtischen Jugendheim Neue Str. 4 Mütterberatungsstelle eingerichtet.

1.4.19 Städtischer Wohnungsnachweis eingerichtet.

Wohnungssuchende: Ende 1919: 129; Ende Dez. 1920 bis Ende Dez. 1921 von 497 auf 939 angestiegen.

S. 43: Einwohner:

Stadt Pirna	19005
Rottwerndorf	736
Goes	258
Zehista	789
Krietzschwitz	245
Ebenheit	203
Niedervogelgesang	169
Cunnersdorf	225
Gesamt	21630

Wahlen zur Nationalversammlung

Partei	Stimmen	Listenführer
SPD	2335	Gradnauer
DDP	2823	Nitzsche
USPD	1518	Fleißner
Zentrum	182	Burlag
DVP	1277	Heinze
DNVP	1017	Költzsch

E II, 409, 3, S. 38.

Wahl zur Sächsischen Volkskammer

Partei	Stimmen	Listenführer
SPD	1791	Fräßdorf
DDP	2425	Kraft
USPD	1719	Menke
DVP	1105	Blüher
Zentrum	203	Hille
DNVP	1003	Dr. Wagner

E II, 409, 3, S. 38

StAP, B III-XXVI, 5 – Politische Polizei, Bd. 1, 1919-1922

3 An Unruhen Beteiligte und wegen politischer Umtriebe festgenommene auf die Festung Königstein. MdI, 21.8.19.

7-8 16.11.19: Flugblätter verbreitet: „Wo stehen wir und wohin steuern wir?“ – USPD.

- 11 Nachrichtenstelle der Staatskanzlei, MdI Dresden, ist mit Sammlung kommunistischer Schriften beauftragt. 23.12.19.

StAP, B XXXII, 1, Die politische Umgestaltung 1918

- 54 Anweisung Fleißners (Volksbeauftragter) vom 28.12.1918, wonach Waffen, die in Händen der ASR (Riesa 300, Meißen ca. 100, Pirna – große Mengen Schusswaffen) sofort an Artilleriedepots zu übergeben.
- 54a Stadtrat am 10.1.1919 zu 54: Sieht sich außerstande, das zu veranlassen.
- 55 Waffenanfrage der Kreishauptmannschaft (10.1.19) – Waffen sollen im Kegelschub des Volkshauses untergebracht gewesen sein.
- 55a-56 Bericht Funkes vom 14.1.1919 über Waffen. Danach im Volkshaus über 300 Gewehre, viele Pistolen, Maschinengewehre und Handgranaten. Genauere Angaben unmöglich.
- 57 Bericht Scheuflers (14.1.) über Waffen beim ASR. Danach am 13.1. sogar zwei Haubitzen von der Kaserne zum Volkshaus. Aufruf des ASR zu den Wahlen (Beruhigung der Bürger). Scheufler: Waffen nur durch Handstreich zu nehmen, aber Arbeiter passen auf.
- 58-59 Bezahlung des ASR betreffend – AHM und Stadtrat vom 25. und 30.1.19
- 60 Berichts-anforderung des MdI Sachsen vom 1.2.19
- 61 Bericht dazu vom 13.2.19: Nur am 31.1.19 Umzüge der Arbeitslosen gegen Senkung der Erwerbslosenunterstützung, die wieder rückgängig gemacht.
- 62-63 Anfrage über ASR:
a) Kosten bisher (20.2.19) 3714,29 M
b) Aufgelöst nach den Wahlen? – Nein
- 64 Nachricht über Aufruf der Landesregierung zur Stellung von Freiwilligen für den Grenzschutz (25.2.19)
- 66-67 Schreiben über Bestimmung des Min. f. Militärwesen betr. Sicherheitstruppen Vom ASR Pirna: Soldatenrat Eichler. Beschluß des Stadtrats vom 6.3.19.
- 68-69 Bericht zu 60 vom 15.3.19: Kohlen- und Lebensmittellage schlecht. Streiks. Arbeiterrat sucht Sozialisierungspläne der Kommunisten zu verwirklichen; will Neuwahlen vornehmen.
- 70 Aufruf zum Beitritt zur Freiwilligen Grenzjäger-Abteilung. 12.3.19
- 75 Bericht zu 60 vom 17.4.19
Bei KPD und USPD Unwillen über Belagerungszustand und Standrecht. Generalstreik beschlossen, doch nur in einem Teil der Betriebe durchgeführt, Streikbrecher terrorisiert. Bürgerwehr sollte gegründet werden.
- 75-76 Antrag Lüttig und Gen. (Rostock, Schirmer usw.) an die Stadtverordnetenvers. Vom 15.4.19 betr. Lebensmittel-Zuteilung und Werbetätigkeit f. d. Grenz- bzw. Regierungstruppen.
- 77 Verordnung über das Finanzgebaren der Arbeiterräte 25.4.19
- 79 Zeitungsausschnitte: Bezirks-Arbeiterrat Pirna ruft zur Maifeier 1919 auf; gibt Programm. Stellungnahme Funkes. Vors. Des Aktionsausschusses: Schlegel (80). 26. u. 28.4.19
- 81 Zeitungsausschnitt zur Volksvers. vom 3.5.19 über Maifeier in Pirna. Stadtrat hatte vorher Einspruch erhoben (vgl. 80)
- 82-90 Eingabe des Hausbesitzervereins (1.Vors. Wilhelm Wolf) gegen „Tumultschäden“ vom 28.4.19. Verlangen bei evl. Vorkommnissen Schadenersatz vom Stadtrat und Belassung der Garnison in Pirna, evl. Verstärkung.
- 91 Stadtrat verwendet sich für Garnison und ihre Verstärkung.
- 92-94 Druckschrift mehrerer Pirnaer bürgerlichen Verbände über wirtschaftliche Fragen, gegen Sozialisierung in Pirna, April 1919

- 98-99 Früheres Mitglied des ASR, Rentsch, Dresden, übersendet von ihm herausgegebenes Flugblatt für Ratsarchiv – 15.7.19
- 100 Beratung im MdI Dresden am 5.7.19 über Gegenmaßnahmen gegen evl. Unruhen zur Errichtung der Räteherrschaft
- 101-103 Bezahlung der ASR betr. – 18.7., 1.8., 18.9.19. Danach bis 30.7.19 insgesamt 6857,15 M gezahlt
- 104 Verordnung über neues Reichswappen – Reichsadler
- 105-07 Bezahlung der Arbeiterräte
- 108-15 Gaitzsch gegen Arbeiterrat – Briefwechsel mit AHM, die auf Bestimmungen verweist und Arbeitsplan des Arbeiterrats übersendet. 20.12.19-20.1.20

„Pirnaer Anzeiger“ 1919

- 1.1. S. 2: 50jähriges Bestehen der Dampfmühle und Brotbäckerei Pratzschwitz (C.G.Hering)
- 4.1. S.5: Pastor Peter zu Vorhaben der Regierung, den Religionsunterricht in Schulen zu streichen.
- 11.1. S. 1: Bericht über Versammlung, einberufen durch Pfarrämter der evangelischen und katholischen Kirche im „Adler“ gegen „Verbannung des Religionsunterrichts aus den Schulen“. Ca. 1000 Pers.
- 12.1. S. 1: Stellungnahme des A-und S-Rates zur Soldatendemonstration in Pirna, auf der es zu Ausschreitungen gegen Offiziere gekommen war.
- 14.1. S. 2: Am 13.1. Sympathiekundgebung „für die Blutopfer durch die Regierungssozialisten in Dresden“ – USPD Pirna. Nach der Vers. Auf der Reitbahn Demo durch die Stadt.
10 verhaftete Kommunisten aus Dresden werden auf die Festung Königstein verbracht. Dort bereits eine „Anzahl Aufrührer“ untergebracht.
- 16.1. S.5: Wahlvorschlag des 28. Wahlkreises zur Nationalversammlung:
Auf Wahlvorschlag Fleißner (USPD) kandidiert als 11. Emil Schlegel, Pirna
Auf Wahlvorschlag Költzsch (DNVP) kandidiert als 7. Fabrikdirektor Wilhelm Max Rockstroh, Kleinsedlitz.
- 17.1. S.1: Ortsgruppe Pirna des Verbandes Sächsischer Industrieller gegründet.
Vorsitzender: Direktor Riedel, Elbtalzentrale Pirna
S.2: Der gestern als verhaftet gemeldete Vorsitzende des Pirnaer Arbeiterrates befand sich heute wieder auf freiem Fuß.
- 19.1. S. 3-12 voller Wahlaufrufe der bürgerlichen Parteien; Dabei mehrfach Appelle zur Listenverbindung aller bürgerlichen Parteien. Die DDP schließt das für sich aus – weil es sonst zu einer Polarisierung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft käme.
- 25.1. S.2: Pocken in Pirna ausgebrochen. Stadtrat verpflichtet alle Einwohner zur Pockenimpfung.
- 26.1. S. 2: Aufnahme des Omnibusverkehrs Pirna-Struppen.
- 28.1. S.2: Am 1.4. wird die katholische Volksschule zu bestehen aufhören.
- 29.1. S.5: Wahlvorschlag für die Sächsische Volkskammer.
Auf Liste Fräßdorf (SPD) Gewerkschaftsbeamter Schwarz, Mügeln (5.) und Bauarbeiter Hermann Thomas, Mügeln (32.)
Auf Liste Kraft (DDP) Seminaroberlehrer Moritz Alfred Schmieder (20.)
Auf Liste USPD Geschäftsführer Johannes Schirmer, Pirna (7.), Lagerhalter Edmund Erfurt, Heidenau (23.), Metallarbeiter Max Gerth, Heidenau (31.)
Auf Liste der DVP Fabrikbesitzer Hermann Thier, Königstein (18.) und Fabrikbesitzer Ing. Paul Riedel, Pirna (21.)
Auf Liste DNVP Rockstroh, Heidenau (14.)

- 1.2. S.2: Zug Arbeitsloser verlangt im Rathaus die Rücknahme der Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung für männliche Arbeitslose von 6 auf 4 M.
- 9.2. S. 2: Wegen Kohlennot sind ab 10.2. alle Schulen für 14 Tage geschlossen.
- 12.2. S. 5: Wahlergebnis Volkskammer: Gewählt u.a. SPD: Gewerkschaftsbeamter Albert Schwarz, Mügeln; Redakteur Hermann Fleißner, Briesnitz, USPD.
- 15.2., S.1: Scheidemann über das Regierungsprogramm. 15 innerpolitische, 4 außenpolitische Ziele, dar. Wiederherbeiführung der deutschen Kolonialgebiete.
- 19.2. S.1: Bericht über „gewaltige Kundgebung“ des „Bundes für Gefangenenhilfe Pirna und Umgebung“ zur Herausgabe der Kriegsgefangenen im Adler.
- 20.2. S.6: Bericht über konstituierende Sitzung der Stadtverordneten. Eröffnung durch Scheufler, der Aufgaben umreißt. Vorsteherwahlen in drei Gängen. Gewählt: Kaufmann als Vorsteher, Als Stellvertreter Flachs und Hänsel. Schirmer verzichtete bei Wahl des 2. Stellvertr. Alle linken Anträge werden durch rechte Mehrheit verworfen.
- 28.2. S. 2: Bericht von einer Versammlung am 26.2. im Schwan, wo es zur Begründung einer Ortsgruppe Pirna und Umgebung der Bodenreform kam. Landesverbandsvorsitzender Dr. Jason sprach.
- 2.3. S. 4: Anzeige einer Vers. Mit Otto Rühle zum Thema Was wollen die Kommunisten? Wendet sich an die Geistesarbeiter von Pirna und Umgebung. Schw. Adler.
- 9.3. S.2: Artikelchen, das die künftigen Schulveränderungen in Pirna beschreibt: Einführung der allgemeinen Volksschule, Aufhebung der Konfessionsschule = der katholischen Schule. Nikolaistraße wird Knabenschule, Königsplatz wird Mädchenschule. Katholischer Elternverein protestiert gegen allgemeinen Moralunterricht ohne Gottesbezug und gegen Abschaffung des Religionsunterrichts.
- 12.3. S.2: Vorstand der USPD Sachsen lehnt Beteiligung an der Regierung der SPD ab. Fleißner und Lipinski.
- 15.3. S.2: Streikbeginn der Arbeiter des Mügeln Gaswerks.
- 16.3. S.2: Artikel über den neuen Volkskirchlichen Laienbund in Sachsen. (Oberhaupt König abhanden gekommen; Befürchtung, dass Trennung Staat-Kirche Lebensfähigkeit der Kirche einschränken könnte. Zahl der Erwerbslosen in Sachsen Ende Febr. 220 000.
- 18.3. S.5: A-S-Rat beschloß Betriebs-Arbeiterräte zu wählen. Verboten durch Arbeitsministerium Heldt.
- 19.3. S.5: A-S-Rat widerspricht.
- 22.3. S.2: Regierungsaufruf Sachsen gegen Streiks.

1920

Bericht der AHM Pirna an das MdI vom 15.1.1920:

Zunehmende Mißstimmung über die wirtschaftliche Lage. Bedrohliche Gärung unter den Arbeitslosen. Starke Zunahme der Arbeitslosen.
(StA Dr., Akte 496, Bl.78)

StAP, E II, 410,20 (Lösersche Chronik 1920):

- 5.1. Ablieferung von 3720 Milchkühen und 1034 jungen Rindern als Reparationsleistung aus Sachsen nach Frankreich. Milchnot vergrößert.
- 8.1. Infolge Kohlemangels Betriebseinschränkungen für industrielle Anlagen; teilweise völlige Stilllegung.
- 29.1. Kohlennot zwingt zu Einschränkung des Schulbetriebs (Klassen- und Schulzusammenlegung).

Neue Höchstpreise für Butter, Margarine, Quark, Quarkkäse, Molken durch AHM festgelegt.

- 14.2. Brotration auf 1900 g pro Person und Woche festgelegt.
- 15.2. Nach Mitteilung des Reichswehrministeriums bleibt Pirna nicht Garnisonsstadt, was „allgemeines Bedauern hervorruft“.
- 1.3. Das Reservelazarett im Bezirkssiechenhaus aufgelöst, hatte 120 Betten.
- 13.3. Extrablatt zum Kapp-Putsch, der „mit sehr geteilten Empfindungen“ aufgenommen.
- 25.4. Kraftwagenlinie Pirna-Liebstadt eröffnet.
- 6.5. Abermalige 100% ige Erhöhung der Postgebühren.
- 23.5. Stadtrat beschließt, auf Grund der herrschenden Wohnungsnot in der ehemaligen Pionierkaserne 39 Kleinwohnungen herstellen zu lassen.
- 30.5. Brotversorgung immer komplizierter. Vorräte reichen nur bis Anfang Juli. Deshalb Brotmehl mit 40% Ersatzstoffen versetzt.
- 6.6. Reichstagswahl.
- 24.6. Regierung: Aufhebung aller noch bestehenden A- und S-Räte verfügt.
- 30.6. 10jähriges Bestehen des hiesigen Bezirkssiechenhauses.
- 1.7. Kommunalverband beschließt Streckung des Brotgetreides von 40 auf 20 % herabzusetzen.
- 8.7. Im Stahlwerk Hunger werden fast täglich Geschütze von der Festung Königstein eingeliefert – zur Verschmelzung –nach Festlegungen im Versailler Vertrag.
- 17.7. Kraftwagenlinie Pirna-Rathewalde-Bastei eingerichtet.
- 3.8. Zwangsbewirtschaftung von Margarine aufgehoben.
- 16.8. Alle Lebensmittelpreise steigen unaufhaltsam, während andererseits der Geldwert fortwährend sinkt. – Die Felddiebstähle nehmen außerordentlich überhand (25.8.)
- 29.8. Automobilfeuerspritze eingetroffen.
- 9.10. Große Demo Erwerbsloser vor dem Rathaus wegen Lieferung von Kartoffeln.
- 25.10. Erwerbslosendemo vor der AHM – Forderung nach Erhöhung der Unterstützungen – zugesagt.
- 14.11. Landtagswahl.
- 9.12. Allgemeine Wohnungsnot in erschreckender Weise zugenommen. Von der Stadt in letzten 18 Monaten 127 Wohnungen erstellt – Tropfen auf den heißen Stein.
- Kirchenaustrittsgesetz vom 4.8.1919. Seitdem 524 Austritte (452 ev., 72 kath).

StAP, B III-XXVI, 107: Belagerungszustand (seit 13.4.1919) ab 16.3.1920 aufgehoben.

- 17.3. Es herrscht allenthalben Ruhe; „Exekutivausschuß“ hat überall bewaffnete Posten aufgestellt. Überwachung von Post, Telegraf- und Fernsprechverkehr. Gegen letzteren Beamtenprotest, darauf Rücknahme.
- 18.3. Gerüchte über Ausrufung der Roten Republik Pirna, Rathuserstürmung und Gefangennahme des Bürgermeisters werden von Stadtrat als erlogen dementiert.
- 23.3. Nach den Gold- und Silbermünzen verschwinden nun auch die Nickelmünzen aus dem Verkehr. Für einen Kupferpfennig werden bereits 16-18 Pfg. Berechnet! Als kleine Zahlungsmittel dienen fast nur noch Briefmarken.
- 8.4. Klagen über ungeheure Geldentwertung und Preisauftrieb. Kohle- und Papiermangel; Zeitungen erscheinen in beschränktem Umfang.
Erwerbslose (Tagesdurchschnitt des Monats):
Februar 462
März 338
- Kraftwagenlinie Pirna - Liebethal eröffnet: 30 Pfg./km.
- 1.5. Maifeier ohne große Beteiligung und ruhig.

- 31.5. Brotversorgung schwierig: Vorräte reichen nur bis Anfang Juli. Deshalb Brotstreckung mit 40% Ersatzmitteln.
- 24.6. Regierung hat alle A-u.-S-Räte aufgehoben. Gemeindemittel dürfen dafür weder gefordert noch geleistet werden.
- 1.7. Getreidelieferungen eingetroffen. Brotmehlstreckung von 40 auf 20% reduziert.
- 8.7. Im Stahlwerk Hunger treffen täglich Geschütze von der Festung Königstein ein, die infolge Versailler Vertrags eingeschmolzen werden.
- 27.7. Bezirksverband gibt wegen Kohlemangels mit Genehmigung des Innenministeriums 1.000.000 Gutscheine über 10 Pfd. und 400 000 über 25 Pfd. aus.
- 25.8. Infolge Preissteigerung und Geldentwertung nehmen die Felddiebstähle außerordentlich überhand.
- 1.9. Große Wohnungsnot führt zur Festlegung, daß Vermietung, Überlassung, Ingebrauchnahme von Wohnräumen nur mit Ratsgenehmigung möglich.
- 9.10. Große Demonstration Erwerbsloser vor dem Rathaus wegen Kartoffellieferung. Stadtrat sagt Bemühung um Lieferung billiger Kartoffeln zu.
- 25.10. Erneute Erwerbslosendemonstration, diesmal vor AHM, wo gerade Bezirksversammlung tagt. Forderung nach Erhöhung der Unterstützung - wird ihnen zugesagt.
- 1.11. Weiterer Inflationsauftrieb. Massenhaft Lebensmitteldiebstähle aus Scheunen, Mieten usw. Neuerdings - namentlich an Sonntagen - ziehen Hunderte von Mittellosen auf Dörfer und erzwingen gewaltsam Herausgabe von Kartoffeln usw. AHM erläßt Warnungen vor solchen Gewalttätigkeiten.

Landtagswahl am 14.11.1920

Partei	Stimmen
DDP	800
SPD	995
DNVP	1505
Zentrum	194
USPD	1354
DVP	1758
KPD	714
Neu-Kommunisten	42
Wirtschaftspartei	456

E II, 409, 3, S. 39.

Reichstagswahl

Partei	Stimmen
DNVP	1064
DVP	2374
Lausitzer VP	0
Zentrum	211
DDP	1193
SPD	908
USPD	2542
KPD	896

E II, 409, 3, S.39.

StAP, B III-XXVI, 5. Politische Polizei, 1919-1922

Pirna, 16.3.1920:

Sonntag, den 14.3.20 in Mügeln öffentl. Vers. auf dem Rathausplatz (USP und KPD), geleitet durch Geschäftsführer Schirmer (Pirna). Generalstreik für den Bezirk Pirna proklamiert.

Versammlungsankündigung für Montag durch Plakate (Volkshaus). Volkshaus reichte nicht aus, Zug zum Marktplatz. Hier ca. 1000 Menschen, worunter viele kaum 15jährige Jungen und Mädels.

5 rote Fahnen (wahrscheinlich Transparente?) – auf einer stand: „Es lebe die Revolution.“ Mit Lied eröffnet durch Winkler.

Vers. einberufen durch USPD und Gewerkschaftskartell. Erster Redner: Renner (KPD): Gegen putschistische Offiziere; Schutz der Fortschritte der Revolution; Arbeiterschaft muß Räteresystem erstreben; bisherige Regierung versagt – Noske und Ebert feige geflohen.

Zweiter Redner: Stadtverordneter Schirmer (USPD) – geißelt mit scharfen Worten Reaktion; sofort Aufbau des Räteresystems.

Dritter Redner: Stadtverordneter Winkler: Keine Protest-, sondern Aktionsversammlung; Räteresystem sofort einführen, die dazu nötigen Wahlen vornehmen.

Alle drei rufen zur Errichtung der Diktatur des Proletariats auf. Nicht Verfassung schützen, sondern deutsche Räterepublik errichten. „Das in Mügeln gewählte Aktionskomitee werde alle weiteren Maßnahmen vorbereiten.“ Mehrfach Ruf nach Waffen!

Nach Versammlung Zug zum Volkshaus über Töpfergasse, Lange-, Dohnasche-, Garten-, Bahnhof-, Breite Straße. Keine Störungen. Marschrichtung durch Arbeiter Gustav Karl Thierigen, geb 6.4.1887, bekanntgegeben.

Am Montag (15.3.) Generalstreik auf alle Betriebe ausgedehnt. In der Nacht von Montag zu Dienstag in verschiedenen Orten der Umgebung Gewehre der Einwohnerwehren durch KPD abgeholt, nachdem bereits in der 10. Stunde abends ca. 300 Gewehre aus der Amtshauptmannschaft abgeholt und auch die Gewehre der Schützengilde, welche in der Tanne verwahrt wurden. Im Adler, Amtshof usw. Gäste von Leuten mit roter Binde nach Waffen durchsucht. Patrouillen der kom. Exekutive bei Tag und Nacht auf den Straßen; Postamt durch Kommunisten besetzt.

Am Dienstag, 16.3. Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Die Artilleriekaserne ist von Kommunisten besetzt, vorgefundene Waffen ins Volkshaus gebracht. Patrouillen in der Stadt: An der Stadtgrenze Überprüfung ankommender Fahrzeuge. Fortlaufend werden Waffen ins Volkshaus gebracht und dort „an jedermann verteilt“. Staatliche und städtische Beamte drohen mit Streik, falls vom Aktionskomitee irgend ein Eingriff in ihre Befugnisse geschehen sollte.

Dienstag abends 17 Uhr Postbesetzung zurückgezogen. Abends Volksversammlung vor Volkshaus – Militär sollte angeblich kommen; kam nicht; zur Abwehr bereit.

Am Volkshauseingang: 2 MG.

Mittwoch, 17.3.: Weitere Waffen angebracht und verteilt. „Fast in allen Betrieben sind Gewehre, welche die Arbeiter bei ihrer Ablösung mit in die Wohnung nehmen.“ Weiterhin Patrouillen mit roter Armbinde und Gewehr. Vielfach Auswärtige! – Austausch(?)

Exekutivkomitee im Volkshaus besteht aus Schirmer, Renner, Peschke, Raedel, Schlegel und Winkler, dazu noch verschiedene Personen.

Keine Ansammlungen auf den Straßen. Keine Störungen vorgekommen; etwas Ruhe eingetreten durch Mitteilung, daß Putschistenregierung weg. Kommunisten wollen mit Regierung in Dresden in Verbindung treten und verhandeln.

Donnerstag, 18.3.: Ab nachts 1 Uhr keine Patrouillen mehr bemerkt. Aktionskomitee hatte an Waffenträger Waffenscheine ausgegeben. Nachts in oberen Volkshausräumen Licht wie in den vorausgegangenen Nächten. Am Tage nur vereinzelt Patrouillen. Immer noch Gewehre im Volkshaus. Straßenbild wie sonst. Abends 6 Uhr in Mügeln, 8 Uhr im Volkshaus öffentliche Versammlung. Von Schirmer (Vors. d. USP) eröffnet. Ruft zum Kampf für die

Diktatur des Proletariats auf. Fleißner schildert die Vorgänge in Dresden. Danach Renz (USP) – verworren. Danach Renner (KPD – aus Barmen!) verurteilte Äußerungen Fleißners, der Vorgehen der Reichswehr in Dresden befürwortet hatte (unklare Formulierungen Funkes über Frage der Vereinigung SPD-USPD). Fordert Räterediktatur. Vers. um 11.45 Uhr zu Ende. Anwesend waren ca. 1000 Personen. „Hauptstimmung ist für den Kommunisten Renner gewesen.“ In der Nacht noch Sitzung im Volkshaus.

Freitag, 19.3.: Automobil von Küttner geholt – Hin- und Herfahren zwischen Mügeln und Artilleriekaserne. Anschein, als ob Leute nach Mügeln transportiert. Hauptsache scheint jetzt dort zu sein. Nur noch ganz vereinzelt Patrouillen, in der Nacht überhaupt nicht mehr. Arbeiter lassen ihre Gewehre zu Hause, nehmen sie nicht mehr in den Betrieb mit. Allenthalben Ruhe. Sonntag soll vormittags 9 Uhr eine Versammlung im Feldschlößchen stattfinden „wegen Zusammenschlusses verschiedener Parteien gegen die kommunistische Partei.“ Funke (Pol.Insp.)

Bl. 31b: PA, 19.3.20:

„Der Putsch der Berliner Reaktionäre ist gescheitert. Die zu kraftvoller Abwehr vom Volke ergriffenen Maßnahmen, insbesondere der Generalstreik, sind daher gegenstandslos geworden. Die verfassungsmäßige Regierung führt weitgehende Sicherungsmaßnahmen durch. Das Wohl des Volkes fordert jetzt unbedingt, daß das Wirtschaftsleben und die Arbeit der durchaus verfassungstreuen Behörden nicht weiter gestört wird. Die Volksernährung, die beginnende Gesundung unserer Wirtschaft, die Wiederaufnahme des Verkehrs mit dem Ausland sind schwer gefährdet, wenn nicht alsbald unter Führung der Regierung die Ordnung wiederhergestellt wird. Von Arbeiterräten und Aktionsausschüssen wird erwartet, daß sie von Eigenmächtigkeiten absehen und im Sinne der Regierungserklärungen in der Volkskammer die örtlichen Behörden nicht durch angemessene Befehlsgewalt und Eingriffe in die geordnete Erledigung der Arbeit stören. Die Behörden sind nur der Regierung verantwortlich und werden angewiesen, das Einvernehmen mit den vorhandenen Ausschüssen herzustellen und deren Unterstützung zur Durchführung ihrer gesetzmäßigen Maßnahmen anzunehmen.
Dresden, den 18. März 1920. Minister des Innern.“

Bl. 32: Übersicht über Waffenverteilung an Betriebe (Betrieb, Straße, Gewehre, MG, Vertrauensleute-Empfänger). Erfäßt: 202 Gewehre und 1 MG.

Vertrauensleute u.a.: Mikolasch, Beyer (Gebr. Gebler), Beyer (Elisabethhütte), Petzold II (Städtischer Bauhof), Nittel, Max Ramm (Stahlwerk, Dresdner Str.), Fritz Schmidt (Küttner), Max Baum, Arthur Bitterlich (Breuer u.Co.), Richard Hille, Martin Hering (Pirn. Holzindustrie), Richard Brune (Hermannhütte).

Pirna, den 22.3.1920: (33): Freitag, 19.3.: Vollständig ruhig verlaufen, nur noch wenige Patrouillen. MGs am Volkshaus sind weg. Dort nur ein unbewaffneter Posten mit roter Binde. Sonnabend, 20.3.: Ruhig. In der Artilleriekaserne sollen 140 Mann Besatzung sein. Nur vereinzelt Patrouillen. Arbeiter sieht man nicht mehr mit Gewehr in die Fabrik gehen. An der Kaserne nachts Leuchtkugeln (Sicht!).

Sonntag, 21.3.: Gerede, daß Räterepublik ausgerufen werden soll, nimmt immer mehr zu. 9Uhr Versammlung der Parteivertreter aus der Umgebung im Volkshaus (von der SPD aus, nur für ihre Mitglieder – ca. 40 Teilnehmer). Versammlungsleiter: Metall aus Copitz (Ortsgruppenvorst.). Minister Schwarz und Kreisvertreter Pinkert-Dresden, auch da. Schwarz sprach; u.a.: daß „ihm von seiten der USP, Lipinski und Léger versichert worden sei, daß sie nicht für die Räterediktatur seien.“ Errichtung von Einwohnerwehren in Aussicht gestellt wie auch die Wiederabgabe der Gewehre. „Verschiedene Anwesende sprachen sich über die jetzige Lage aus und bezeichneten das ganze Verhalten als ein pöbelhaftes und anmaßendes,

da ohne jede Anweisung Autos beschlagnahmt, Benzin und Fuhrwerke verlangt und die Gewehre abgeholt worden seien.“

„Man wurde dahin einig, sich dem Aktionskomitee anzuschließen, um besser übersehen zu können, was eigentlich alles von USP und den Kommunisten unternommen werde.. Weiter wurde darüber gesprochen, daß gerade in Pirna allerhand junge und arbeitsscheue Leute mit Gewehr herumlaufen und dadurch die Ruhe und Ordnung in höchstem Grade gefährdet sei; auch sei ohne weiteres die Kaserne besetzt worden durch den Kommunisten Peschke aus Pirna. Peschke wurde von verschiedenen als mäßig bezeichnet, er habe beim Abgang nach der Kaserne den Leuten wörtlich gesagt: Wer lange Finger macht, wird erschossen! Die Militärgewalt habe ein Raetel (Rädel?) aus Pirna.

Thomas-Mügeln gab bekannt, daß man neuerdings Waffenscheine ausgestellt und Waffen nur an Leute über 22 Jahre aushändige; erst habe man auch keine Listen über die Leute geführt, jetzt soll es anders gehandhabt werden. Im allgemeinen hofft man auf eine Annäherung zwischen Mehrheitlern und Unabhängigen, allerdings habe man in Leipzig Lipinski und Séger todschlagen wollen, weil diese wegen Waffenruhe mit der Regierung in Verbindung getreten seien; man habe sie als Verräter bezeichnet; es sei dies ein Beweis, daß Unabhängige, Kommunisten und Spartakisten noch weit auseinander seien.

Bl. 35: Verschiedene Ortsgruppenvorsteher waren ungehalten über den ganz gemeinen Terror des komm. Stadtv. Winkler-Pirna, da dieser gern sehen möchte, wenn ein Blutbad angerichtet würde und es Zeit sei, doch diesen Winkler und den Kommunisten Renner aus Bremen oder Barmen, welcher mit Winkler das Hauptwort führe, baldigst zu beseitigen.“

Schwarz spricht über Hunger in der Festung Königstein. Versorgung klappt nicht, da alle Zufahrtsstraßen von Niedersedlitz bis Pirna besetzt. Durchzug soll mit Waffengewalt (Einsatz von Reichswehr) erzwungen werden.

„Weiter wurde der Generalstreik von längerer Zeit verworfen.“

„Erst wenn Dresden ruhiger sei, könne an Pirna gedacht werden, um dann die gewaltsame Waffenabgabe zu verlangen. In Sachsen sei die Räterepublik noch im Keime zu unterdrücken, wenn die Regierung wachsam und energisch ist.“

Bl. 36: Sonntag ruhig. Keine Patrouillen.

Montag, 22.3. – alles ruhig. Hauptsitz scheint nach Mügeln verlegt zu sein. Autofahrerei hat etwas aufgehört.

Dienstag auch alles ruhig.

Funke.

Bl. 37: Bericht der Kriminal-Abteilung Pirna vom 22.3.: Arbeiter bewaffnen sich (15.3.). Am gleichen Tage Durchsuchung nach Waffen in mehreren Gasthäusern.

Bl. 38: Bei Patrouillen erkannt wurden: Georg Leimert (87), Karl Robert Frenzel (80), Karl Kieslich (76), Otto Thierigen (94), Otto Dürsel (97), Kurt Kluge (00).

In sämtlichen größeren industriellen Betrieben revolutionäre Betriebsräte gewählt und in die Betriebe selbst Waffen gebracht..

Bl. 39: Bericht Funkes vom 24.3.20:

Dienstag, 23.3. ohne jede Störung verlaufen. Abends 8 Uhr Versammlung im Volkshaus. Einberufen vom komm. Stadtv. Winkler. Anwesend ca. 1000, Redner: Heckert aus Chemnitz. Gegen SPD-Regierung. 9.20 Ende. Hinterher Tellersammlung für die Gefallenen und Schwerverletzten. Bei Eintritt 20 Pfg. Eintrittsgeld erhoben.

Bl. 40: Auf der Krietzschwitzer Straße bewaffneter Doppelposten (soll bei Ankunft von Militär Warnschüsse abgeben). Abends auch wieder Posten am Volkshaus.

Mittwoch, 24.3.: Alles ruhig. Frage der Bezahlung der Streiktage teilweise gelöst: Die meisten Unternehmer zahlten. Keine Patrouillen.

Rückseite: Aufruf des Arbeitsministers Heldt vom 23.3. (Dresden) zur Waffenrückgabe.

Bl. 42: Bericht Funkes vom 29.3.20:

Arbeiterbesetzung am 27.3. (Sonnabend) aus der Artilleriekaserne abgezogen, wobei einige mehrere Gewehre ins Volkshaus mitgebracht, die dort verteilt wurden. Das Abwicklungskommando hat in der Artilleriekaserne wieder die Wache übernommen.

Mittwoch, 31.3. soll 3tägiger Generalstreik beginnen, da Räterepublik nicht durchgekommen.

StAP, B III-XXVI, 5 – Politische Polizei, Bd. 1, 1919-1922

- 13 „Das freie Land“, Kommunistischer Bauernkalender für das Jahr 1920 verboten. Befehlshaber des Wehrkreises IV – 29.1.20.
- 16 Anweisung des MdI vom 8.3.20, daß führende Personen extremer politischer Richtungen zu überwachen; Belastungsmaterial sammeln, um im Falle des Belagerungszustandes sofort „Schutzhaft“ verhängen zu können.
- 23a In Pirna weder Einwohnerwehr noch eine Formation der Landessicherheitspolizei. 15.3.20.
- 25-59 Kapp-Putsch – Umfangreiches Material
- 61-62 Bericht über öffentliche Versammlung der USPD auf dem Marktplatz am 1.7.20 – gegen die Steuerpolitik der Regierung.
- 63-64 KPD-Versammlung am 25.7.20 im Volkshaus – ca. 300 Teilnehmer. Sigrist, Berlin (KPD): „Lohnsklaverei oder freie Arbeit. Spaa oder Moskau?“
- 66-68 Vers. am 21.7. – einberufen vom Arbeiterrat Pirna – Marktplatz. Ca. 500. Eröffnet von Rädels (KPD). Referat: Meier aus Tharandt (KPD) zum Thema: „Die drohende Verschlechterung der Erwerbslosen-Fürsorge“. 2. Referent: Renner
- 69-70 Vers. der KPD am 1.8.20 auf der alten Reitbahn. Eröffnet durch Ernst H. Härtig. Thema: „Spaa oder Moskau?“ Ca. 250. Ref.: Fröhlich, Berlin.
- 71 Demonstrationsversammlung am 8.8.20. Einberufen durch USPD, Arbeiterrat, KPD. Thema: „Das neue Zuchthausgesetz gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.“ Eröffnet durch Friedrich Otto Härtig. Referent: Renner. Ca. 300.
- 74 KPD-Vers. am 4.9.20 auf Schützenwiese, ca. 900-1000. Sprechen sollte Fritz Heckert, kam aber nicht. So referierte Rädels über „die jetzige politische Lage (25 Min.) – für Unterstützung der jungen Sowjet-Republik.
- 75-76 Öffentl. Volksvers. im Volkshaus am 20.9.20 Einberufer: AAU. Leiter: Bellmann-Copitz. Referent: Karl Roche, Hamburg. Debatteredner: Rädels. Ca. 200. Thema: „Revolutionäre Betriebsorganisation“.
- 80 Am 29.9.20 öffentl. Volksvers. SPD. Leiter: Stadtv. Julius Schietzelt. Ref.: Arthur Arzt, Dresden. Ca. 400. Thema: „Genf oder Moskau?“
- 81-83 Todesfall des arbeitslosen 25 Jahre alten Schriftsetzers Karl (oder Kurt?) Hofmann – 5.10.20 (Schreiben/Begräbnis).
- 86-87 Öffentl. Vers. der AAU am 13.10.20. Ref.: R. Zimmer, Berlin: „Revolution oder Konterrevolution, Union oder Gewerkschaften?“ Eröffnet durch Müller, KPD, Heidenau. Ca. 150.
- 88-90 KPD-Volksvers. am 18.10.20. Referent: Müller, Parteisekretär, Berlin. Leiter: Karl Winkler. Thema: „Die Wirtschaftskrise und ihre Beseitigung. Ca. 600.
- 93-94 Öffentl. Volksvers. (KPD-AAU) am 19.10.20. Leiter: Giebe. Ref.: Otto Rühle. Thema: „Moskau und die politischen Parteien.“ Stimmung sehr bewegt; ca. 1000. Rühle gegen Nachahmung Rußlands, für Räterepublik und Anschluß an die III. Internationale.
- 95 Volksvers. am 3.11.20 (USPD). Leiter: Zimmerer Bock. Ref.: Frau Plottka, Leipzig. Debatte: Renner, Schirmer. Ca. 200-250. Thema: „Die politische Lage im Reiche und in Sachsen und die bevorstehenden Landtagswahlen.

- 98-99 Feier aus Anlaß des Jahrestages der Oktoberrevolution 1920 ins Wasser gefallen. Plakat; Bericht Funke.
- 105 Öffentl. Volksvers. der SPD am 13.11.20. Leiter: R. Reimann. Ref.: Zschocke, Dresden. Th.: „Der 14. November“. Ca. 25, im Forsthaus.
- 106/07 Öffentl. Volksvers. der USPD am 13.11.20 im Volkshaus. Ca. 150. Leiter: Bock. Ref.: Leid, Redakteur, Berlin. Th.: „Die politische Lage und die Landtagswahlen.“ Debatte: Förster, KPD-Berlin, gegen Wahlbeteiligung! Renz (USPD-Pirna) und Eichler (dito) dagegen.
- 111 Volksvers. am 25.11.20, Volkshaus (AAU). Leiter: KPD-Mitglied aus Heidenau. Ref.: Förster, Berlin. Th.: „Die USPD im Dienste der Konterrevolution und welches sind die neuen Waffen des Proletariats?“ Ca. 100. Debatte: Oertel, Copitz, KPD.
- 121-22 Arbeiterwehr betreffend (bereits aufgelöst) und Waffenbesitz bei Rädcl, Richard Hille und Otto Kunath – Ermittlungen ohne Erfolg – 11. bzw. 29.12.20.

StAP, B III-III,72, Beschaffung außerordentlicher Geldmittel 1914-1926 (1937)

- 185-89 Zusammenfassende Übersicht über Finanzsituation der Stadt. 5.8.20.
- 205 3-Millionen-Kredit aufgebraucht, weiterer Kredit von 1 Million nötig. Bedürfnisse betragen monatlich etwa 500.000 M. Jetzt noch 400.000 M unbezahlte Rechnungen.
Interessant: Einige Rückzahlungs- und Umwertungsforderungen für während des Krieges von Bürgern der Stadt gewährte Darlehen, die diese abgewertet zurückzahlte (80 M für 1000!).

Sebastian Haffner:

„So endete der Kapp-Putsch: mit einem mörderischen Strafgericht der immer noch sozialdemokratisch geführten Regierung über ihre Retter, ausgeführt von denen, vor denen sie gerettet worden war.“

Erhard Lucas-Busemann, „Notstand“ 1920 in: Zwecklegenden 197:

„Der unscheinbare Artikel 48 der Weimarer Verfassung, so ist zusammenzufassen, hat also einen beträchtlichen ‚Hintergrund‘. Die Weimarer Verfassung ist wesentlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Aufhebung konzipiert worden.“

E II, 409, Jahresberichte...

- 16.1. Hochwasser der Elbe setzt zahlreiche Wohnungen und Geschäftsräume unter Wasser. Höchststand 5,53m. (1900 +5,38m; 1817 +4,55m; 1890 +6,27m) Hochwasser ging nur langsam zurück – großer Schaden.
- 1.4. Stadtbaumeisterstelle in Stadtbauratsstelle umgewandelt.
„Ratskeller“ befand sich bis 1920 im Stadthaus Markt.
4 besoldete Ratsmitglieder
Zahlreiche neue Gemeindesteuern, u. a. Fremdensteuer, höhere Hundesteuer, Vergnügungs- und Kartensteuer, Musikinstrumentensteuer...
- S. 77: Entwaffnung der Bevölkerung (15.9.-1.11.20):
452 Gewehre, 5 Granatwerfer, 109 Revolver, 35 Handgranaten, 17375 Patronen und verschiedene Teile von Waffen und Munition. Dafür 51.177,45 RM Entschädigung gezahlt.
- S. 87: Meldewesen: 3329 An- und 3369 Abmeldungen. 1687 Wohnungswechsel. 241 Gewerbean- und 108 –abmeldungen.

1921

E II, 410,21 (Lösersche Chronik):

- 6.1. Erwerbslosendemonstration vor der AHM, einige Hundert Personen, Forderung nach erhöhter Unterstützung und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten.
 - 1.4. Zwangsbewirtschaftung von Zeitungspapier aufgehoben.
 - 1.6. Zwangsbewirtschaftung von Butter und Käse aufgehoben. - Am 4.6. auf Markt Bauernbutter zu haben für 13 M pro „Stückchen“.
 - 4.7. Nach längerem Streik wieder Arbeitsaufnahme in den Glasfabriken. Lohndifferenzen beigelegt (wie?).
 - 1.7. Gartenstraße 7 - Zweigstelle der Dresdner Bank eröffnet.
 - 16.7. Bezirksverband gibt Lebensmittelpreise bekannt:
 - 1900 g Schwarzbrot 6,50 M
 - 90 g Semmel 0,40 M
 - 400 g Weißbrot 1,85 M.
 - 14.9. In allen hiesigen Fabriken sind die Metallarbeiter in Lohnstreik getreten.
 - 24./25.9. Sozialdemokratischer Jugendtag in Pirna.
 - 1.10. Beim Wohnungsamt sind 865 Wohnungssuchende eingetragen.
 - 9.11. Aus Böhmen kommen scharenweise Einkäufer, die für ihr Geld (Kronen) einkaufen, was einzukaufen ist und sich den Tiefstand der Mark zunutze machen.
 - 10.11. Über 900 Wohnungssuchende gemeldet.
 - 6.12. Strenge Kälte und enormer Kohlemangel (an vielen Stelle Übergänge über das Eis der Elbe).
 - 10.12. Stark besuchter Bauerntag abgehalten, um über die besorgniserregende Lage der Landwirtschaft zu beraten.
 - 16.12. Kohlennot zwingt verschiedene industrielle Unternehmen zur Schließung, auch Hausbrandversorgung aufs äußerste gefährdet.
 - 28.12. Auch Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.
- Bau der Straße Pirna-Heidenau an Stelle des Lehmwegs begonnen - mit Wegfall der Eisenbahnüberführung am Gasthof zum Hirsch.

E II, 409,3 JB 1921, S. 179:

- 30.1. Stadtverordnetenwahl: Linke Mehrheit
Die Stadt tritt dem Verein zur Errichtung einer Talsperre im oberen Gottleubatal bei.
Baubeginn der Straße Pirna-Heidenau an Stelle des Lehmweges.
 - 1.7. Kaufmannsgericht der Stadt Pirna eingerichtet.
- Fortsetzung des Umbaus der Kasernen zu Wohnungen
- S. 36: Erschließung neuer Steuerquellen nötig: Wertzuwachssteuer, Hundesteuer erhöht, dgl. Musikinstrumentensteuer, Wanderlagersteuer, Reklamesteuer, Schankerlaubnissteuer, Gewerbesteuer, Vergnügungssteuer.
- 8.5. Kraftwagenlinie Pirna-Pillnitz, aber 26.1. wegen Unrentabilität wieder eingestellt.
- Krieger-Fürsorge: in Fürsorge:
- 130 Schwerbeschädigte
 - 330 Leichtbeschädigte
 - 175 Witwen
 - 331 Halbwaisen
 - 22 Ganzwaisen
 - 50 Eltern
 - 405 Kinder Kriegsbeschädigter
- S. 89: Arbeiterzählung:

Jahr	männl.	weibl.	zus.
1914	2812	1194	4006
1915	1897	784	2681
1916	2370	1858	4228
1917	2651	1912	4563
1918	2833	1637	4470
1919	3657	1149	4806
1920	4394	1229	5623
1921	4815	1283	6098

1.7. Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Speisefett, Milch- und Molkereierzeugnisse sowie Zucker. Am Jahresende nur noch Brot- und dazugehörige Nebenkarten in Geltung.

Ostern Lehrmittelfreiheit.

Schüler der Volks- und Fortbildungsschule erhalten alle Schreib- und Rechenhefte und Zeichenblöcke unentgeltlich, Minderbemittelte auch die gedruckten Schulbücher.

Größter Teil der Lehrkräfte will nicht mehr Religionsunterricht erteilen. Deshalb Ostern 21 6 Hilfskräfte für Religionsunterricht eingestellt.

Elternrat an Knaben- und Mädchenvolksschule gewählt.

Realgymnasium:

Sozialstruktur der Schülerschaft (soziale Herkunft):

Mittlere Beamte und Lehrer	32,2%
Unterbeamt, Arbeiter, Handwerker, Kleingewerbetreibende	22,7%
Fabrikbesitzer, Fabrikanten, Kaufleute	19%
Wissenschaftl. Vorgebildete und Höhere Beamte	12,4%
Privatangestellte	9%
Landwirte	4%
Rentner	0,7%

Meldewesen: 2936 An- und 2792 Abmeldungen.

1427 Wohnungswechsel

260 Gewerbean- und 164-abmeldungen

S. 134: 31.5.: Da das städtische und das „Schmidtsche“ Elbbad nicht mehr genügen, pachtet Stadt oberhalb der Postaer Fähre „am sogenannten Heger“ ein Grundstück und richtet dort Badeplatz und Elbfreibad ein, gesichert „durch eine einfache Einzäunung und Abgrenzung im Wasser durch verankerte Balken“.

S. 139 Krankenhaus:

Jahr	Betten	Krankenzahl
1916	60	691
1917	70	725
1918	85	771
1919	122	960
1920	122	1167
1921	140	1256

S. 140: Jugendherberge im Sept. 21 in der „Schlossschänke“ eingerichtet.

S. 151f Volksbücherei

1878 von Kreisverein für innere Mission gegründet, später in Besitz des Stadtvereins für innere Mission (im Rathaus). 1914 übernahm die Stadt die Volksbücherei. 1919 Volksbücherei in Räume des früheren Handelsschulgeb. Neue Str. 12 untergebracht. Ende 1921 Buchbestand von 2069 Bänden. 7.1.1920 - öffentliche Lesehalle angeschlossen – Lesesaal.

B III-XXVI, 5, Politische Polizei, Bd. 1, 1919-1922

- 127 Erwerbslosenvers. am 3.1.21. Ca. 250, die anschließend Umzug machten.
- 132 Volksvers. der KPD am 10.3.21 im Volkshaus. Leiter: Hans Beichling. Ref.: Siewert, Chemnitz. Th.: „Der Abbruch der Londoner Verhandlungen und die deutsche Arbeiterschaft.“ Ca. 500-600. Bündnis mit Rußland, gegen Einheitsfront!
- 133 Volksvers. am 18.3.21 im Volkshaus. TO.: „Der wahre Feind der Arbeiter.“ Leiter: Bock (USPD-Pirna). Ref.: Schirmer. Ca. 600. In der Debatte: Renner (KPD), Hirsch (SPD), Rädcl.
- 136-44 Nacht vom 28.-29-3.21: Besprechung der KPD-Leitung im Volkshaus. 29.3. nachm.: Vers. der KPD auf der Reitbahn. 8-900. Leiter: Martin Schäfer. Ref.: Zimmermann u. Stadtverordneter Martin Siegfried Engelbert Rädcl, geb. 7.3.1893, Heidenauer Str. 10. Vorgänge in Mitteldeutschland, Hamburg, Ruhrgebiet. Aufforderung zu Generalstreik und Demonstration. Führende: Rädcl, Schäfer, Wilhelm Beichling, Paul Max Sykora, Kurt Franz Wieland (Heidenau).
30.3.21 Generalstreik gewaltsam durchgesetzt (Arbeiter aus den Betrieben geholt). 10 Uhr Kurzversammlung auf der Reitbahn. Redner: Rädcl und Kurt Emil Förster. Ca. 2500. Demonstration mit roten Fahnen (ca. 800).
31.3.: Arbeitswillige in einigen Fällen am Betreten der Betriebe gehindert (durch Arbeiter aus Heidenau und Mügeln). Stadtrat fordert am 31.3. 2 Hundertschaften der Sipo an).
140a Rädcl und Förster durch 700 Arbeiterstimmen von der Weiterarbeit ausgeschlossen.
Am 30.3. in einigen Betrieben nachmittags bereits wieder gearbeitet.
31.3. vorm 9 Uhr Vers. im Volkshaus. Rädcl: Wieder Arbeitsaufnahme, da kein Zusammenhalt, also kein Erfolg!
1.4. volle Arbeitsaufnahme.
- 143 Flugblatt; 144 Flugblatt der AAU.
- 147 Volksvers. der KPD am 14.4.21 im Volkshaus. Einberufer: Beichling. Ref.: Robert Siewert, Chemnitz. KPD habe z.Zt. ca. 500.000 Mitglieder. Schlußwort: Landtagsabgeordneter Renner. Ca. 300.
- 152 Bestrafung wegen Teilnahme an Zusammenrottungen am 29. und 30.3.21: PA vom 30.4.21.
Bestrafte: Sykora (9 M), Schäfer (1 J, 3 M Gef. – bereits 1917 wegen Hochverrats angeklagt), Mutze (4 M),
Leimert (4 M), Mosig, Poslad, Haupt, Fietze (je 3 M), Gebauer (7 M), Pyhan, Meißner und Lindner (je 3 M).
- 153-55 Zwei dringliche Anfragen von Schirmer und Genossen und Reymann und Genossen vom 19.4.21 zu den Vorkommnissen am 29. und 30.3.21 und ihre Erledigung. Dazu Anfrage beim MdI und Antwort (157-60).
- 161-62 Zwei Artikel aus der Unabhängigen Volkszeitung vom 22.4. und 11.4.21, die Generalstreikaktion der KPD-Ortsgruppe am 29. und 30.3. betreffend und Ausschnitt vom 18.5.21 (164).
- 163 Aufhebung des „Orgesch“-Verbots durch das MdI am 4.5.21.
- 169 KPD-Volksvers. am 16.6.21 im Volkshaus. Einberufer: Beichling. Ref.: Schneller, Dresden. Ca. 200. Tellersammlung zur Unterstützung der in Gefängnissen Sitzenden. Auf dem Plakat erstmalig „für die Einheitsfront des Proletariats.“
- 169a Weitere Urteile (vgl. 152!): Gerhard Karl Rudolf Wulff (Dresden), 10 M u. 3 Jahre Verlust der Ehrenrechte; Karl Ernst Schelle, Pirna, 6 M; Max Sommer, Pratzschwitz, Karl Hugo Zornsch, Copitz, Martha Adele Schlegel, Pirna, und Erich Willy Stiebitz, Pratzschwitz je 5 M; Karl Otto Lihm, Pirna, 4 M Gef.

- 169a-170 Volksvers. am 20.6.21 der Kriegsoffer, Arbeitsinvaliden und Erwerbslosen. Ca. 300. Ref.: Rädcl und Rosteck.
- 171 Volksvers. am 21.6.21 – Gründung einer Ortsgruppe proletarischer Freidenker. Anw. ca. 250.
- 175 Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bei Streiks, die zu erwarten, weil Brotpreis mindestens um 50 % steigt! MdI-Lipinski, 18.7.21.
- 179 Öffentl. Vers. im Volkshaus am 30.8.21. Leiter: Beichling. Ref.: Robert Siewert, Chemnitz. Th.: Aufmarsch der Reaktion und die politische Lage. Ca. 300. Stimmung geteilt. Ermordung Erzbergers. Debatte: Rädcl, Schmidt.
- 185-86 Großkundgebung auf dem Marktplatz am 5.9.21 als Protest gegen die Ermordung Erzbergers (Zeitungsausschnitt der Volkszeitung mit Einzelforderungen). Ca. 7000. Ref.: Schirmer (Stadtverordnetenvorsteher, SPD). Veranstalter: SPD, USPD, KPD, Gewerkschaftskartell, Afa.
- 188 9.9.21 im Volkshaus, kl. Saal Volksvers. Ref.: Franke: Bericht über den Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale in Moskau; wirtschaftliche Verhältnisse in Rußland: „Helft Sowjetrußland!“

Zu Siegfried Rädcl:

Akten der Stadtverordneten – 1921/I

- 7 Einladung für 6.1.21 zu Gottleubawasser- und Talsperren-Interessenten-Versammlung. Bürgermeister Hackebeil, Gottleuba. Vereinssatzungsentwurf soll beraten werden, gleichfalls Stand der technischen Vorarbeiten für Gottleubatalspcrre. Pirna tritt bei 250.
- 230f Rädcl im Bau- und Wirtschaftsausschuß, Veräußerungsausschuß und Bebauungsausschuß. Insgesamt 30 Ausschüsse.
- 235f Verfassungsausschuß, Bekämpfung der Wohnungsnot.
- 255 Rädcl Vorsitzender des Verfassungsausschusses.
- 344 Antrag Rädcl-Schlegel, durch Bauausschuß und Ausschuß zur Bekämpfung der Wohnungsnot eine Besichtigung der schon mehrfach gerügten, jeder Menschenwürde hohnsprechenden elenden Arbeiterwohnungen vorzunehmen, die in hygienischer und sanitärer Beziehung eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Stadt bedeuten; sofort geeignete Schritte zur ungesäumten Beseitigung dieser Missstände einzuleiten – Wohnungen in menschenwürdigen Zustand bringen. – Antrag wurde einstimmig angenommen – 348

Akten der Stadtverordneten – 1921/II

- 44 Mieteinigungsangelegenheiten: Da das Problem der Mieternot gelöst werden muß ist Beseitigung der bestehenden Ordnung nötig – Rädcl.
- 368 Rädcl beantragt, zur Behebung der Wohnungsnot die Zwangseinquartierung vorzunehmen. Wir einstimmig angenommen.

Akten der Stadtverordneten – 1921/III

- 56 Rädcl/Schlegel beantragen Solidaritätsgelder für Rußland (Fietsch dagegen mit

Verweis auf Notlage eigener Bevölkerung) – mit Antrag 50000M zu bewilligen.
Antrag Rädels gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Von der kommunistischen Fraktion spricht in Stadtverordnetensitzungen fast ausschließlich Rädels. Ausführlicher zur Lebensmittelteuerung und -versorgung der Arbeiter und Notleidenden (Erwerbslosen), gegen Steuererhöhungen (Ortssteuer), um Lohnerhöhung zu bestreiten. Vielfach gemeinsames Auftreten von SPD, USP, KPD in sozialen Fragen.

1922

E II, 410,22 (Lösersche Chronik):

- 3.1. In erster Stadtverordnetensitzung Vorstand gewählt:
Schirmer, SPD, Vorsteher
Höroid, SPD, 1.Stellvertreter
Schlegel, KPD, 2. Stellvertreter.
- 2.2. Streik aller Eisenbahnbediensteten begann.
- 3.2. Im Stadtarchiv verstarb Realschuloberlehrer i.R. Prof. Oskar Speck, geb. 20.8.1850 in Neustadt bei Chemnitz. Vom 1.4.1876 bis 1.10.1910 Lehrer in der Realschule bzw. Realgymnasium.
- 4.2. Infolge Eisenbahnerstreiks Kohlenmangel, deshalb bis zunächst 12.2. Schulen geschlossen.
- 11.2. Eisenbahnerstreik ist aufgehoben worden.
- 17.2. Allgemeine Teuerung: 1900 g Brot - 7,50 M bisher, jetzt 12,50.
- 2.5. Stadtverordnetensitzung: Neuwahl von 3 Stadtratsmitgliedern:
: ausgeschieden neugewählt:
 Schriftsetzer Walther Schriftsetzer Otto Walther (SPD)
 Privatus Curt Walther Privatus Curt Walther (bürgerl. Rechte)
 Maurermeister Emil Appelt Eisendreher Alfred Ziegenbalg (KPD).
- 13.6. Amtsgericht gibt das Erlöschen der 1886 gegründeten Firma F.O.Hirsch u.Co. (Tafelglasfabrik Hermann hütte) bekannt.
- 15.6. Weiter fortschreitende Geldentwertung - genauere Angaben dazu.
- 20.7. Erschreckend steigende Wohnungsnot: 1049 Wohnungsuchende. Wohnungsbau durch steigende Baustoff- preise behindert.
- 4.9. Immer fühlbarer: Mangel an Zahlungsmitteln.
- 10.9. Neben allgemeinem Preisanstieg - zunehmende Arbeitslosigkeit.
- 16.9. Brotpreise: 1 Semmel - 2 M, 1 kg Schwarzbrot - 19,75, 60 g Zwieback - 3,60, ein 1900 g Brot - 37,50, 375 g Weißbrot - 9,50.
- 29.9. Auflösung des Kreiswaisenhauses. Seit 1814 hatten 1458 Kinder Aufnahme gefunden.
- 3.10. Stadtverordnetenversammlung beschließt Ausgabe von Notgeld von zunächst 4 Mill. M zu Scheinen von 50, 100, 500 M; ermächtigt, nochmals für 8 Mill M Notgeld auszugeben.
- 20.10. Sportplatz Weststraße fertiggestellt - mit Stiftungsgeldern von Wilhelm Kaufmann.
- 30.10. 1900 g Brot - 98 M.
- 11.11. Zur Behebung der Zahlungsmittelnot 50 000 M-Scheine ausgegeben, auch Talerstücke aus Alu, die sofort aus Umlauf verschwanden, obwohl wertlos.
- 15.11. Preis f. 1 l Vollmilch ab Erzeuger auf 115 M festgesetzt (u.a.Preise).
- 21.11. Demonstration vor AHM wegen Erlaubnis zur Arbeit am Bußtag.
- 23.11. Demonstration auf Markt von streikenden Arbeitern der Glasindustrie; Herbeiführung eines Schiedsspruchs angestrebt.
- 28.11. Demonstration von „kommunistischen Erwerbslosen“ während der Stadtverordnetensitzung wegen Erhöhung der Unterstützungssätze.

31.12. 1900 g Brot - 280 M.

E II, 409,4, S. 164 - Kriegsbeschädigtenhilfe

Schwerkriegsbeschädigte	110
Leichtkriegsbeschädigte	380
Witwen	170
Eltern	45
Halbwaisen	395
Vollwaisen	35
Zusammen	1135

Erwerbslose in Pirna²⁷³

Monat	Vollerwerbsl.	Zuschlagsempf.	Kurzarbeiter
Jan.	181	149	25
Febr.	189	130	1
März	130	106	5
Apr.	71	57	16
Mai	51	4	2
Juni	42	24	
Juli	53	22	
Aug.	32	6	
Sept.	27	6	
Okt.	27	8	
Nov.	82	41	
Dez.	68	16	

Landtagswahl am 5.11.1922:²⁷⁴

Partei	Stimmen
DNVP	1496
Wirtschaftspartei	64
DVP	2296
VSPD	3515
Zentrum	197
KPD	1367
Deutschsoziale Partei	81
DDP	972

4.2. Oskar Speck im Stadtarchiv verstorben. Nachfolger Dr. Johannes Uhlmann.

1.10. Posta, 613 Einwohner, 44,38ha mit Pirna vereinigt.

Ab 1.10. Kriminalpolizei geht an Staat über. In Pirna ein Kriminalposten.

S. 79 – Meldeamt: 2730 An-, 2488 Abmeldungen

203 Gewerbean-, 131 –abmeldungen

Einrichtung von Schrebergärten in großem Umfange an verlängerter Weststraße, Waschhausweg, Rottwerndorfer Str. , ehemaligen Kasernenhöfen, Reit- und Exerzierplätzen mit insgesamt 318 Parzellen.

B III-XXVI,5 – Politische Polizei, Bd. 1 1919-1922

206 Am 15.1.22 im Volkshaus Gedächtnisfeier für Liebknecht-Luxemburg. Redner: Rädcl. Sehr schwach besucht gewesen.

²⁷³ E II, 409, 4. Jahresbericht des Stadtrates zu Pirna auf das Jahr 1922.

²⁷⁴ E II, 409, 4, S. 27.

B III-XXVI, 5-1, Politische Polizei, Bd. II, 1922-1925

- 1-6 Verbot aller nationalistischen und monarchistischen Kundgebungen und Versammlungen 24.6.22 – 5.8.22.
- 7-15 Betreffend die Ermordung Rathenaus am 24.6.22.
- 27 Verzeichnis der verbotenen nationalistisch-monarchistischen Vereine. Bericht dazu: 27a – unwesentlich.
Weitere Verbote: 28 und 30.

1923**StAP, E II, 410, 23 (Lösersche Chronik):**

- 6.1. Umbauten im Rathause: Standesamt im Erdgeschoß Apothekenseite untergebracht. Im Gange: Erweiterte Räume Erdgeschoß Nordseite für Girokasse und Sparkasse.
- 8.1. Goldankaufswert der Reichsbank: Für 20 M-Stück 26.000M, f. 10 M-Stück 13.000 M, 1 Dollar – 9.800 RM
- 9.1. Stadtverordnetenversammlung wählt Geschäftsführer Schirmer, SPD, zum Vorsteher, Justizrat Dr. Flachs, DVP, zum 1.Stellv., Prof. Heinrich, DDP, zum 2. Stellv.
- 14.1. Trauergottesdienst wegen Ruhrbesetzung durch Franzosen (11.1.), öffentl. Gebäude halbmast geflaggt.
- 18.1. Frau Marie, verw. Geibelt verstorben. Hatte bereits Volksbad an der Weststraße gestiftet. Setzte Stadt als Universalerbin ein.
- 22.1. Geschäftsführer Schirmer zum Amtshauptmann in Freiberg ernannt.
- 4.2. Ein l. Vollmilch - 264 M, Magermilch - 120 M.
- 5.2. Goldankauf: 20 M-Stück 150.000 M, Silbermünzen f. 8000fache des Nominalwerts.
- 13.3. Hörold statt Schirmer zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt.
- 15.2. Ruhrhilfesammlung veranstaltet.
- 1.3. 1241 Wohnungsuchende.
- 13.3. Stadtverordnetenversammlung wählt Hörold statt Schirmer.
- 22.3. „In diesen Tagen sind 200 M-Stücke aus Alu in den Verkehr gebracht worden. Was bekommt man für 200M?“ - am 17.3. ein Ei - 320 M.
- 30.3. Fast täglich Erwerbslosendemonstrationen „wegen der ungeheuerlichen Teuerung aller Lebensmittel“ für Erhöhung der Unterstützung.
- 1.4. Vereinigung mit Niedervogelgesang.
- 5.4. Wieder Erwerbslosendemonstration, wobei es sogar zu Plünderungen von Lebensmittelgeschäften kam.
- 24.4. Dollarpreis seit einigen Tagen geblieben. Hoffnung auf Stetigkeit.
- 30.4. Dollar plötzlich auf 29.750 M!
- 1.5. Verschiedene Umzüge im allgemeinen ruhig und ohne Störung verlaufen.
- 9.5. Wohnungsmangel nimmt erschreckend zu: Über 1300 Wohnungsuchende.
- 10.5. Feier des 50jährigen Bestehens der am 23.4.1873 als Realschule eröffneten hiesigen höheren Lehranstalt.
- 25.5. 500-M-Stücke aus Alu in den Verkehr gebracht.
- 27.5. Eröffnung des städtischen Elbbades. Weihe eines Ehrenmals für Weltkriegsgefallene in Posta.
- 30.5. Großer Demonstrationzug durch die Stadt gegen übermäßige Teuerung der Lebensbedürfnisse und dadurch hervorgerufenen Wucher - ohne Zwischenfälle.
- 25.6. Die schon so oft erhöhte Wohnungsmiete ist für Juli auf das 350fache der Jahresgrundmiete festgesetzt worden.
- 3.7. Dr. Gaitzsch in Sitzung des Stadtrats und der Stadtverordneten mit 36 von 44 Stimmen

- auf weitere 6 Jahre zum Bürgermeister gewählt.
- 4.7. Reichsbank hat mit der Ausgabe von Millionenscheinen begonnen.
- 11.7. Jubiläum: 100 Jahre seit der Begründung der hies. Katholischen Gemeinde und der Errichtung der katholischen Kapelle auf dem Hausberge.
- 13.7. Geheimer Kommerzeinrat Gustav Haensel verstorben.
- 26.7. Seit Wochenanfang neue unerhörte Preissteigerungen - wohin soll das noch führen!?
- Dollar: 600 000 M.
- 31.7. 150 Kinder aus Ruhrgebiet treffen ein, am 2.8. weitere 148.
- 1.8. Eisenbahnfahrt Pirna-Dresden in II. Klasse 28.800 M, 3. Kl. 9.000 M, 4. Kl. 6.000 M.
- 2.8. Dollar kostet 1.100.000 M, 20-M-Stück 3 Millionen, Silbermünzen 50.000fachen Nennwert.
- 8.8. Dollar: 6.750.000 M.
- 15.8. Stadt-Notgeldausgabe-Scheine zu 100 und 500 M!
- 19.8. 1900 g Brot - 88000 M, der Preis von 28 000 M hat nur 8 Tage standgehalten. 1 l Vollmilch - 71 000 M.
- 20.8. Starke Beunruhigung löst überhandnehmendes Bestreben der Stadtbevölkerung aus, Lebensmittel auf dem Lande, direkt vom Produzenten zu beliebigen Preisen zu kaufen, weil dadurch Versorgung der Bevölkerung ernstlich in Frage gestellt.
- 28.8. Dollar: 7.700.000 M.
- 1.9. Ernährungsschwierigkeiten nehmen nachgerade äußerst bedrohliche Formen an. Regierung warnt vor „wildem Beschlagnahmen“ durch sogenannte Kontrollausschüsse, die jedes amtlichen Charakters entbehren. Auf Wochenmarkt Kartoffeln in größeren Mengen angeboten, aber - ein Pfund für 33-37 000 M! Eisenbahnfahrt nach Dresden: 2. Kl. 1.080.000, 3. Kl. 360.000 M, 4. Kl. 240.000 M
- 3.9. Dollar: 11 Millionen M.
- 5.9. Infolge allgemeinen Geldmangels die meisten Betriebe übergegangen, Löhne und Gehälter mit sog. „Lohnschecks“ auszuzahlen. Aber Arbeiter haben Schwierigkeiten bei Einlösung, da nicht alle Geschäfte und Händler zu deren Annahme bereit sind und sich in der Menge von Notgeld, Gutscheinen, Lohnschecks usw. kaum noch zurechtfinden.
- 6.9. Felddiebstähle an der Tagesordnung. Dollar innerhalb von 4 Tagen von 11 auf 33 Mill. M gestiegen!
- 9.9. Dollar: 48 Mill. M.
- 11.9. Dollar: 68 Mill. M. Silbermark: 2.300.000 M
- 16.9. Herbstjahrmarkt: 1 Pfd. Zucker- 2,1 Mill., 1 l Vollmilch - 1,2 Mill., 1 Pfd. Butter -10,4 Mill., 1 Pfd. Quark - 1,5 Mill.
- 21.9. 1900 g Brot - 5,9 Mill.
- 23.9. 1 l Vollmilch - 3,4 Mill., 1 Pfd. Butter - 26,250 Mill. 1 Pfd. Quark - 3,670 Mill.
- 30.9. 1 l Vollmilch - 5 Mill. 1 Pfd. Butter - 43,2 Mill.
- 2.10. Dollar: 320 Mill.
- 5.10. Neue Reichsbanknoten zu 20 und 50 Mill. in Umlauf gekommen.

	1900 g Brot	75 g Semmel	1 l. Vollmilch	1 Pfd.Butter	1 Pfd.Quark
6.10.	18,5 Mill.	1 Mill.	6,8 Mill.	54 Mill.	9,2 Mill.
13.10.			16,3 Mill.	170,5 Mill.	25,5 Mill.
15.10.	120 Mill.	15 Mill.			
1.11.			2013 Mill.		

- 8.10. Dollar: 830 Mill.
- 9.10. Dollar: 1.200 Mill.

- 10.10. Dollar: 2.700 Mill.
- 12.10. Eingemeindung von Zuschendorf genehmigt.
- 15.10. Dollar: 3.750 Mill.
- 23.10. Reichswehr rückt nach Pirna ein: Infanterie, Kavallerie, Panzerauto, einige leichte Feldgeschütze, eine Radfahrerabteilung und Bagage.
Truppe rückt auf Marktplatz vor, wird von Gruppe Neugieriger und Schaulustiger empfangen, auch von „kommunistischen Burschen usw.“, die die Truppe mit Johlen, Pfeifen und Schimpfen begrüßen.
Befehl, Markt frei zu machen (mehrfach) erfolglos. Schießbefehl! Im gleichen Moment soll aus Fenster im Obergeschoß des Canaletto-Hauses auf Truppe geschossen worden sein! Darauf (!) Schüsse der Reichswehr von Zugängen Westseite in Richtung Schloßstraße Salven, worauf Menge schleunigst auseinanderstob. - 4 Personen verletzt, der Arbeiter Artur Müller, Zehistaer Str., 18 Jahre, so schwer, daß er auf Polizeiwache im Rathaus verstarb. Anzahl weiterer Personen verhaftet. Markt abgesperrt, Fenster und Türen mußten geschlossen werden. Reichswehrabteilungen durchzogen alle Straßen und zerstreuten Ansammlungen, wobei es mehrfach zur Belästigung der Truppe durch kommunistische Jugendliche kam.
- 24.10. Relative Ruhe, Truppen in Massenquartieren untergebracht (Schulen). Feldküche auf Markt - gibt auch an Kinder Essen aus. Nachmittags an Kreuzung Dohnasche Str./ Jacobäerstr. Arbeiter (Schlosser) Hans Wittig aus Copitz erschossen, als „kommunistische Burschen“ Posten beschimpften und bedrängten.
- 25.10. Reichswehranwesenheit gerechtfertigt mit Sorge für Kartoffelzufuhr aus Lohmen, wo „radikalsozialistisch-kommunistische Elemente“ die Verwaltung des Kammerguts an Kartoffellieferung hindern. Einquartierte Abteilungen gaben Teil ihrer Brotrationen für kinderreiche Familien ab.
In der Sulfit-Zellulosefabrik Hoesch u. Co. „wilder Streik“ ausgebrochen.
- 26.10. Der größte Teil der Reichswehr wieder abgerückt. Eine Abt. Mit 2 Komp. bleibt zur Beobachtung in Copitz. Stadtrat ruft zur Ruhe auf.
- 31.10. Dollar: 72,5 Mrd.
- 1.11. Dollar: 130 Mrd., 1 l Vollmilch: 2,013 Mrd.
- 2.11. Die Sulfitzellulosefabrik Hoesch, die seit 25. Oktober bestreikt, sei in den letzten Tagen von der Pratz-schwitzer Seite aus durch unbekannte Täter in den Abendstunden beschossen worden.
- 5.11. Postkarte kostet im Orts- 200 Mill., im Fernverkehr 500 Mill.
- 11.11. Dollar: 630.575 Mrd.
- 18.11. Bezugspreis für Pirnaer Anzeiger für eine Woche: bei Selbstabholung 600 Mrd., bei Zustellung 630 Mrd. M.
- 20.11. Regelung der schrecklichen Geldverhältnisse freudig begrüßt, aber Umstellung für Geschäftsleute schwierig und zeitraubend.
- 28.11. Milchpreis: 1 l Vollmilch: 24 Pfg.
- 1.12. Zwangsbewirtschaftung von Brennstoffen aufgehoben.
- 7.12. „Auf dem Wochenmarkt kam es zu Gewalttätigkeiten auswärtiger, namentlich Heidenauer Arbeitsloser gegen die Händler und Marktaufsichtsbeamten. Mitgeführte rote Fahnen und revolutionäre Lieder...ließen politischen Hintergrund erkennen.“ Überfallkommando aus Dresden räumte nach einigen Schreckschüssen den Marktplatz.
- 8.12. Mit der Wiedereinführung wertbeständigen Geldes ist auch plötzlich die bisherige außerordentliche Knappheit an Lebensmitteln, bes. an Fett und Räucherwaren, geschwunden und einer Fülle gewichen, die die Schaufenster betreffender Geschäfte ausgestattet sein läßt, wie seit langem nicht.
- 10.12. Vormittags traf Kommando Staatspolizei aus Dresden ein um erwarteten Unruhen wie

in den letzten Tagen vorzubeugen. Bleibt bis auf weiteres. Ein Viertelpfundbrot 1. Sorte: 75 Pf., 2. Sorte: 65 Pf.

19.12. Stadtrat zeigt der AHM an, daß die Stadt Pirna am 1. April 1924 aus dem Bezirksverband der AHM ausscheidet (Voraussetzungen dazu durch Eingemeindungen und angewachsene Bevölkerungszahl erreicht).

31.12. 1163 Wohnungssuchende eingetragen.

Einwohner am 31.12.: 29 928.

StAP, E II, 409, 4, Jahresbericht des Stadtrates auf das Jahr 1923

S. 5: Eingemeindungen:

1.4.23 Niedervogelgesang	169 Einw.	32,21 ha
1.9.23 Zuschendorf	365 Einw.	264,70 ha
1.11.23 Hinterjessen	764 Einw.	138,36 ha
1.11.23 Neundorf	943 Einw.	163,52 ha
1.11.23 Copitz	5383 Einw.	433,32 ha
1.11.23 Rottwerndorf	736 Einw.	297,44 ha
Pirna 1.12.23:	27.977 Einw.	2363,23 ha

Früher: 989,30 ha.

Voraussetzungen für Ausscheiden aus Bezirksverband erfüllt – mehr Selbständigkeit als bezirkfreie „exemte“ Stadt.

30.10. Entwurf dazu vom Rat angenommen

27.11. Zustimmung der Stadtverordneten

1.4.24 Stadt aus Bezirksverband ausgeschieden.

S. 42:Dollarstand:

1.1.1922 180M

Mitte Juni 22 316M

Dez. 22 7350M

Ende 23 4200 Millionen M

„Das Reich vermochte nicht den gesteigerten Bedürfnissen an Zahlungsmitteln Rechnung zu tragen, deshalb wurde auch die Stadt Pirna vor die Notwendigkeit der Notgeldausgabe gestellt. Die Stadt gab in 3 Auflagen Werte aus zu 50, 100, 500, 100.000, 500.000, 100.000.000, 500.000.000 und 10.000.000.000 Mark.“ ...Hergestellt von Stengel u. Co. Dresden und der Druckerei des Pirnaer Anzeiger.

Die Zahl der Wohnungssuchenden stieg von 939 Ende 1921, auf 1170 Ende 1922, auf 1663 Ende 1923.

Erwerbslose in Pirna²⁷⁵

Monat	Vollerwerbsl.	Zuschlagsempf.	Kurzarbeiter
Jan.	100	54	0
Febr.	138	95	1
März	270	177	0
Apr.	327	128	4
Mai	510	359	149
Juni	543	243	94
Juli	462	217	93
Aug.	328	145	11
Sept.	584	294	132
Okt.	866	408	497
Nov.	1653	808	874
Dez.	2484	1712	735

²⁷⁵ E II, 409, 4.

Unterstützungsgelder f. Erwerbslose in Pirna 1923:

Jan.	1 035 277,50
Febr.	5 665 705,00
März	10 940 538,19
April	25 017 266,00
Mai	51 278 405,00
Juni	81 021 357,00
Juli	163 770 675,00
Aug.	4 530 129 657,00
Sept.	333 894 023 655,00
Okt.	199 653 035 085 500,00
Nov.	29 489 848 816 000 000,00
Dez.	59 717 223 596 000 000,00

Spendensammlung im Nov./Dez. erbrachte:

RM 1 408 981 226 760 558,00

Auszahlung erfolgte im Rat der Stadt, ab Nov. im Volkshaus.

S. 77/78: **Obdachlose:** 1922 – 287 1923 – 1498

S. 79: **Meldeamt:** 2051 Anmeldungen, 1962 Abmeldungen

1129 Wohnungswechsel

131 Gewerbean- und 232 –abmeldungen.

Kindergarten im Tischerstift

Kinderhort am Steinplatz.

Durch Gemeinschaftsdiakonieverband Marburg im Kinderwohlfahrtshaus „Sachsenland“ (ehemaliges Garnisonslazarett) Wöchnerinnenheim eingerichtet. Zur Entbindung kamen 54.

Dort auch seit 15.12.21 Kinderkrippe, in die 173 Kinder aufgenommen.

S. 197: Ausbau des Sportplatzes an der Weststraße – Anfang Oktober seiner Bestimmung übergeben.

Mai 23 Lehmweg als Staatsstraße übergeben.

B III-XXVI, 107,

7 Ausnahmezustand ab 23.9.1923. Ebert überträgt die Verfügungsgewalt in Sachsen an Gen. Müller.

39 KPD-Verbot mit Beschlagnahme des gesamten Eigentums ab 23.11.1923 durch Geheimerlaß des Chefs der Heeresleitung verfügt (v. Seeckt)

StAP, B III-XXVI, 26, Jungdeutscher Orden

Zwei Vorgänge:

1. Am 4.10.23 Jungdeutsche Versammlung im Schwan, ca. 40. Kommunisten marschieren auf, sperren Marktplatzzugänge. Mobilisieren Polizei mit Hinweis auf reaktionäre politische Veranstaltung. Die schreitet ein, stellt Mitglieder fest, beschlagnahmt Briefe, gewährt heimkehrenden Mitgl. Polizeilichen Schutz. Anzeigende Kommunisten: Karl Liehm, Rudolf Müller, Paul Rohnstock.

Verzeichnis von 38 Teilnehmern. Die meisten Kaufleute, Landwirte, Angestellte, aber auch einige Arbeiter.

2. Siehe Faschismus 1934, 20.10.34!

StAP, B III-XXVI, 102, Reichswehr in Pirna

1. Bericht vom 29.10.1923: II. Bataillon des 10. Reichswehrlinienregiments unter Major Pongratz rückte am 23.10.23, 10.30 Uhr ein. Stadtrat wußte nichts. Panzerauto voran, hielt auf dem Markt. Im Rathaus gerade Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung. Viele Menschen. Durch die Schössergasse Infanterie zum Markt. Plakate: „Straße frei, es wird scharf geschossen!“ Marktplatz räumen! Menge johlte. Gefechtsstellung, ausschwärmen,

MG's in Stellung. Menge zog sich zurück, trotzdem scharf geschossen: 1 Toter, mehrere Verwundete. Kein Offizier hatte sich beim Rat vorher über Lage informiert.

Beschwerde nach Dresden. Aufruf an Arbeiter.

Zwischenfälle: Verwundete und am Mittwoch 24.10. noch ein Toter. Namen der Toten und Verwundeten: S.2! Tote: Artur Müller (1906) und

Hans Wittig (1904).

Mädchenschule mit Truppen belegt.

Anlage A: Aufruf an die „Mitbürger“ – Stadtrat.

Anlage B: Haussuchung Markt 7.

Anlage C: Augenzeugenbericht d. Lehrers U.Löffler aus Bischofswerda.

Anlage D: Zahlreiche Augenzeugenberichte zu den Vorgängen auf dem Marktplatz.

Anlage E: Augenzeugen zu den Vorgängen auf der Bahnhofstraße.

Anlage F: Durchsuchung der Redaktionsräume der Volkszeitung.

Anlage G: Bericht über Erschießung Wittigs auf der Dohnaschen Straße durch einen Posten.

Anlage H: Bericht über Bestattung Müllers, wobei Demonstration der Erwerbslosen mit roter Fahne und Lied von der Rosa Luxemburg. Führung: Richard Vogel (1865). Fahne trug Max Erich Albrecht (1895). Führend ferner: Wilhelm Arthur Rothe (1898) und Elsa Martha Seifert (1896).

Anlage o.N.: Übersicht über Verhaftete und Haussuchungen.

1-4: Zeitungsausschnitte aus PA vom 24. und 25. 10.

5-7: Ansuchen um Schutz vor der systematischen Bettelei durch die Erwerbslosen unter offener und stillschweigender Bedrohung der Geschäftsinhaber in den hiesigen Ladengeschäften.

Bezirks-Ausschuß des Handwerks – Kaufmannsinnung (22.10.23.

9-10: Krämer wenden sich an Staatspolizeiverwaltung Dresden. 22.10.23.

11: Stellungnahme des Stadtpolizeiamtes. 29.10.23.

13-15: Stellungnahme des Stadtrats zum Reichswehreinmarsch. – Einmütiger Protest.

18: Protest gegen den Reichswehreinmarsch von seiten der städtischen Angestellten und Arbeiter.

19: Begräbnis Müllers auf Stadtkosten. Ratsvorsitzender nimmt daran teil.

27-29: Nichtöffentliche Stadtverordnetensitzung am 24.10.23.

30-34: Protokoll der nichtöffentlichen Stadtverordnetensitzung 24.10. Mehrere Reden von Stadtverordneten. Beste: Rädcl. Bl. 31.

44: Bekanntmachung des Rats über Abzug der Reichswehr. Aber Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes. 26.10.23.

46: Arbeiterdelegation fordert Freilassung der Gefangenen. 26.10.23.

47: Wird nach Dresden verwiesen. 26.10.23.

48: Kassenanweisung: „Die Stadtkasse erhält hiermit Anweisung, den Arbeitern Willi Rosenberg, Hans Beichling und Richard Hänsel aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge 50 Mrd. Mark zwecks einer Vorsprache im MdI in Dresden zu gewähren. Pirna, 26.10.23.“

50-51: Plakatchen (2), wahrscheinlich d. KPD aus Anlaß des Reichswehreinmarschs – 23.10.23.

52-53: Kaufleute waren beim Wehrkreiskommandanten Generalleutnant Müller in Dresden und baten um Schutz am 22.10. (27.10.)

65-67: Sitzungsprotokoll: Sitzung der Vertreter der Geschäftsleute und der Betriebe zum Reichswehreinmarsch, u.a. Rohnstock – 1.11.23.

68: Verhinderung einer öffentlichen Versammlung auf der Reitbahn am 1.11.23, wobei mit Reichswehr gedroht.

69-70: Reichswehrhauptmann v. Wilucki teilt mit, daß Einheiten in Copitz, die dort seit dem

- 26.10., am 3.11. nach Dresden abziehen, wobei je 1 Zug Infanterie in beiden Hoesch-Werken. Letzteres am gleichen Tag widerrufen.
- 75-77: Schreiben an Sächsischen Gemeindetag. Soll Stellung zu Vorgängen in Pirna nehmen. Lehnt ab. 10.11.23.
- 80-82: Bericht an MdI u.a. Dienststellen vom 29.10.23.
- 89-99: Vernehmungsprotokolle.
- 107: Während der Anwesenheit der Reichswehr in Pirna sind ihr 8-10 junge Leute beigetreten (nicht sicher!) 19.12.23.

StAP, B III-XXVI, 5-1, Politische Polizei, Bd. II, 1922-1925

- Beilage Erklärung der sächsischen Regierung Dr. Zeigner: neu aufgenommen: Böttcher, Fritz Heckert, Neu. Plakat. 13.10.23.
- Beilage Hungerunruhen 1923:
- a) 5.4.23: Hungerdemonstration 500-600 Erwerbslose plünderten mehrere Geschäfte – Siegfried Rädcl greift beschwichtigend mit Erfolg ein.
 - b) 17.8.23: Empörte Menge zieht zum Produktengeschäft Dettmar in der Schmiedestraße, weil Tochter Dettmars zu einer Arbeiterin gesagt: „Die Arbeiter mögen nur Scheiße fressen!“
- Beilage Artikel „Republik und Selbstschutz“ von Polizeioberst Dr. Schützinger, Dresden über die neue Sachsen-Regierung – Juni 1923(?).
- 55-63 Erwerbslosenunruhen.
- 55 150 Erwerbslose protestieren im Park von Küttner gegen Aufnahme auswärtiger Arbeiter. 10.4.23.
- 85-86 Mitglieder der proletarischen Hundertschaften brachten am 31.8.23 Mitglieder des jungdeutschen Ordens auf die Polizeiwache (Orden nationalistisch und illegal), dar. kaufm. Lehrling Eugen Zschunke (1895), Walter Ebert (1904, kaufm. Lehrling), und Johannes Brosche (1905, kauf. Lehrling).
- 87 Hauptwachtmeister Müller gibt an, daß Kraftfahrzeughändler Sieber von einem gewissen Mathe aufgefordert worden, Kfz bereitzuhalten, da in nächsten Tagen Räte-Republik ausgerufen wird (wahrscheinl. KPD).
- 99-103 Flugblatt bei Küttner verteilt 30.10.23. Flugblatt in Abschrift 103.
- 106 KPD-Volksvers. am 18.11.23. Einberufer: Schäfer. Th: Hitler, Seeckt und Fellisch.
- 111 Erwerbslosenrat: Versammlung am 26.11.23. Th: „Die wirtschaftliche Lage und das Elend der Arbeitslosen.“
- 112 Verbot der KPD und der Komm. Internationale. 20.11.23 – durch von Seeckt.

Vor 70Jahren

Hugo Jensch

15.10.1993, für einen „SZ-Beitrag“, nicht veröffentlicht!

Am Rathaus in Pirna erinnert eine Gedenktafel an zwei Opfer des deutschen Militarismus. Gedenktafeln sollen Bedenkenswertes bewahren. Die lapidare Aussage gebietet, von Zeit zu Zeit, das konkrete Geschehen aufzufrischen. Was geschah also?

Am 23. Oktober 1923 ziehen aus Richtung Bautzen Reichswehreinheiten in Pirna ein. Eine dringt über die Schössergasse hinter einem Panzerauto zum Marktplatz vor und geht auf seiner Westseite bis zur Marktgasse in Stellung. Dem Befehl zum Laden und Sichern waren die Soldaten bereits in Doberzeit gefolgt. Im Rathaus erhalten gerade die zahlreichen Arbeitslosen ihre Unterstützung ausgezahlt. Sie gehen dabei zum Nordeingang hinein und kommen wieder zum Südeingang heraus. So befinden sich viele Menschen auf dem Platz,

völlig überrascht von der plötzlichen Anwesenheit bewaffneter Reichswehr. Nur zögerlich wird das unmotivierte Kommando zur Räumung des Marktplatzes befolgt. Dem wird Nachdruck zuteil durch Eröffnung des Gewehrfeuers. Ihm erliegt am Rathauseingang der ahnungslose 17-jährige Arbeiter Artur Müller durch Kopfschuß Ton hinten. Verwundet werden Paula Aufgebauer, Max Walter Hartmann, Ernst Kürbs und Richard Künzelmann. Auch in der Bahnhofstraße und in der Schuhgasse fallen Schüsse. Dabei werden Johann Brose und Max Otto Kubik verwundet. Am 24. 10. erschießt ein Soldat auf der Dohnaischen Straße den 19-jährigen Schlosser Hans Wittig aus Copitz. Alle Getroffenen weisen Einschüsse von hinten auf. Notwehrfälle sind ausgeschlossen.

Am 23. 10. nachmittags ist die Innenstadt durch Drahtverhaue abgesperrt. Posten patrouillieren, Haussuchungen werden vorgenommen, darunter im Volkshaus, in der Geschäftsstelle der Pirnaer Volkszeitung (SPD) und in der Volksbuchhandlung. Die Waffensuche bleibt erfolglos. Reichswehrkommandos nehmen 21 Personen fest.

Der vom Einmarsch völlig überraschte Stadtrat wendet sich noch am 23.10. mit einem Aufruf an die Einwohner, in dem er „das Geschehene auf das schärfste“ mißbilligt und „bei den zuständigen Oberbehörden nachdrücklichst Verwahrung“ einlegt. Stadtrat Scheufler und die Stadtverordneten Rädcl (KPD) und Seifert (SPD) werden mit dem Ratsprotest nach Dresden entsandt. Nach dem Militär gerufen hatten aber einige Pirnaer Unternehmer, allen voran Hoesch. Die Pirnaer Volkszeitung schreibt am 25.10.: „In Pirna war Ruhe. Seit den Einzügen der Reichswehr aber ist Wandel und Verkehr aus den sonst üblichen Fugen geraten. Gehören vielleicht Straßenabspernungen durch Drahtverhaue, 'Schutz' der Straßen durch Maschinengewehre, Kolbenstöße, scharfe Gewehrscüsse, Tote und Verwundete zur Ordnung?“ Am 26.10. ziehen die Truppen aus Pirna ab, der Ausnahmezustand aber bleibt. Copitz ist noch bis zum 3.11. besetzt,

Die Ereignisse in Pirna sind Teilvorgang der vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) gegen Sachsen, später auch gegen Thüringen verhängten Reichsexekution. Sie beginnt schon im September mit der Übertragung exekutiver Vollmachten an General Müller, den Kommandeur des Reichswehrkreises IV und der Verhängung des Ausnahmezustandes. Das gesamte Reich befindet sich zu dieser Zeit auf dem Höhepunkt einer tiefen Nachkriegskrise. Eine geradezu wahnwitzige, von Kriegsgewinnlern und Großspekulanten angeheizte Inflation führt im Herbst zum Hinaufschnellen des Dollarkurses auf 4 Mrd. RM am 12.10., auf 12 Mrd. am 19.10. und gar auf 4,2 Bill. am 15.11. Die Arbeitslosigkeit steigt in Pirna von einer Rate von 6,3 % im August auf 9,9 % im September und auf 19,1% im Oktober. Dazu kommen noch Massen von Kurzarbeitern, sich verstärkender Lohndruck der Unternehmer, scharfe Tarifauseinandersetzungen, Lebensmittelverknappung infolge von Warenhortung, Wucher und Spekulation, Die politischen Gegensätze verschärfen sich.

Sachsen wird seit dem Frühjahr durch eine linkssozialdemokratische Regierung unter Erich Zeigner geführt. Sie versucht die Not der Arbeiterschaft zu lindern. Das ruft scharfe Reaktionen der Unternehmerschaft und aller rechten Kräfte hervor. Als Zeigner auch die Kommunisten Heckert, Brandler und Böttcher in seine Regierung aufnimmt, ist für sie das Maß voll. Die Reichsregierung unter Stresemann setzt mit Billigung Eberts die Reichswehr in Marsch. Nach der „Befriedung“ Sachsens durch sie wird die sächsische Regierung zum Rücktritt aufgefordert und, als sie sich weigert, am 29.10. per Verordnung des Reichspräsidenten aus dem Amte gejagt.

Die sächsische SPD sprach auf ihrem Parteitag am 1.12. dieser Vorgänge wegen der eigenen Reichstagsfraktion und dem Hauptvorstand der Partei das Mißtrauen aus und protestierte einstimmig gegen „barbarische Willkür und den Militärterror“. Übrigens: Als die Reichsregierung am 3.11. wegen zunehmender Umtriebe und des Terrors faschistischer und anderer rechtsextremer Kräfte den Reichswehreinmarsch nach Bayern anordnet, verweigert deren Oberkommandierender v. Seeckt den Befehl. Am 9.11. putscht dann Hitler in München.